

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Anarchismus in Spanien.

I.

Der Bombenanschlag in Madrid wird von einem Teil der kapitalistischen Presse nach altem Rezept zu perfiden Verdächtigungen der sozialistischen Arbeiterbewegung ausgenutzt. Noch sieht nicht fest, ob das Attentat wirklich ein anarchistisches war oder ob es sich nur um die Verzweigung eines durch die korrupten Zustände Spaniens und eigenes Mißgeschick zur Rache aufgehetzten Individuums handelt, und schon weiß die reaktionäre Presse vom Schlage der „Deutschen Tagesztg.“ und ähnlichem Geschicht, indem sie die anarchistische mit der sozialistischen Lehre identifiziert, ihrer Beseitigung zu versichern, daß nicht ein einzelnes Subjekt, sondern die ganze „revolutionäre Gesellschaft“ ohne Unterschied der Partei für das Madrider Attentat die Verantwortung trägt. Zum Teil ist es sicherlich eine allzureichliche Dosis giftiger Beschränktheit, welche die völlig von den Profitinstinkten ihrer agrarischen und großindustriellen Hintermänner beherrschten Blätter der genannten Art zu dieser Argumentation veranlaßt. Die fundamentale Verschiedenheit der sozialistischen und anarchistischen Gesellschafts- und Geschichtsauffassung vermögen Dertelche und ähnliche Hirne selbst in Momenten gesteigerter Apperzeptionsfähigkeit schwerlich zu begreifen. Noch weit mehr aber als dieser Intellektuelle Defekt ihrer Leiter treibt der Wunsch, die günstige Gelegenheit zur Durchsetzung legislativer Maßregeln gegen die sozialistischen Bestrebungen der deutschen Arbeiterklasse auszunutzen, jene Blätter zu ihren infamen Verwünschungs- und Verwechslungsversuchen. Ein Gesetz, das unter dem Vorgeben, die Abschwächung der anarchistischen Gefahr zu bezwecken, die spärliche preussische Versammlungs- und Pressefreiheit noch mehr einschränkte und die Gewerkschaften an der Durchführung sogenannter „revolutionärer“ Streiks hinderte, käme den Hintermännern jener Presseklasse höchst gelegen.

Zufänglich hat der spanische Anarchismus und besonders jene Richtung desselben, welche die sogenannte „Propaganda der Tat“ begünstigt, absolut nichts mit den sozialistischen Bestrebungen zu schaffen. Sie ist nichts als ein Sprößling des bürgerlich-liberalen Radikalismus, als die bis zur Verneinung jeder Rechtsordnung und jedes Rechtswanges getriebene Manchester-Idee, daß jeder staatliche Eingriff in das Spiel der freien Kräfte von Uebel ist, da sich aus diesem Spiel ganz von selbst eine natürliche Harmonie ergibt.

Schon seit mehr denn drei Jahrzehnten führen in Spanien der Sozialismus und der Anarchismus einen erbitterten Kampf gegen einander. Raum war im Juni 1869 die erste „spanische Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation“ gegründet worden, als sich auch zwischen der Madrider Zentrale und dem Barcelonaer Zweigverein, der bald ganz unter den Einfluß des Arztes Gaspar Sentinon, eines Anhängers Bakunins, geriet, allerlei Streitigkeiten einstellten. Die Unterdrückungsmahregeln des „liberalen“ Kabinetts Berrano-Sagasta gegen die „umstürzlerischen und unmoralischen Bestrebungen“ der Internationale hinderten jedoch einen Auseinanderfall der Sektion. Der nach dem Fall des Sagastaschen Ministeriums am 9. September 1871 auf dem Kongreß zu Valencia neugewählte „Föderatrat“ begünstigte sogar die von Barcelona aus betriebene Gründung von Zweigvereinen der bakunistischen „Alianza de la Democracia socialista“ (Sozialdemokratische Allianz) in Palma, Malaga, Cadix, Cordoba, Sevilla, Morago und schließlich auch in Madrid.

Der Gegensatz kam erst zum offenen Ausbruch, als bald danach die republikanischen Föderalisten (der Kleinbürgerliche linke Flügel der spanischen Republikaner) ihren Kongreß abhielten und das neugegründete Madrider Blättchen der Internationale, die „Emancipacion“ (Befreiung), an dessen Beratungen in der Weise Kritik übte, daß es ausführende, die Aufstellung radikalpolitischer Forderungen allein nütze dem Arbeiter nichts, das Ziel sei die Abschaffung des Lohnsystems. Das Madrider Organ der bakunistischen Allianz, der „Condado“ (Berurteilte) ergriff gegen diese Hervorkehrung ökonomischer Forderungen Partei. Es entstand eine heftige Preßfehde, in deren Verlauf die Anhänger Bakunins es im Madrider Lokalverband der Internationalen Arbeiter-Assoziation durchsetzten, daß die Redakteure der „Emancipacion“ ausgeschlossen wurden. Nun erklärte jedoch der Vorstand der Internationale, der spanische „Föderatrat“, den Ausschluss der Redakteure aus der Madrider Lokalorganisation für ungerechtfertigt und stellte auf dem kurz darauf in Saragossa stattfindenden Kongreß den Antrag auf Auflösung der spanischen Zweigvereine der Sozialdemokratischen Allianz.

Damit war der Kampf entsefelt, indem zunächst die Bakunisten das entscheidende Uebergewicht erlangten, denn ein großindustrielles Arbeiterproletariat war nur erst in schwachen Anfängen vorhanden; die Hauptmasse der Anhängerschaft bestand aus dem Intelligenzproletariat und aus Kleinhandwerkern, die sich von dem politisch-romantischen Revolutionarismus der Allianz weit mehr angezogen fühlten, als von den kommunistisch-ökonomischen Theorien

der Sozialisten. Von den fünf Delegierten zum Kongreß der Internationale zu Haag im Jahre 1872 gehörten denn auch vier der bakunistischen Allianz an. Und als im nächsten Jahre die Wahlen zu den „konstituierenden Cortes“ stattfanden, schlugen sich die spanischen Anarchisten trotz ihres „Prinzips der politischen Abstinenz“, d. h. der Nichtteilnahme an den Wahlen, auf die Seite der radikalen Republikaner und unterstützten diese gegen die Anhänger der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Der erbitterte Kampf zwischen den spanischen Sozialisten und Anarchisten endete erst, als am 3. Januar 1874 durch einen Staatsstreich der Militärpartei der Marschall Serrano wieder an das Staatsruder gelangte und alle revolutionären Vereinigungen, in erster Reihe die Lokalgruppen der Internationale, brutal unterdrückte. Raum aber hatte sich 1879 unter der Führerschaft von Pablo Iglesias eine neue „sozialistische Arbeiterpartei“ gebildet, als auch aufs neue die alte Fehde zwischen Sozialisten und Anarchisten ausbrach — um so mehr als in der Zwischenzeit beide Parteien sich in ihren Anschauungen noch weiter von einander entfernt hatten. Die Leiter der neuen sozialistischen Arbeiterpartei neigten zum Marxismus; die Anarchisten aber hatten neben den bakunistischen eine beträchtliche Portion proudhonistischer Theorien aufgenommen. Besonders hatte unter ihnen die Proudhonische Ansicht von der Bedeutung der „sozialen“ Vertragsschließung und der sich aus dem sozialen Zusammenleben von selbst ergebenden natürlichen Harmonie bedeutenden Einfluß gewonnen. Das trat schon rein äußerlich in dem Einberufungsschreiben hervor, durch welches im Juli 1881 die Barcelonaer Anarchisten zur Beschickung eines anarchistischen Kongresses aufforderten. Es heißt dort:

„Ihr alle, die ihr die Rechte des Individuums für unberäuerlich und für über dem Gesetz stehend betrachtet; ihr, die ihr Anhänger der Autonomie des Individuums, des Gewerbes, der Gemeinde, des Bezirkes, der Provinz seid; ihr, die ihr den gemeinlich verbindlichen, den Austausch garantierenden, gleichmäßig verpflichtenden Vertrag für die einzige Grundlage haltet, auf welcher der große Arbeiterbund errichtet werden kann, folgt unserem Rufe zum regionalen Arbeiterkongreß, der am 24. und 25. September in Barcelona stattfinden wird.“

Vom Kollektivismus ist kaum noch die Rede. Abschaffung des Staates, Autonomie des Individuums und der zwinglos gebildeten freien Gruppen, politische Abstinenz: das sind die Hauptforderungen des Kongresses. In dem von ihm veröffentlichten Manifest heißt es z. B.:

„Unsere Organisation ist als eine rein wirtschaftliche durchaus verschieden von allen politischen Parteiorganisationen der Bourgeoisie wie der Arbeiter; denn während diese sich organisieren, um die politische Gewalt zu erobern, organisieren wir uns, damit die politischen Staatsgewalten, die heute existieren, zu ausschließlich ökonomische Funktionen verrichtenden Verwaltungen reduziert werden, indem wir an die Stelle des Staates den freien Bund freier Verbände freier Produzenten setzen.“

Der Anarchismus gewann schnell an Boden. Auf dem nächstjährigen Kongreß in Sevilla finden wir bereits 251 Delegierte versammelt, die nach dem Protokoll 200 anarchistische Lokalverbände mit 632 Fachsektionen und ungefähr 49 000 Mitgliedern vertraten; doch stieg mit der Ausdehnung auch zugleich die Sektiererei. Von den „kollektivistischen“ Anarchisten zweigte sich noch in demselben Jahre der Geheimbund der „Aktionsmänner“, die Gesellschaft der „Schwarzen Hand“ ab, eine Art Gegenstück der italienischen Mafia, die speziell unter dem ausgebeuteten, hungernden andalusischen Landvolke viele Anhänger fand. Ferner entstanden in Katalonien nach dem Vorbild Pariser und Londoner Gruppen einige „kommunistische“ Anarchistenvereinigungen, und zugleich bildeten sich in verschiedenen größeren Städten „individuell-anarchistische“ Propaganda- und Studienklubs, die jede Art von Kommunismus, auch den abgeschwächten „Kollektivismus“ Proudrons, verwarfen, das Privateigentum (am Boden wie an den Produktionsmitteln) als wichtigste Vorbedingung der freien Entfaltung der Individualität priesen und jede Rechtsordnung als eine Beschränkung der „Autonomie des Individuums“ verneinten — also Anarchisten von der Spezies des Monsieur Kuban in dem bekannten Madayschen Roman „Die Anarchisten“.

Diese verschiedenen Richtungen finden wir noch heute in Spanien, nur daß die Stärkeverhältnisse sich beträchtlich verschoben haben. Schon auf dem Kongreß von Valencia 1888 wurde zwar versucht, eine Verständigung herbeizuführen; doch ist dieser Versuch völlig mißglückt. Der Kongreß machte allerdings den kommunistischen und kollektivistischen Anarchisten das billige Vergnügen, den nichtsagenden Satz „Abschaffung des individualistischen Eigentumsprinzips“ mit unter die anarchistischen Grundfätze aufzunehmen; doch wurde die Anerkennung dieses Satzes nicht als Bedingung für die Mitgliedschaft aufgestellt, sondern in der allgemeinen Prinzipienklärung alle Vereinigungen, welche die Anarchie (die Abschaffung des Staates und Rechtswanges) als Ziel anerkennen, ohne Unterschied ihrer ökonomischen Meinungen für gleichberechtigte Mitglieder der Organisation erklärt.

Die Revolution in Rußland.

Aus der Duma.

Petersburg, 5. Juni. In der heutigen Sitzung führte Dniplo aus, er betrachte die Minister als der Duma fremde Leute und begreife nicht, warum sie an den Verhandlungen der Duma überhaupt teilzunehmen und diese sie anhören, nachdem sie ihnen einmütig ihr Mißtrauen ausgesprochen habe. — Der Präsident erklärte, die Gehäßen der Minister würden zu den Verhandlungen zugelassen, wenn sie von ihren Ministerien bevollmächtigt seien. — Dniplo legt seine Angriffe gegen die Regierung fort, die der Duma und dem ganzen Lande feindlich gesinnt sei. Der Präsident ruft Dniplo schließlich zur Ordnung. Hierauf werden die Verhandlungen über die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der seit Erlaß des Manifestes vom 30. Oktober v. J. begangenen ungesetzlichen Regierungstakte fortgesetzt.

Wenigere Telegramme über ungesetzliche Verhaftungen in der Provinz, welche Mitglieder der Duma erhielten, gaben Anlaß zu Erörterungen über das Recht der Duma, die Minister zu interpellieren. Abgeordneter Kladjin ist der Meinung, die Interpellationen hätten keinen Zweck. Man könne bei den gegenwärtigen Ministern kein anderes Gefühl erwarten als das der Mähsucht. Aber die Duma müsse democh Interpellationen einbringen, um die ganze Verantwortung auf die Regierenden abzuwälzen. — Die Duma erklärte sich hierauf mit sämtlichen Interpellationen einverstanden.

Eine Kundgebung an das russische Volk.

Zwanzehn Arbeiter, die als Abgeordnete der Reichsduma angehörend sind, wenden sich durch die Presse an die russische Arbeiterschaft mit einem Aufruf, in welchem sie zunächst darlegen, daß die guten Absichten der Duma am Widerstand jener Leute scheitern, die den Jaren umgeben und in seinem Namen handeln. Eine ohnmächtige, unter einem Beamtenregime bestehende Duma, so heißt es in dem Aufrufe, „ist nicht fähig, die Forderungen des Volkes auszuführen. Das kann nur eine vollberechtigte konstituierende Versammlung, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes ohne Unterschied des Glaubens, der Nationalität und des Geschlechts gewählt ist. Indem Ihr Euch organisiert und vereint, sollt Ihr Euch aber durch keinerlei Provokation berücken lassen und nicht ohne Not vereinzelte Zusammenstöße mit Behörden herbeizurufen. Laßt es nicht zu, daß unruhig Proletariat verpfusht werde. Augenblicklich ist es das notwendigste, daß ganz Rußland, klein und groß, seine Ansicht über den Zusammenstoß zwischen der Duma und der Regierung äußere. Sprecht Eure aufrichtige Meinung aus und schreibt Euren Deputierten, was Ihr auf den Meetings und Versammlungen beschlossen habt.“

Zohnwobohu.

Es ist im Augenblick noch immer nicht möglich, darüber Klarheit zu gewinnen, welchen Kurs die russische Regierung nimmere zu steuern beabsichtigt. Eine Radikale widerspricht der anderen, eine Information wirft die andere über den Haufen.

Das Mißtrauensvotum der Duma hat offenbar keinen besonders nachhaltigen Eindruck auf Nikolaus und dessen Trabanten ausgeübt, so daß Herr Ministerpräsident Goremykin einzuweichen noch genau so fest — wenn nicht gar fester — im Sattel sitzt als vorher! Man scheint also die Absicht zu haben, die Duma ruhig weiter „sturzeln“ zu lassen, bis sie — etwa Ende Juni — in die Ferien geschickt wird, und so die erste (und wenn es nach dem Wunsche der Reaktionäre geht: zugleich letzte) Session der Duma ihr seliges Ende findet.

Zum Glück sorgt das erwachte Proletariat Rußlands dafür, daß seine Hoffnungen, seine Wünsche und Pläne nicht in Vergessenheit geraten. Tagtäglich hören wir von Kundgebungen, die das beweisen. So laufen z. B. bei vielen Duma-Mitgliedern der Bauernpartei Briefe und Telegramme von ihren Wählern ein, in denen ganze Dorfgemeinden mitteilen, daß sie beschlossen haben, ihre Söhne nicht zur Gestellung zu lassen, falls die Agrarfrage bis zum Herbst nicht in der von den Bauern ersehnten Weise gelöst wird.

Aus Odesa depeßierte eine Wahlmännerversammlung an die Duma: ihre Forderungen würden vom ganzen Volke unterstützt. Ein Ministerium, das gegen das Volk gehe, müßte sofort demissionieren.

An der Bedeutung all der unzähligen Protestkundgebungen kam natürlich die Laitsche nichts ändern, daß hier und da auch reaktionäre Zinsterlinge sich im entgegengesetzten Sinne hören lassen. So beriet z. B. das Organisationskomitee des bevorstehenden russischen — Adelskongresses am 1. d. M. unter Vorstz des Fürsten Kassaftin Rostowski über den Entwurf einer Adresse an den Jaren, in der um Verwandlung der Reichsduma in eine bloß beratende Institution, um die nochmalige Bestätigung der Unantastbarkeit des Privatgrundbesitzes und um Beibehaltung der Ausnahmgesetze und der Todesstrafe gebeten wird. —

Diese Adligen scheinen in der Tat mit unheilbarer Blindheit geschlagen zu sein, wenn sie glauben, daß Rußlands Volk sich nach allem Vorgefallenen beliebige reaktionäre Maßregeln bieten lassen wird.

Uebrigens steht im schroffsten Gegensatz zu jener Nachricht über die geplanten Attentate der russischen Adligen eine Mitteilung, die besagt, der russische Ministerrat selber beschäftigt sich augenblicklich mit der Ausarbeitung eines Projekts, das die — Erweiterung des Wahlsystems und der Kompetenz der Reichsduma vorsieht! —

Daß dem Präsidenten der Duma, Kutomzow, die Gnadenform des Jaren leuchtet, geht jedenfalls daraus hervor, daß er — ebenso wie die Abgeordneten Kowalewski und Schereschenewitsch — als Professor der Universität Moskau bestätigt wurde. Dagegen ist Eschischepkins Besuch

Die Interlions-Gebühr

beträgt für die sechsseitigen Anzeigen oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

im Belassung in seinem Professorenamt zu Odessa abgelehnt worden.

Goremykin's Name wird noch in einem anderen interessanten Zusammenhang genannt. Die „Petersburgskaja Gaseta“ nämlich meldet aus angeblich glaubwürdiger Quelle, Goremykin besitze bereits ein vom Zaren unterzeichnetes Aufhebungsdekret, das er erforderlichenfalls in der Duma verlesen werde. Aus derselben Quelle verlautet, daß einer am 29. Mai in Petersburg erschienenen Militärdeputation, welche um die Dumaauflösung bat, vom Zaren erklärt wurde, ein derartiger Gewaltakt sei unnötig!!

Zum Schluß ist noch davon Notiz zu nehmen, daß russische Zeitungen bereits von einer neuen Ministerkombination sprechen, die Aussicht auf Verwirklichung haben soll, wenn es dem gegenwärtigen Kabinett gelinge, die öffentliche Meinung durch — „Reform“-Projekte auf seine Seite zu bringen. Die Liste lautet: Fürst Urussov (ehemaliger Gehilfe des Ministers des Innern und „parteiloser Liberaler“) Präsidium; Nikolai Uvov („Kadett“) Inneres; Krotjarewski („Kadett“) Finanzen; Steoni Justiz. Die übrigen Portefeuilles sollen gewählten Reichsratsmitgliedern übergeben werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juni.

Meidet Südwestafrika!

Eine sehr energische Warnung vor Bezug nach unserer, den deutschen Steuerzahlern so „teuren“ Südwestafrika erläßt die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes im folgenden Schreiben vom 25. Mai:

Wenn die Auskunftsstelle für Auswanderungswesen in ihren Bescheiden vor Niederlassung in Deutsch-Südwestafrika als noch verfehlt bisher warnen zu müssen glaubte, so scheint dieses Verfahren in den Wirtschaftsverhältnissen des Schutzgebietes, soweit sie hier übersehen werden können, eine Stütze zu finden. Die Verhältnisse standen bisher einer Einwanderung in größerem Umfange um deswillen entgegen, weil der Lebensunterhalt im Schutzgebiete als Folgewirkung des Krieges abnorme Anforderungen an die Kapitalkraft der Ansiedler stellte und die Verkehrserschwerungen wegen ihrer Inanspruchnahme durch die Schutztruppe erheblichen Schwierigkeiten unterlag. Dazu kommt, daß an eine ordnungsgemäße Wiederaufnahme der Farmbetriebe noch nicht herangetreten werden konnte. Diese Gesichtspunkte bedürften einer um so aufmerksameren Würdigung, als sich die Auskunftsstelle als halbamtliche Behörde dem Gefühle der Verantwortung, die sie bei Erstellung von Auskünften zu übernehmen hat, nicht entziehen kann. Was die Mitteilung amtlicher Informationen über die Ansiedlungsverhältnisse Deutsch-Südwestafrikas anlangt, so ist das Gouvernement zurzeit beschäftigt, ein Auskunftsnetz zu bearbeiten, welches alles Wissenswerte für Auswanderungslustige enthält. Dieses Netz wird auch der Auskunftsstelle für Auswanderungswesen überwiesen werden. Bis zum Erscheinen der fraglichen Veröffentlichung wird es sich empfehlen, wegen Auskunfts über die einschlägigen Verhältnisse mit dem kaiserlichen Gouvernement direkt in Verbindung zu treten.

Auswärtiges Amt, Kolonialabteilung. E. Hohenlohe.

Es ist nur erfreulich, daß sich die Kolonialabteilung endlich zu dem Mutte aufrafft, die Dinge so zu sehen und darzustellen, wie sie sind. Daß die amtliche Stelle damit nun auch endgültig ihrer bisherigen südwestafrikanischen Politik das herbe Urteil spricht, wird sie natürlich nicht zugeben.

Nach diesem Zugeständnis stehen die Dinge in Südwestafrika lediglich so, wie sie vorurteilslos Verleserflatter längst unüberleglich festgestellt haben, und wie sie im besonderen die sozialdemokratische parlamentarische Kritik wiederholt nachdrücklich hervorgehoben hat: für unabsehbare Zeit ist jede ruhige wirtschaftliche Kolonisation ausgeschlossen, dafür aber bleibt die Gewißheit, daß der deutsche Steuerzahler zur höheren Ehre abenteuerlichster Kolonialpolitik noch ungezählte Millionen opfern darf, ganz zu geschweigen von dem jungen deutschen Blut, mit dem diese Sandwüste noch gesät werden wird.

Ein Wahlrechtskampf in Schleswig-Holstein.

Unsere schleswig-holsteinischen Parteigenossen sind soeben in eine lebhafteste Agitation für das kommunale Wahlrecht eingetreten. Bekanntlich untersteht sich die schleswig-holsteinische Städteordnung in ihren auf die Wahl der Stadtverordneten bezüglichen Bestimmungen dadurch von der altpreussischen, daß sie eine Klasseneinteilung der wahlberechtigten Bürgerschaft zwar nicht kennt, daß sie es aber den Städten freistellt, das Bürgerrecht und damit das kommunale Wahlrecht durch Ortstatut von einem Zensus, d. h. dem Nachweis eines steuerpflichtigen Einkommens abhängig zu machen, dessen Höhe sich zwischen den Steuerstufen von 600 M. und 1500 M. bewegt. Von dieser Bestimmung haben denn auch seit anderthalb Jahrzehnten die meist von freisinnigen Majoritäten beherrschten Stadtverwaltungen der Provinz fleißig Gebrauch gemacht, und zwar der Reihe nach in dem Maße, wie die in ihren Mauern aufkommende moderne Arbeiterbewegung die Gefahr näher rückte, daß mit der Zeit auch das Proletariat sich Sitz und Stimme in den städtischen Körperschaften erobern würde. Von den 54 Städten der Provinz haben bis jetzt nicht weniger als 30 den Bürgerrechtszensus erhöht, darunter Wandsbek gleich bis zur höchsten zulässigen Grenze, der Steuerstufe von 1350 bis 1500 M., entsprechend dem Staatssteuersatz von 16 M., Altona, Kiel, Flensburg, Neumünster auf die zweithöchste Maximalstufe eines Einkommens von 1200 bis 1350 M., gleich einem Steuersatz von 12 M.

Welch verheerenden Einfluß diese plutokratische Maßregel auf das Wahlrecht der minderbemittelten Bevölkerungsschichten ausübt, geht beispielsweise daraus hervor, daß in Kiel im Jahre 1905 von 89 804 Einwohnern, die ein Einkommen von mehr als 600 M. verkauerten, ganze 11 500, also circa 28 Proz., wahlberechtigt waren. Wenn es trotzdem der Sozialdemokratie gelungen ist, in einzelnen Städten den Zensuswall zu übersteigen, so lag das nicht an der vom Standpunkt der Privilegien unzulänglichen Höhe des Volkswerts, sondern allein an der Schläfrigkeit und vor allem an der Uneinigkeit der Bürger. Wie sich aber auf allgemeinem politischen und wirtschaftlichen Gebiete am Klassenbewußtsein des Proletariats mächtig auch das seiner Gegner entzündet hat und immer kompakter sich der Aufmarsch der einen reaktionären Masse formiert, so vollzieht sich dieselbe Entwicklung auch im Kampf um die Kommune.

So hat denn zurzeit die Sozialdemokratie in der ganzen Provinz von den vielen hunderten von Stadtverordnetenblöcken bloß in drei Städten, nämlich in Kiel, Breese und Itzehoe, insgesamt fünf Sitze inne, nachdem der in Kiel begonnene Prozeß des Herauswählens bereits auch in zwei anderen Städten die kommunale Vertretung wieder von den eingedrungenen proletarischen Störenfriedern mit Erfolg gesäubert hat.

Man kann sich also denken, daß die Bourgeoisie Schleswig-Holsteins ihre Kommunalverfassung als kostbares Palladium ihrer Besitzprivilegien in hohen Ehren hält. Um so größer war in diesen Tagen die Verblüffung im bürgerlichen Lager, als bekannt wurde, daß auf die Tagesordnung des am Freitag nach Pfingsten in dem lauenburgischen Städtchen Wölln zusammengetretenen schleswig-holsteinischen Städtetages ein Punkt: „Reform des kommunalen Wahlrechts“ gesetzt war, und daß der eine der dazu bestellten Referenten ein bekannter reaktionärer Provinzpolitiker war, der nationalliberal-konservative Durchfallskandidat im 7. schles-

wig-holsteinischen Wahlkreise, Justizrat Dr. Thomsen-Kiel, der, obwohl langjähriger Stadtverordnetenvorsitzer, im Jahre 1904 wegen seines Eintretens für das Dreiklassenwahlrecht der altpreussischen Städteordnung von der Bürgerschaft im Kampf um sein Stadtverordnetenmandat im Stiche gelassen wurde und durchfiel. Was dieser Herr, der als nicht mehr aktives Mitglied eines Stadtkollegiums eigentlich gar nichts auf dem Städtetag zu suchen hat, als „Reform des Wahlrechts“ vorschlagen würde, lag auf der Hand. Bald erfuhr man dazu noch, daß der eigentliche Manager des beabsichtigten Angriffes auf die „freibeitliche“ mecumshöhlungene Städteordnung der Vorsitzende des Städtetages selber war, der Kieler Oberbürgermeister F. u. F. Dieser erschien nämlich mit einer Broschüre auf dem Plan, einem Sonderabdruck aus den Publikationen des Vereins für Sozialpolitik, in der er an der schleswig-holsteinischen Städteordnung, besonders an ihren Wahlrechtsbestimmungen, „vernichtende“ Kritik übte. Herr F. u. F. setzte auseinander, daß für einen weitschauenden Verwaltungspolitiker das gleiche (!) Wahlrecht der Städteordnung trotz der Zensuschwanken absolut keine Garantie biete vor einer Ueberflutung der städtischen Parlamente mit sozialdemokratischen Vertretern, denn die steigenden Löhne der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit, in den aufblühenden Gemeinden die Steuer-schraube immer schärfer anzuziehen, ermöglichen es immer größeren Proletariatsmassen, die Zensuschwelle zu überschreiten. Herr F. u. F. sieht sogar den Zeitpunkt in greifbare Nähe gerückt, da die Stadtverordnetenversammlungen zu Arbeiterparlamenten entartet sein werden, und er erblickt die einzige Rettung vor dieser grauenhaften Entwicklung in der Einführung der altpreussischen Städteordnung, die mit ihrem Dreiklassenwahlrecht diese Gefahr radikal beseitige und überdies dadurch, daß sie der Arbeiterklasse eine lokale Vertretung in der dritten Klasse ermögliche, der Sozialdemokratie ihren aufreizenden Agitationsstoff gegen das Zensuswahlrecht entwinde.

Dem weitschauenden Politiker ist mit seiner Publikation nun leider das Pech passiert, daß er sie, wie aus dem Inhalt klar hervorgeht, im ersten Schreck über den vorjährigen Frühjahrswahltag der Kieler Sozialdemokratie abgesetzt hat, und daß inzwischen seine pessimistischen Deduktionen, die sich durchweg auf die Kieler Verhältnisse stützen, durch die Entwicklung der Kieler Verhältnisse selber, durch die Wahlen im Herbst 1905, bei denen die Bürgerlichen Jammerinsinire der reißenden Bourgeoisie seine eigentliche Attade, die auf einen ganz anderen Punkt der schleswig-holsteinischen Städteordnung gerichtet ist, offenbar machen sollen. Herr F. u. F. ist nämlich ein besonderer Gräuel an der schleswig-holsteinischen Städteordnung die direkte Wahl des Magistrats durch die gesamte wahlberechtigte Bürgerschaft und die Befristung der Magistratsmitglieder. Man kann seine Gefühle in dieser Hinsicht erst dann recht würdigen, wenn man weiß, daß er selbst vor ein paar Jahren, als er sich nach Ablauf seiner Amtsperiode einer Neuwahl unterziehen mußte, mit der knappen Majorität von 17 Stimmen seinen glänzend dotierten Posten gerettet hat. Die altpreussische Städteordnung verschont den Magistratsbesitzer mit solcher unwürdigen Abhängigkeit von der allgemeinen Wählerkapitule, und so läuft die ganze umfassende Kritik, die Herr F. u. F. an der einheimischen Kommunalverfassung übt, in eine mehr oder minder direkte Empfehlung der altpreussischen Städteordnung aus.

In bürgerlichen Kreisen ist man über dieses Attentat auf die schleswig-holsteinische Selbstverwaltung und Bürgerfreiheit, wie sich die liberalen Zensusartikles ausdrücken, höchlich entrüstet. Man nimmt an, daß Herr F. u. F., der im Kieler Stadtkollegium häufig schon seine engen Beziehungen zu gewissen Stellen der Staatsregierung erwähnt hat, bestellte Arbeit liefert, und daß er den Städtetag dazu benutzen will, um der Regierung zur Beilegung der schleswig-holsteinischen Städteordnung, die den Behörden allerdings in ihren einheitlichen Verwaltungsapparat schlecht passen mag, die erwünschte Gelegenheit zu geben. Eine Reihe von schleswig-holsteinischen Stadtverordnetenkollegien haben denn auch bereits ihre Delegierten zum Städtetag auf das Festhalten an der provinziellen Städteordnung verpflichtet. Dabei sind die freisinnigen Kommunalpolitiker mindestens ebenso zweideutig in ihrer Polemik gegen die bürgerlichen Pläne, wie dieser selber in seinem Angriff auf die ihm unbenachteiligte Städteordnung, nur in umgekehrter Richtung. Während nämlich Herr F. u. F. den roten Lappen schwingt, um die Magistratswahl nach seinem Geschmack in Sicherheit zu bringen, gebahren sich die freisinnigen Politiker, als ob dieses Magistratswahlrecht das vornehmste Kleinod ihrer Städteverfassung sei — in Wahrheit aber ist es ihnen in erster Linie darum zu tun, den Zensus zu retten. Wenn sich auch theoretisch darüber streiten läßt, welches Wahlrecht dem demokratischen Standpunkte aus standalöser, das Zensusystem oder das preussische Dreiklassenwahlrecht, praktisch und in seiner Wirkung ist ohne jede Frage das Zensuswahlrecht für absehbare Zeit noch viel reaktionärer als die preussische Dreiklassenwahl. Mit der Einführung der altpreussischen Städteordnung würde die Sozialdemokratie in einer ganzen Reihe schleswig-holsteinischer Städte ohne weiteres in die Gemeindevertretungen einziehen. Das wissen die freisinnigen Kommunalpolitiker und deshalb erheben sie ein so großes Geschrei um die angeblich bedrohte Selbstverwaltung der schleswig-holsteinischen Städte.

Das Proletariat könnte dem Streite mit der Benutzung des lachenden Dritten zusehen, der allemal dann die Wahrheit erfährt, wenn sich zwei — Wiedermänner die Reviden lesen; es ist zwar sein Fell, um das sich diese Gentlemen halben, aber es kann ihm wirklich gleichgültig sein, ob es dreiklassig geprellt oder zensusgerecht begaumert wird. Triebe die Sozialdemokratie lebendig Moment'spolitik, so könnte sie sogar der Einführung der altpreussischen Städteordnung zustimmen, denn diese würde ihr in der Tat, zum mindesten in den größeren Städten, ohne besondere Schwierigkeit eine ganze Anzahl von Mandaten, wenn nicht gar sofort oder in nächster Zeit sämtliche Sitze der dritten Klasse verschaffen. Aber in einer so bedeutungsvollen Frage, wo es sich um das oberste Stadt- und Staatsbürgerliche Recht des Volkes handelt, weist eine Partei, wie die des Klassenbewußten Proletariats, eine Politik, die auf ein Fesseln um das größere oder kleinere Unrecht hinauszulaufen würde, natürlich ohne Bemühen weit von sich. Worauf es unserer Partei in dieser Situation allein ankommt, das ist, die Gelegenheit zu nutzen, um in einer Agitation großen Stils den Massen wieder einmal auf der ganzen Linie den himmelstinkenden Stachel des bestehenden Zensuswahlrechts ins Bewußtsein zu rufen und zugleich im positiven Sinne eine tiefgreifende Bewegung für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nachzurufen, das allein auch auf kommunalem Gebiete an die Stelle des bestehenden Unrechts, sei es nun der schleswig-holsteinische Zensus oder das altpreussische Dreiklassensystem, zu setzen ist. Die Parole ist in diesem Sinne denn auch von seiten der Agitationskommission der Provinzpartei ausgegeben. Die Agitation ist so angelegt, daß zunächst, vor dem Städtetag, die Organisationen in der Provinz in ihren Vereinversammlungen Stellung nehmen und in einer einheitlichen, von der Agitationskommission ausgearbeiteten Resolution namens des arbeitenden Volkes vom Städtetag eine Erklärung zugunsten des demokratischen Wahlrechts fordern. Nach dem Städtetage soll diese Agitation in die breitesten Massen getragen und in Stadt und Land der Kampf gegen den Zensusstandal und für das vollstümliche Wahlrecht eröffnet werden. Es ist das Verhängnis unserer Gegner, daß die Beschlüsse ihres Städtetages, mögen sie nun für oder gegen die schleswig-holsteinische Städteordnung ausfallen, und das wirkungsvollste Material für diese Agitation liefern müssen.

Deutsches Reich.

Sind Sozialdemokraten vogelfrei?

Im Monat Februar fanden in dem rheinischen Industrieort Düren zwei Hausdurchsuchungen, zwei Beschlagnahmen und mehrere

polizeiliche Bestrafungen wegen Verbreitung von Wahlrechts-Flugblättern statt — etwas gar zu viel behördliche Aufmerksamkeit in einer kleinen Stadt mit schwacher Arbeiterbewegung. In einem Falle war von einem Arbeiter namens Hoyer der sozialdemokratische Vertrauensmann als „polizeiwidriger“ Flugblattverbreiter bezeichnet worden. Einer unserer Parteigenossen, N., stellte den Hoyer des-halb zur Rede, und er kündigte ihm die bis dahin zwischen den beiden bestehende Freundschaft für den Fall, daß Hoyer wirklich den Vertrauensmann angezeigt habe, zumal da der letztere entschieden in Abrede stellt, an dem betreffenden Morgen draußen gewesen zu sein. Es ist anzunehmen, daß der Hoyer am dem Februarmorgen in der Dunkelheit einen anderen für den Vertrauensmann gehalten hat. In der Tat wurde das Strafmandat infolge der unzulänglichen Aussage des Hoyer vom Schöffengericht aufgehoben. Der vorhin erwähnte Parteigenosse N. stand jetzt vor der Kassener Strafkammer unter der Anklage, den Hoyer zum Meineid verleitet zu haben. Die harmlosen Äußerungen N.'s hatten dem Dürerer Polizeikommissar Valerius genügt, die furchtbare Anklage in die Wege zu leiten, und die Staatsanwaltschaft in Kassen hielt das vorliegende „Material“ für ausreichend zur Erhebung der Anklage. Zudem hatte man den Genossen N. auch noch verhaftet. Der Arbeiter Hoyer erklärte als Zeuge, von N. nicht beeinflusst worden zu sein. Wenn er unbestimmt in seinen Aussagen gewesen sei, so rührt das daher, daß er in der Dunkelheit den Flugblattverbreiter nicht deutlich erkannt habe. N. habe ihm die Freundschaft gekündigt für den Fall, daß er den Vertrauensmann als Täter bezeichnet habe. Darauf habe er gesagt: Wenn ich schwören muß, sage ich die Wahrheit! N. habe darauf erwidert: „Das sollst Du auch; aber je nachdem, wie das herauskommt, find wir keine Freunde mehr.“ Zwei Zeugen bestätigten diese Bekundung. An der Freisprechung des Angeklagten war nicht zu zweifeln. Da aber geschah das Unerwartete: der Staatsanwalt hielt eine Rede gegen die Sozialdemokratie, wie sie nicht ist, und er beantragte gegen N. ein Jahr Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende der Strafkammer aus: Es sei dem Gericht bekannt (!!), daß die Partei des Angeklagten, der sich selbst als Sozialdemokrat bezeichne, die Partei des Terrorismus sei und auch vor Beeinflussung von Personen und Zeugen nicht zurückstehe. Es sei in hohem Grade wahrscheinlich, daß auch hier diese Absicht vorgelegen habe; der Zeuge Hoyer habe auch hier den Eindruck gemacht, als stehe er unter irgend einem Druck, und er habe auch hier mit der Sprache nicht recht herausgewollt. Jedoch habe das Gericht nach der Beweisaufnahme zur Freisprechung des Angeklagten kommen müssen. Der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen, die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Wie man die „Eindrücke“ zu bewerten hat, die der Vorsitzende aus der Verhandlung gewann, darüber braucht man sich nicht im unklaren zu sein, wenn man die völlig aus der Luft geholte ungeheuerliche Verunglimpfung der Sozialdemokratie ins Auge faßt. „Dem Gericht ist bekannt...“, so behauptet der Vorsitzende, der die sozialdemokratische Partei anscheinend nur aus der Prospektive des politisch auf tiefer Stufe stehenden Karikalen Kassen kennt. Wir empfehlen dem Herrn, wenn er wieder eine politische Partei anzugehen beabsichtigt, dies nicht mehr unter dem Schutze des Gerichtssaales zu tun, sondern in einer offenen Versammlung in freier Rede und Gegende. Zu einem Angriffe gegen eine Partei gibt das Gesetz dem Richteramt kein Recht. Je ferner der Richter einer Partei steht und je fremder ihm die Partei ist, desto mehr sollte er sich vor Verunglimpfungen dieser Partei hüten, um nicht den letzten Rest der Möglichkeit eines Vertrauens zur Rechtspflege zu zerstören.

Trotz der geschilderten Sachlage erhoben ein Gericht und die Staatsanwaltschaft Anklage und trotz der völligen Schuldlosigkeit des Angeklagten konnte ein Staatsanwalt, ohne irgend eine Verantwortung hierfür zu tragen, gegen den Schuldlosen Zuchthaus beantragen! Das wäre unmöglich, wenn in Deutschland an Stelle des Anklagemonopols einer politischen Anweisungen unterstellten Behörde und an Stelle unserer „gelehrten Richter“ aus und vom Volke gewählte Richter fungieren würden und wenn in Deutschland eine wirkliche zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten für ihr Tun und Lassen eingeführt wäre.

Anklagen und Urteilsgründe wie die erwähnten sind ein für die herrschende Klasse tief beschämendes Zeichen des Niederganges der Rechtspflege. Daß sie aufläuternd und aufreizender wirken als Duzende von Flugblättern ist das ungewollte Verdienst der Staatsanwaltschaft und des Gerichts.

Wälow als Kanalfreund. Reichskanzler Fürst Wälow hat an den Landrat von Stubenrauch zur Eröffnung des Teltowkanals ein Glückwunschk Telegramm geschickt, in dem es u. a. heißt:

„Ich niemals hat sich ein preussischer Kreis eine so große Aufgabe gestellt. Ihre Lösung war nur möglich unter einer so weitblickenden Leitung wie der Ihrigen und bei einer so vor-ständnisvollen wie opferwilligen Mitwirkung der Selbstverwaltungskörper. So ist die Vollenbung des Teltow-Kanals, abgesehen von ihrer großen praktischen Bedeutung, ein vorbildliches Beispiel für die Leistungsfähigkeit der preussischen Selbstverwaltung.“

Nimmt sich schon das Lob der Selbstverwaltung in dem Munde eines Ministerpräsidenten sehr komisch aus, der soeben erst die preussische Schulvorlage inauguriert hat, so wird die Komik des Telegramms geradezu grotesk, wenn man sich bei diesem Sym-nus auf Kanalhauten an die famose — Energie erinnert, mit der Herr v. Wälow das Projekt des Mittelkanals hat durch-fallen lassen helfen.

Herr Perlmann, der Philanthrop.

Bekanntlich spielte in der polizeifrommen Presse als Argument für die Russenausweisung eine nicht unbedeutende Rolle das Rund-schreiben des Königsberger Vertreters des „Hilfsvereins der deutschen Juden“, des Herrn Perlmann. Dieser Herr hat es, wie noch er-innerlich, gewagt, die Mitglieder des russisch-jüdischen Arbeiterbundes als „gewissenlose und charakterlose Individuen“ zu bezeichnen, die überall die „Seuche“ unmoralischer Grundzüge hinaustragen und daher einer Unterstüßung durch die deutschen Juden durchaus unwürdig seien. Woher nun dieser Haß des Herrn Perlmann gegen die „Bundisten“? Darüber finden wir genügenden Aufschluß in der „Winaer Volkszeitung“, der wir die nachstehende Charakteristik des philantropischen Herrn Perlmann entnehmen.

Ein Mitarbeiter der „Volkszeitung“ traf während seiner Anwesenheit in Königsberg zufällig einen jüdischen Arbeiter aus Russland, der ihm unter anderem erzählte, er sowie zahlreiche andere russische Juden seien beim bekannten Königsberger Wohlthäter Herrn Perlmann beschäftigt. Auf die Frage des Journalisten, wie es zu dieser Arbeit gekommen seien und wieviel Lohn sie erhielten, erzählte der Arbeiter folgendes:

Hier in Königsberg halten sich immer sehr viele russische Aus-wanderer auf der Durchreise nach überseeischen Ländern auf. Da es meist arme Leute sind, pflegen sie sich an Herrn Perlmann als den hiesigen Vertreter des Hilfsvereins um Unterstützung zu wenden. Gewöhnlich bekommen sie dann von Herrn Perlmann den Bescheid,

Die Unterstützung werde ihnen gewährt werden, doch mühten sie sich noch einige Zeit gedulden, da der Verein über jede Einzelunterstützung genaue Berechnungen vornehmen müsse. Gerade bei diesen Worten pflegt der Herr dann eine besonders wohlmeinende Gönnermienen anzunehmen und dem betreffenden Unterstützungsbedürftigen dann mit freundschaftlichem Lächeln zu sagen, er werde doch wohl während der „Wartzeit“ auch essen, trinken und schlafen wollen. Nun gut, so solle er nur in sein (des Herrn P.) Geschäft gehen, dort werde schon für ihn gesorgt werden. Kommt nun der Arbeiter ins Geschäft, so läßt man ihn Säckle schleppen und andere Arbeit verrichten und ist der Arbeitstag zu Ende, so bekommt er ganze 2 M., wohl gemerkt, für eine Arbeit, die gewöhnlich mit 4—5 M. bezahlt wird. Und so geht es meist 1—2 Wochen lang.

Und da die Verhältnisse im Jarenreich den Auswandererstrom eigentlich nie recht versiegen lassen, so ist diese Art „Wohltätigkeit“ dem Herrn P. selbstverständlich von ganz begreiflichem Interesse. So weit der Gewährsmann unseres Journalisten.

Die meisten Auswanderer lassen sich diese Behandlung ohne weiteres gefallen. Sticht aber unser Philanthrop einmal auf einen Klassenbewußten Arbeiter, und dies ist in letzter Zeit recht häufig der Fall, so bekommt er so manches zu hören, was für sein menschenfreundliches Ohr recht unangenehm klingt. Man erdreißt sich sogar, die Wohltätigkeit des Herrn P. als ganz gewöhnliche Ausbeutung zu charakterisieren. Daher der Haß des Herrn P. gegen die „gewissenlosen Bundisten“.

Protest gegen die Fahrkartensteuer. Der Vorstand der Reichsvereine in Leipzig nahm in seiner letzten Sitzung folgende Protestresolution einstimmig an:

„Der Vorstand des Verbandes deutscher Mietervereine weiß sich mit allen einschlägigen Wohnungsreformen einig in der Ansicht, daß jede Verteuerung der Verkehrsmittel eine Schädigung und Hemmung der Wohnungsreform bedeutet und bedauert es daher aufs tiefste, daß sich im Reichstage eine Mehrheit für die Bewilligung der Fahrkartensteuer gefunden hat; er bedauert dies umso mehr, als sich unter den Bewürwortern dieser Steuer Leute befinden, die in der Geschichte der Wohnungsreform eine Rolle gespielt haben. Unsere Vereine werden sich bei den nächsten Reichstagswahlen ihre Kandidaten etwas genauer ansehen müssen.“

Das wäre allerdings sehr zu empfehlen! —

Ein Kampf um den Namen . . . Der biedere Führer der freisinnigen Volkspartei mit dem schlichten Namen Müller führt seit Jahren einen heroischen Kampf um eine geziemende Verschönerung dieses seines angeborenen Namens. Er kämpft sozusagen um den bürgerlichen Adel; es genügt ihm nicht, ein Müller unter den anderen Müllern zu sein, er hatte nicht etwa den Ehrgeiz, durch Geist und Arbeit seinem Namen Müller eine besondere Stellung zu verschaffen, nein — der Name selbst sollte zeugen von besonderer Herrlichkeit. Also geschah es denn, daß ihm des Deutschen Reiches Kanzler nach der patriotischen Haltung in den Vorkämpfen auf sein Gesuch huldvoll gewährte, sich von jetzt ab Müller-Sagan zu nennen, wenn die Stadtverordneten der guten Stadt Sagan nichts dagegen hätten. Die Stadtverordnetenmehrheit ließ sich, übrigens gegen den Willen des Bürgermeisters, breitschlagen. Große Freude herrschte darob in Müllers Hütte; jezo aber naht sich wieder das Verhängnis: wie die „Schles. Ztg.“ hört, hat der Kreis Sagan durch den Kreisaußschuß gegen diese Genehmigung Protest erhoben. Man ist gewillt, eventuell die Entscheidung der höchsten Instanz herbeizuführen! Wie stehen erschlittert vor dieser Wendung der Dinge! Röge der Himmel und etliches andere Herrn Müller in diesem schweren Kampfe beistehen . . . denn was sollte aus der freisinnigen Volkspartei werden, wenn Herr Müller einfach Herr — Müller bliebe! Nicht auszudenken ist es . . .

Ein allgemeiner deutscher Handwerkerkongress ist für den Sommer 1907 geplant. Derselbe soll nach den Bestimmungen des Zentral-ausschusses des Innungsverbandes im August 1907 mit der Tagung der Handwerkskammern in Mitteldeutschland stattfinden. Am gleichen Ort und zu derselben Zeit soll dann auch eine Generalversammlung der satzungsbekanntesten Deutschen Mittelstandsvereine stattfinden, damit die Teilnehmer an allen drei Veranstaltungen teilnehmen können. —

Polizei-Risikof! Aus Essen wird uns berichtet: Auf eine Beschwerde, die Frau Ruben-Hamburg und der Essener Parteiführer Genosse Bühler am Montag den 28. Mai cr. persönlich in Düsseldorf bei der Regierung gegen das Verbot der Reitation des Dramas „Am Vorabend“ einlegten, erfolgte am Sonnabend die Aufhebung des Verbotes, also die Freigabe der Reitation für Offen.

Preussische Kommunalkasse. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Pöhlhausen i. Th. wurden einige interessante Interpellationen behandelt. Unser dortiges Parteiblatt hatte die Praxis der freihändigen Verkäufe städtischen Holzes kritisiert und in einem Fall, wo ein freisinniger Stadtverordneter Käufer war, festgestellt, daß dem Stadtsäckel durch diese Art des Verkaufes eine größere Summe Geld verloren ging. Ein Stadtverordneter, der Aufklärung forderte, brachte einen weiteren Fall zur Kenntnis, in welchem Lindenholz vorzüglichster Qualität an die Firma Wästenfeld in Hannover Münden zum Preise von 5 M. pro Raummeter verkauft wurde. Der städtische Oberförster mußte zugeben, daß unter seinem Vorgänger, der vor seinem Antritt die Forstakademie in Hannover Münden besucht hatte, die Fälle sich im wesentlichen nach den Angaben der Arbeiterpresse abgepielt haben. In dem einen Falle hätte das Eichenholz, wenn es vier Tage später in öffentlicher Versteigerung verkauft worden wäre, einen Mehrertrag von 1088,74 M. ergeben, während das Lindenholz etwa um 2000 M. unter Preis verkauft worden sei. Künftig soll nicht unter 25 Proz. Aufschlag auf den Lagerwert verkauft werden. Die Holzpreise seien plötzlich rapid gestiegen; bei dem Lindenholz sei allerdings eine „Vertaxierung“ vorgekommen. — Trotz dieser Zustände, unter denen die drückende Industrie zu leiden hat — Mühlhäuser Holzindustriellen wurde z. B. von dem glücklichen Käufer in Münden ein viermal höherer Preis abgefordert — konnte sich das Gemeindefolk nicht entschließen, grundsätzlich den Verkauf in öffentlicher Versteigerung zu fordern. Warum? Eht freisinnig war auch die Vespredung einer Interpellation, die sich gegen die Vereinigung der Gemeindebeamten richtete, die billige Warenpreise, bei gemeinsamen Bezug von einer Firma, vereinbart hatten und das städtische Steuerbureau als Sammelstelle von Einkaufsaufträgen benutzten. Selbstverständlich ist es unangehörig, städtische Amtsräume während der Dienststunden zu Privatweden zu benutzen. Aber die freisinnigen Stadtväter gingen weiter, sie verlangten, die Beamten sollten überhaupt darauf verzichten, vorteilhaftere Waren-Einkäufe zu organisieren, anderenfalls sie auf kein Entgegenkommen bei Gehaltserhöhungen zu rechnen hätten. Und die Bezahlung der Überstunden werde man künftig nicht mehr ohne weiteres bewilligen! — Nichts ohne Gegenleistung! Die Behörden verlangen von den Beamten, außer der Arbeitskraft, „gute Stimmung“ und die freisinnigen Geschäftspolitiker erheben den Anspruch, daß ihre teureren Waren unbefehlet von den Beamten gekauft werden müssen. Zweifellos werden die Beamten zu Kreuze kriechen, sicher aber nicht ohne die Einsicht, daß ihre Interessen von den bürgerlichen Stadtverordneten mit Füßen getreten werden. —

Ein Zentrumsgeißel. Einer der Führer der Zentrumspartei in Köln, Herr Franz Jilens, Stadtverordneter, Ritter eines päpstlichen Ordens, Oberbefehlshaber der ultramontanen Wachtregimenten usw., ist der Gegenstand einer solchen in Köln erschienenen sechsjährigen Broschüre, die dort gewaltiges Aufsehen erregt. Der Verfasser namens J. Jewel ist nach seiner Behauptung ein von Jilens ruinierter Unternehmer, der den frommen Geldmann der gewagtesten geschäftlichen Wagnisse, unter anderem auch des Wunders beschuldigt und sich dabei auf zwei Gerichtsurteile stützt. Herr Jilens

hat nach der Broschüre es vom schlichten Schreiber zum Millionär, Gutbesitzer, Bankdirektor, Ziegeleibesitzer und dergl. mehr gebracht, hauptsächlich durch beispiellose Grundstückspekulationen im großen, wobei ihm die Kenntnis der städtischen Bebauungspläne zu Statten gekommen sei, die er sich als Stadtverordneter verschaffte.

Herr Jilens ist Direktor der Bank für Landwirtschaft und Gewerbe. Als solcher hat er den Geschäftsvorkehr mit dem genannten Unternehmer Jewel meist persönlich gepflogen. Als Jewel schließlich ruiniert war, meldete die Bank eine Forderung von 715 200 M. an. Aus dem Konkursverfahren liegt ein Urteil der II. Zivilkammer des Igl. Landgerichts Köln vor, worin von dem Geschäftsvorkehr der Jilensschen Bank mit Jewel gesagt wird, daß die Vermögensvorteile, die die Bank sich von Jewel verschaffen ließ oder in Rechnung stellte, „erheblich größer waren, als dem Brauche im Bankverkehr entsprach, die also in auffälligem Mißverhältnis zu ihren Leistungen standen. Die Klägerin deutete daher die Kollage des Jewel aus, denn sie mußte, daß er in schlechten Vermögensverhältnissen und bei einer Reihe von Bauten beteiligt war. . . . Der Geschäftsvorkehr der Klägerin war also eine sorgfältige Bewachung Jewels, und die einzelnen Geschäfte waren ungültig.“ Der Konkursverwalter klagte dann gegen die Jilenssche Bank auf Zahlung von 200 000 M., weil die Bank durch ihr Verhalten, das sich als ein sorgfältiges Bewachen kennzeichnete, Jewels Ruin und eine beträchtliche Schädigung der Konkursmasse verursacht habe; die Bank habe den Konkurs herbeigeführt und den größten Teil der Masseobjekte später zu Spottpreisen selbst erworben.

Die III. Zivilkammer des Igl. Landgerichts stellte sich auf den nämlichen Standpunkt wie der Konkursverwalter. Es heißt in dem gerichtlichen Urteil: „Das Gericht trägt hiernach kein Bedenken, mit dem Zeugen S. anzunehmen, daß Direktor Jilens durch sein Verhalten lediglich bezweckt hat, den Gemeinschuldner Jewel hinzuhalten, und daß die Bank, wie das ganze Verhalten ihres Direktors Jilens erkennen läßt, von vornherein die Absicht hatte, Jewel zu „machen“ und sich . . . in den Besitz der rentabelsten Besitztümer des Jewel auf billige Weise zu bringen.“

Der fromme Mann wird durch dieses Gerichtsurteil gebrandmarkt. Es hat jedoch den Anschein, als ob trotz dieses vernichtenden Urteils für ihn immer noch Platz in der Kölner Zentrums-partei sei. —

Husland.

Franzreich.

Reuterel.

Nouen, 4. Juni. (B. G.) Im hiesigen Militärgefängnis brach eine Reuterei aus, verursacht durch Züchtigung eines Gefangenen. 40 Soldaten weigerten sich, die ihnen auferlegten Arbeiten auszuführen. Eine Kompanie Infanterie mußte herangezogen werden, um die Ordnung wieder herzustellen.

Italien.

Die Wahlen.

Rom, den 5. Juni. (Privatdepesche unseres römischen Korrespondenten.) Nachdem unsere Abgeordneten kürzlich ihre Mandate niedergelegt hatten, fanden am ersten Pfingsttage die Neuwahlen in 24 Kreisen statt. Unterlegen sind Perera und Petini. In Stichwahl kommen Rigola und Tascia. Unsere übrigen Parteikandidaten sowie die Reformisten Turati und Trebes wurden gleich im ersten Wahlgang wiedergewählt. Trotz der starken Saison-Auswanderung unserer Wähler ist die sozialistische Stimmenzahl seit der letzten Wahl unverändert. Das Resultat übertrifft daher unsere Erwartungen.

Es sind gewählt: Enrico Ferri (in 2 Kreisen), Giacomo Ferri, Vissolati, Rondani, Zerdeglio, Morgari, Aroldi, de Felice, Agnini, Masini, Satti, Sichel, Cosia, Badaloni, Vercesi, Berentini, Porciani. Durch den unerwarteten Sieg des Reformisten Trebes im Wahlkreise Mailand V ist unser Parteikandidat Razzari unterlegen. Durch den Sieg Turatis fiel Labriola.

Zwei unserer Abgeordneten haben ihr Mandat nicht mit niedergelegt: Galbi wegen Krankheit, Antolisei aus Disziplinlosigkeit! —

Die „Neutralität“ Giolittis.

Rom, 2. Juni. (Fig. Ver.)

Da Giolitti in seinem Mundschreiben an die Beamten des Ministeriums des Innern mit besonders schwingenden Phrasen seine Absicht ausdrückt, daß die Regierung in den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit „die größte Neutralität“ bewahre, hat Genosse Ferri aus Argenta an den Ministerpräsidenten telegraphiert und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß dort die Kavallerie täglich auf Militärmärschen die Streifbroschen in die Reifelder geleitet und sie abends wieder abholt! — Giolitti hat telegraphisch geantwortet, daß er den Präfeldern angewiesen habe, diese Form der „Neutralitätsbetätigung“ einzustellen. — Trotzdem schlugen heute früh „Roh und Reifige“ wieder die lieben Streifbroschen und die sogenannte „Freiheit der Arbeit“. —

Ein Opfer der Polizeibrutalität.

Rom, 2. Juni. (Fig. Ver.)

Nachdem die bürgerliche Presse sich wieder darüber verbreitet hat, daß die Polizeigarde von Turin keine Todesopfer gefordert habe, ist heute — nach quatschendem Leiden — der Arbeiter Cravero, der von den Ordnungshütern am Kopf verwundet wurde, seinen Verletzungen erlegen.

Der „Avanti“ bringt die Nachricht und weist dabei hin auf die wilde und barbarische Form, mit der der Klassenkampf von seiten der Herrschenden geführt wird. Die bürgerliche Presse, die jetzt so viele hohe Worte über das Attentat gegen den König von Spanien machte, solle der täglichen Brutalität der Verhenden gegen die Verfolgten eingedenk sein: Hier würde sie den Schlüssel zu den Attentaten der Anarchisten finden. Die anarchistischen Ausdrücke des Klassenkampfes seien nur eine Antwort auf eine ununterbrochene Reihe von Gewalttaten, die die herrschenden Klassen verüben. —

„Sühne“.

Rom, 2. Juni. (Fig. Ver.)

Nach zweitägigen Verhandlungen ist gestern in Turin das Urteil gegen die Genossen gefällt worden, die wegen ihrer antimilitaristischen Agitation in den Kasernen angeklagt worden waren: Das Gericht hat acht Genossen wegen nicht erwiesener Schuld freigesprochen und die übrigen verurteilt. Und zwar hat man die Verurteilten Daberti und Ranni zu je 10 Monaten Gefängnis verurteilt, Volledro zu acht und Toaldi zu sechs. — Die Genossen hatten sämtlich ihren antimilitaristischen Standpunkt vor dem Gericht vertreten und dem Staatsanwalt eine Liste mit über 1800 Namen vorgelegt, in der sich die Unterzeichneten zu der Bestimmung der Angeklagten bekennen und den Staatsanwalt auffordern, gegen sie gleichfalls vorzugehen. —

Spanien.

Vom Attentat.

Raum hat sich die ungeheure Aufregung über den Bombenanschlag ein wenig gelegt, so tauchen sofort wieder jene zwei berühmten Begleitmotive all solcher Ereignisse auf: Erstens hat die Polizei alles vorher gewußt. Zweitens müssen auf der Stelle internationale Maßregeln gegen die Anarchisten ergriffen werden. Daß die Aufregung sich ein wenig gelegt hat, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß am Sonntag ein Mann im Dorfe Torrejon de Ardo (nahe bei Madrid) einen ihn verfolgenden Polizisten und dann sich selber erschoss. Dieser Mann soll der gesuchte Attentäter Morales gewesen sein. Man scheint aber der Wichtig-

keit der Vermutung noch nicht recht zu trauen; denn man will erst mehrere Verwandte des vermutlichen Attentäters Mateo Moran mit der Leiche konfrontieren, um zu sehen, ob die beiden in der Tat miteinander identisch sind. Einweilen hat man das Gehirn des Selbstmörders untersucht und gefunden, daß es „vollkommen normal ausgebildet“ sei!

Nach einer Scherl-Meldung war Morales-Moran 26 Jahre alt, Sohn eines reichen Fabrikanten, der ihn verpflegte, weil er sich in der Fabrik des Vaters durch sein despotisches, zugellofes Wesen benützte gemacht hatte! Er soll auch zwei Jahre in Deutschland studiert haben! —

Selbstverständlich ist im Augenblick noch den bürgerlichen Blättern keine Meldung zu dumm. Sie nehmen kritisch alles auf, was man ihnen zur Sache despektiert. So soll in Barcelona fast das gesamte Lehrkollegium einer Schule unter dem Verdachte der Anarchisterei verhaftet worden sein. Eine Meldung aus Washington setzt dann allem die Krone auf. Danach ist der Anschlag gegen das spanische Königspaar nur der fünfte Teil eines „großen“ anarchistischen „Programms“, das auch noch gegen das Leben Eduards von England (1), Nikolaus von Rußland, Wilhelm von Deutschland und — Roosevelt von Amerika gerichtet sein soll!

Während der Gouverneur von Madrid der Ansicht ist, daß Morales keine Mitschuldigen hatte, fahndet die Madrider Polizei an allen Ecken und Enden auf etwaige Komplizen. Zumal ein anonymes Schreiben an den Minister des Innern sich den „Schertz“ erlaubte, von einem neuen Komplott zu fesseln, das dahin zielt, das junge Königspaar während der Theateraufführung zu töten. —

Die Polizei des Auslandes verhaftet fleißig Anarchisten. In Turin wurden 5, in Ancona 1 Anarchist festgenommen; die italienische Polizei behauptet nämlich, den „Beweis“ zu besitzen, daß die Organisation des Madrider Attentats in den Händen des verurteilten Malatesta gelegen habe! Auch die Londoner Polizei kennt unzweifelhaft „Einzelheiten“ über das Vorhandensein eines anarchistischen Komplotts, dem außer Morales noch der bekannte Anarchist Nabarra aus Cartagena angehört haben soll, derselbe Nabarra, der auch in den Anschlag auf Alfonso zu Paris verwickelt war. Diese Meldung muß fleißig machen; denn das Pariser Attentat war bekanntlich „Rache“.

Afrika.

Die Kolonien!

Durban, 4. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Oberst Madenzie hatte gestern bei Akhanda einen Zusammenstoß mit den Aufständischen. 80 Aufständische und 4 Soldaten sind gefallen, 7 Soldaten verwundet.

Amerika.

Achtstundentag. Das Kongresskomitee für Handels- und Arbeitsangelegenheiten hat sich für erweiterte und strikte Durchführung des Achtstundentages erklärt und dem Kongress die Annahme der entsprechenden Vorlage empfohlen. Jede Firma, die Arbeiten im Auftrage der Regierung übernimmt, soll den Achtstundentag in ihren Betrieben einführen.

Da eine derartige Empfehlung auf den Kongress von großem Einfluß ist, hat sich in den Kreisen der Kapitalisten ein Sturm des Protestes erhoben. Neber 500 Telegramme, in denen „gegen ein solches Gesetz“ Einspruch erhoben wurde, erhielt der Sprecher des Repräsentantenhauses, Cannon, gleich nach Bekanntmachung des Komiteebeschlusses! — Der amerikanische Arbeiterbund bemüht sich schon lange darum, daß das Achtstundengesetz strikte durchgeführt werde. Präsident Compers ist mehrmals bei Roosevelt deswegen vorstellig geworden. —

Das neue Einwanderungsgesetz ist vom Senat angenommen worden. Wesentlich neue Bestimmungen darin sind: die Erhöhung der Kopfsteuer von einem auf fünf Dollar und die „Bildungsprobe“, die darin bestehen soll, daß den Einwanderern Teile aus der amerikanischen Verfassung zum Lesen in ihrer Muttersprache vorgelegt werden. Wer nicht lesen kann, wird zurückgewiesen. Mit ansehenden Krankheiten behaftete und ebenso mittellose Personen dürfen nicht landen. Die Nachbefugnisse des Generalinspektors der Einwanderungskommission sind wesentlich vermehrt worden, und in den einzelnen Fällen kommt viel auf seine Entscheidung an. In den Vereinigten Staaten an fassigen Einwanderern ist gesteuert, außer den nächsten Angehörigen auch Onkel, Tanten und Enkel sowie die Kinder verstorbenen Geschwister hinüberkommen zu lassen.

Dem Generalkommissar wird zur Pflicht gemacht, von Zeit zu Zeit zu ermitteln, wie viele Ausländer sich in Straf-, Besserungs- und Wohlthätigkeitsanstalten befinden, und dem Leiter dieser Anstalten sollen die gesetzlichen Bestimmungen über die Deportation von Ausländern, welche den öffentlichen Frieden zur Last fallen, mitgeteilt werden. Den Konsulaten in den ausländischen Auswanderungshäfen sollen Untersuchungsberichte beigegeben werden. Unter Kontrakt angeworbene Arbeiter bleiben — wie bisher — von der Verbannung ausgeschlossen. Ein Angriff der Demokraten auf den Südstaaten gegen diese Bestimmung wurde zurückgeschlagen. — Den Herren wurde so ihr Böhm bereitet, lohnbrückende Farmarbeiter unter Kontrakt frei einzuführen. —

Aus der Partei.

Geht!

In der Kaiserfeier-Angelegenheit des Werkes Brunnenstraße der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft fand am Freitag, den 1. Juni 1906, eine gemeinschaftliche Sitzung der Vertreter der beteiligten Gewerkschaften und der Vertreter der Partei von Groß-Berlin statt. Diese gemeinsame Konferenz beschloß nach mehrstündiger eingehender Beratung einstimmig folgende Resolution:

„Die am 1. Juni 1906 stattgefundenen Sitzung der Vertreter der betreffenden Gewerkschaften und der Vertreter der Partei von Groß-Berlin erkennt nach Prüfung der Sachlage, daß bei den Vorbereitungen zur Kaiserfeier in dem Betriebe der A. E. G. Brunnenstraße mehrere Unklarheiten entstanden, die denjenigen Arbeitern, welche die diesbezüglichen Beschlüsse mißachtet haben, zugute gerechnet werden können.“

Zimmerhin bleibt das Verhalten dieser Arbeiter aufs schärfste zu rügen. Die Versammelten sind der Meinung, daß es mit dieser Hermit ausgesprochenen Miße jedoch sein Weiden haben soll und empfehlen, von einem Ausschluss dieser Arbeiter aus den Organisationen abzusehen. Die Parteivertreter bemerken ausdrücklich, daß dadurch ihre frühere, in dieser Angelegenheit abgegebene Erklärung nicht geändert wird.“

Fortschritte in Schlesien.

Zum schlesischen Provinzialparlament, der zu Pfingsten tagte, stellte die Breslauer „Volkswacht“ folgende interessante Fakten zusammen: Wir zählten im Agitationsbezirk Breslau 1904 rund 3500 politisch organisierte, im Jahre 1906 8400! Im Agitationsbezirk Görlitz am 1. April 1905 1910, am gleichen Tage dieses Jahres 2785!

Ganz ähnlich — oder noch viel besser — liegen die Dinge in bezug auf die so viel verfolgte Arbeiterpresse. Im Agitationsbezirk Görlitz stieg die Leserzahl von 5996 auf 7299. Und die „Volkswacht“ hat von 13 500 am 1. Dezember 1904 die Zahl ihrer Abnehmer auf über 31 000 erhöht.

Kaiserfeier und Stadtkapelle. In Pöhlhausen i. Th. hatte auf Erlauchen des Sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschaftsartikels die Stadtkapelle ihre Witterung am 1. Mai zugelegt. Auf eine Denunziation vom Kreisverein drohte der Oberbürgermeister Trendmann mit dem Entzug der städtischen Subvention, falls der Stadtmusikdirektor seine Zusage, zu spielen, aufrechterhalte. Das hatte zur Folge, daß die Stadtkapelle zur Kaiserfeier nicht spielte.

Der Sozialdemokratische Verein richtete gegen die un- berechtigte Einmischung des Oberbürgermeisters in die Geschäfte der Stadtkapelle eine Beschwerde an Magistrat und Stadt- verordnetenversammlung mit der Begründung, daß, da alle steuerzahlenden Bürger zur Subvention der Stadtkapelle beitragen, auch die Sozialdemokraten das Recht in Anspruch nehmen, die Stadtkapelle zu benutzen. Werde dem Stadtmusikkorps jedoch die Mitwirkung bei Arbeiterfestlichkeiten verboten, so müsse die Arbeiterkassette gegen die Subventionierung aus öffentlichen Mitteln protestieren. Das Gewerkschaftsstatut fordert in einer Petition die Befreiung der Subvention der Stadtkapelle, weil sie eine gebotene Gelegenheit zum Verdienst nicht benutze oder sich daran hindere. In der letzten Stadtverordnetenversammlung erklärte der Oberbürgermeister auf die Beschwerde: er und der Magistrat seien der Meinung, die Stadtkapelle habe an politischen Demonstrationen, die sich gegen die bestehende Gesellschaftsordnung richten, nicht mitzuwirken. Und die in der Mehrheit aus Frei- lingen bestehende Stadtverordnetenversammlung ging mit einer Erklärung, die das Verhalten des Oberbürgermeisters vollkommen billigt, zur Tagesordnung über!

Pölkzeiliches, Gerichtliches usw.

Zur Meinesidassäre in Düsseldorf. Alle Schritte, die die Düsseldorf-Genossen unternommen haben, um die Freilassung des Arbeiters Bomm zu erwirken, der im letzten Preßprozeß gegen die „Volkzeitung“ wegen Verstoßes des Meinesidassäre verurteilt wurde, waren bis jetzt vergeblich. Bomm ist verheiratet und hat eine Familie. Die Düsseldorf-Parteileitung hat sofort einen Aufruf an die Genossen erlassen, in dem sie zum Ankaufen eines Fonds für die Opfer des neuesten Kurzes auffordert. Es soll alles auf- gegeben werden, nicht allein den Inhaftierten zu seinem Rechte zu verhelfen, sondern auch die materielle Sorge von der Familie fern- zuhalten. Daß die Düsseldorf-Genossen ihre Pflicht in der Be- ziehung erfüllen, ist selbstverständlich.

Unerfreuliches Verfallungsrecht. Im Dorfe B. im Land- kreise Hildesheim hatte ein Besitzer den Sozialdemokraten seine aus- geräumte 60 Quadratmeter große Wohnstube zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung zur Verfügung gestellt. Die Versammlung wurde beim Amtsvorsteher angemeldet. An Stelle der Versammlung über die Anmeldung schickte der Amtsvorsteher aber dem Einberu- fener eine Verfügung, in der die Versammlung verboten wurde. Gründe waren keine angegeben. Im Auftrage des Einberu- fers begab sich nun der Parteisekretär persönlich zum Amtsvorsteher und fragte nach dem Grunde des Verbotes. Der Herr Amtsvorsteher erklärte: ein Wohnhaus eigne sich nicht zur Abhaltung einer Versammlung. Auf die Bemerkung, daß das Vereins- und Versammlungsrecht doch keine derartige Bestimmung enthalte, er- widerte der Amtsvorsteher, das kümmere ihn nichts, er könne dieses Gesetz nicht, sondern er nehme eben an, daß in einer Wohnstube keine Versammlungen abgehalten werden dürfen. Er gab auch weiter zu, sich den fraglichen Raum gar nicht angesehen zu haben und erklärte auf weitere Vorhaltungen: „Versuchen Sie sich doch, was kann mir dabei passieren.“ Es blieb nun nichts anderes übrig, als gegen das ungesetz- liche Verbot eine Beschwerde beim Landrat einzureichen. Vier Wochen nach dem Termin der geplanten Versammlung erhielt der Beschwerdeführer vom Landrat den Bescheid, daß die Be- schwerde als unbegründet zurückgewiesen und das Verbot aufrecht erhalten werde.

Sollte nun der Regierungspräsident dieselbe Auffassung von dem sogenannten freien Versammlungsrecht in Preußen haben, dann wird der Fall das Oberverwaltungsgericht beschäftigen. Zur Charakterisierung des Verbotes sei noch bemerkt, daß das Haus und der Versammlungsraum allen polizeilichen Anforderungen entspricht, was ja auch vom Amtsvorsteher gar nicht bestritten werden konnte, da dieser den Raum gar nicht besichtigt hatte. Höhe, Breite der Türen genügt den für den Ort in Frage kommenden Polizeivorschriften. Das Haus steht frei und ist von einem großen Hof umgeben. Auf ihm waren am Tage der geplanten Versammlung drei Gendarme stationiert, um das etwaige Abhalten der Ver- sammlung zu verhindern.

In einem anderen Ort des Landkreises Königsberg hatte vor etwa 14 Tagen ein Gutbesitzer eine große vollständig leere Scheune, die auch ganz frei steht, mit Schindeln gedeckt ist und zwei 4 Meter breite sich gegenüber liegende Eingänge hat, zur Versammlung her- gegeben. Auch diese Versammlung wurde verboten mit der Be- gründung, daß sich eine Scheune zur Abhaltung von Versammlungen nicht eigne.

Strasfants der Presse. Wegen Verleumdung eines oberöster- reichischen Politikers wurde Genosse Albert von der Breslauer „Volkswacht“ von der Breslauer ersten Strafkammer zu 100 Mark, wegen Verleumdung eines Odenwälder Politikers zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

10 M. Geldstrafe erhielt der Genosse Weichmann vom Karlsruher „Volkfreund“ verurteilt, weil er eine Verächt- lichung nicht sofort, sondern erst nach Anfrage bei seinem Gewächs- mann veröffentlicht hatte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Krankentassenwahl. Ein Wahlkampf, wie er im Fleischerhandwerk wohl noch niemals zu verzeichnen war, tobt zurzeit in Berliner Fleischerhandwerk. Zweimal hat bereits die Aufsichtsbehörde die Wahlen der Vertreter der Arbeitnehmer für das Jahr 1908 für un- gültig erklären müssen, weshalb am 29. Mai die dritte Wahl statt- fand. Die Innung und drei „innungstreue“ Gesellenvereine hatten alles nur Denkbare aufgegeben, um die organisierten Gesellen, die bereits seit Jahren Vertreter der Innung sind, zu verdrängen. In circa 20 Drocheln kamen die Gegner siegesbewußt; die Meister brachten ihre Gesellen in eigenen Gespann, ja einer sogar im Automobil nach dem Wahllokal. Viele Meister zahlten den Ge- sellen 1, 2 und 3 M., nur um die Liste der „Innungstreuen“ zu wählen.

Der Zufall hat aber allen einen Strich durch die Rechnung ge- macht. Von 435 abgegebenen Stimmzetteln waren 17 ungültig, während von den übrigen 418 auf jede Partei 209 einkamen, so daß wegen Stimmgleichheit die Wahl für ungültig erklärt werden mußte.

Achtung! Kleber und Bauhandwerker.

Die Sperre über die Firma Linke, Rigaerstraße 109 — Bau- Friedenau, Fregestraße und Postleinfeststraße-Gasse — besteht für unsere Organisation nach wie vor. Nach dem Vorgefallenen trauen wir Herrn Linke sowohl als auch den auf dem Bau beschäftigten Arbeitswilligen auf keinen Fall Tarifstreik zu. Wir verlangen Ein- stellung zweier und vertrauenswürdiger Personen; ob von unserem Arbeitsnachweis oder von dem paritätischen soll und schließlich gleich- gültig sein.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer.

Bureau: Schützenstr. 18/19. Telephon I. 3283.

Heimarbeiter und Buchbinderei. Bisher war in der Buchbinderei Berlins die Heimarbeiter eine Seltenheit. Einzelne Prospekte aus kleinen Druckereien mit nicht leistungsfähiger Buchbinderei-Abteilung, Schingererweiterungen und Straßenschriften wurden von ehemaligen Buchbindereiarbeiterinnen, welche nach ihrer Verheiratung gezwungen waren mitsubverwahren, erledigt. Außerdem bringt die in den Buch- bindereien übliche Hast und der frisch verarbeitete Druck schwere Krankheitsgefahren mit sich, so daß die Kerze schwachen Personen bis Arbeiten im Betriebe untersagen. In den Kreisen der Buchbindereibesitzer, welche nicht glauben, daß die Halbjahres- im Kampf ausstehen, sucht man für diese Ersatz. Man erinnert sich

nicht nur derjenigen Halbjahres, welche ehemals im Betriebe tätig waren, sondern wendet sich auch an andere Firmen, um Arbeits- von Halbjahres zu erhalten. Die so ermittelten Halbjahres wurden höchst per Karte aufgefördert, „Streikbrecherin“ zu werden. Wenn sie sich gemierten, im Betrieb zu arbeiten, sollte ihnen die Arbeit per Antizipat gesandt werden bei einer Mehrzahlung von 33%, Proz. über den Tarifpreis. Das letztere werden sich unsere Halbjahres in Ver- such beschreiben. Die Empfängerinnen solcher Karten sahen die Zumutung als „Verleumdung“ auf und gaben ihrem Empfinden in drastischen Zu- schriften Ausdruck. Also gegenwärtig wird die Heimarbeiter unter erhöhten Preisen propagiert, um Arbeiterinnen gegen Arbeiterinnen aus- zuspielen. Somit gilt dieser Kampf nicht nur der Organisation sondern der Aufhebung der Tarifgemeinschaft. In diesem Bestreben der Buchbindereibesitzer leisten ihnen die „tarifstreuen“ Buchdrucker- besitzer alle erdenkliche Hilfe. So die Kaufsche Buchdruckerei, der Deutsche Verlag, Buchdruckerei von Gynanon und zuletzt Heddendorf. Letztere Firma vergibt jetzt ihre Arbeiten in die Heim- industrie und bietet den armen Frauen für eine Arbeit, welche nach Tarif berechnet 2 M. pro 1000 Wogen beansprucht, 1,50 M. bis herunter auf 1,20 M. Sehr tarifstreu!

Vielfach werden die Schriften der beliebtesten Autoren wie Alara Viebig, Gerhart Hauptmann u. a. m. in den Druckstätten der Proletariatkrankheiten — Keller und Dachwohnungen — gefügt und bergen dadurch die Gefahr der Infizierung mit Krankheiten in sich. Wenn man bedenkt, daß die Rüstüre in den meisten Fällen, namentlich zur Sommerzeit, ein Trost der Leidenden, der Erkranken ist, so erscheint für diese die Gefahr doppelt groß, welche durch das un- verantwortliche Verhalten der Buchbindereibesitzer für die Leser entsteht.

Genossen und Genossinnen! Vogensalzen ist Streikarbeit! Arbeit in dem Bekanntheitskreis darauf und sorgt für weiteste Verbreitung der Einsicht, daß Vogensalzen im Hause Streikarbeit ist! Folgende Firmen haben ihr Personal ausgesperrt und suchen Halbjahres außerhalb des Betriebes:

G. Wübben u. Co., Wilhelmstr. 9. H. Sperling, Friedrichstr. 10. D. Weistein, Friedrichstr. 16. Lüdiger u. Bauer, Mauertstr. 80. Freitische - Baumach, Schöneberg, Bahnstraße. H. Reich, Lügen- straße 107/8. H. Schubert, Wilhelmstr. 121. C. Weisbach u. Co., Zimmerstr. 94. A. Schöps, Rüttilamerstr. 19. A. Schöps, Dessauer- straße. Schneider u. Ziegler, Ritterstr. 76. Ridmann, Wilhelm- straße 121. Kaufsche Buchdruckerei, Stallstraße 5. Ad. Ludwig, Ellabergstr. 5/6. Fleck Nachf., Lügenstr. 57. Kämmerer, Koch- straße 67. Werner, Lindenstr. 3. C. J. Walter, Wallstr. 16/17. Rich. Gahl, Gahlfeststr. 20. Agthe, Wilhelmstr. 119/120. Loge u. Sieler, Kochstr. 8. Ad. Wittenburg, Wilhelmstr. 16. Laver Külle, Reichenbergerstr. 36. Heddendorf, Reichenbergerstr. 36. Schreiber u. Co., Ludauerstr. 7.

Zur Lohnbewegung der Freiseuregehilfen. Es sind nur noch zehn Streikende vorhanden. Den übrigen wurden die Forderungen be- willigt. Unorganisierte traten nicht in den Streik. Der Streik kann als beendet betrachtet werden. Fliegende Barbierstuben sind aus diesem Grunde nicht eingerichtet worden. Jedoch ist die Einrichtung solcher nicht ausgeschlossen, wenn größere Zurückziehungen seitens der Arbeitgeber erfolgen. Der Verband selbständiger Barbiers, der sein Domizil im Norden hat, arbeitet mit allen Mitteln dahin, daß keiner der Selbständigen bewilligt.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung im Hamburger Baugewerbe. Die Verbände der Maurer und Zimmerer haben mit dem „Bunde der Maurer- und Zimmermeister von Hamburg-Altona“ einen Tarifvertrag ab- geschlossen, wonach ab 1. Juli d. J. bis 1. Juli 1908 der Stunden- lohn 80 Pf. beträgt. Weitere Zugeständnisse, wie Verlängerung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden, waren noch nicht zu erreichen. Der „Bund“ beschäftigt etwa ein Viertel sämtlicher Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter. Ein weiteres Viertel ist bei Rich- tungsmeistern und die verbleibende Hälfte bei der Innung „Bauhütte“ beschäftigt. Bei letzterer sollen die Forderungen um- gehend eingeleitet werden. Die Zimmerer beschloßen in ihrer am Freitagabend stattgehabten Delegiertenversammlung, die Sperre über die Baupläge derjenigen Innungs- und Richtungsmeister zu ver- hängen, die bis zum 9. Juni die Forderungen nicht bewilligt haben. — Die Bauhilfsarbeiter haben mit dem „Bunde“ ebenfalls einen Tarifvertrag abgeschlossen.

Mannheim. Der Streik der Maler- und Tischergehilfen in Mannheim und Ludwigshafen ist in ein neues Stadium getreten. Die Meister verbreiten das falsche Gerücht, der Streik sei beendet. Dem ist aber nicht so. Lasse sich kein Kollege erte machen. Jüngst ist nach wie vor strenge ferngehalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht. Die Streikleitung.

In der Akkumulatorenfabrik von Gottfried Hagen in Kalk bei Köln ist ein Streik ausgebrochen. Die Firma sucht in der bürger- lichen Presse „hundert kräftige Arbeiter“, verschweigt aber, daß diese ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen sollen.

Der Streik der Färther Glasarbeiter dauert unverändert fort. Alle Verhandlungen werden abgelehnt. In der vierten Woche liegen die Herren Arbeitgeber durch Polizeioffizianten Deher mitteilen, daß die Kommission der Arbeitgeber bereit sei, mit dem Zentralvorstand Emil Birbig, Berlin, zu unterhandeln. Nach zweitägiger Ver- handlung zerschlugen sich die Verhandlungen. Die Herren erklärten, mit zwölf streikenden Arbeitern unterhandeln zu wollen, doch dürfe niemand dabei sein, der irgend eine führende Rolle in der Gewerkschaftsbewegung einnehme. Also zwölf aus- gesuchte Arbeiter, die man in der ersten Viertelstunde „damisch“ reden könnte, würde man gnädigst zu Unterhandlungen zulassen. Selbstverständlich lehnten die Streikenden einen derartigen Vorschlag einstimmig ab. Dabei ist natürlich ein Ende des Kampfes nicht abzusehen. 1600 Personen liegen auf der Straße und heute, am Anfang der fünften Woche, ist noch kein einziger Kollege, keine einzige Kollegin abgefallen! Was an Provokation geleistet werden kann, wird in reichlichem Maße geleistet. In der Fabrik des Kommerzienrats Schwarz (Wiederer), Filiale Berlin, Ritter- straße 25, werden zu normalen Zeiten 900 Personen beschäftigt. Außer dem Kontopersonal, den Meistern und einigen Lehrlingen arbeitet dort niemand. Sieden Streikbrecher stellten sich der Firma zur Verfügung. Vier davon hatten es nach einer Woche Tätigkeit satt, weiterzuarbeiten, und nur drei junge Leuten trohen den Verhältnissen. Privatquartiere können dieselben nicht erhalten und wohnen deshalb in der Fabrik. Der Kommerzien- rat hat eigenhändig Betten, Speise und Trank in die Fabrik ge- schleppt, ja sein Bruder Georg hat ihnen sogar ein Kartenspiel und einen vierten Mann zum „Schafstrolach“ gestellt, damit dieselben nach Feierabend und während der Pfingstfeiertage Unterhaltung haben. Am Pfingstsonntag früh um 10 Uhr eskortierten vier Schutzleute und ein Polizeioffiziant in Gala die drei Arbeitswilligen von der Privatwohnung des Meisters Schwarzbach, bei dem sie sich die Feier- tage über aufhalten wollten, zur Fabrik zurück. Daß man die Leute durch Arbeiterdortel führte, rief große Erregung hervor. Unseren Kollegen ist es zu danken, daß ernste Zusammenstöße vermieden wurden. Der Maschinenführer Bogner übte sich im Revolverschleifen vor den Augen der Streikposten. Wenn unter solchen Umständen ein Unglück passiert, fällt die volle Verantwortung auf die Provokateure zurück.

Achtung, Steinseher! In Didenburg (Großh.) stehen die Steinseher seit dem 25. Mai d. J. im Streik. In auswärtigen Blättern versuchen nun die Unternehmer, Arbeitskräfte nach Diden- burg zu ziehen. Wir rufen deshalb an alle Kollegen die Bitte, dafür zu sorgen, daß der Versuch der Didenburger Unternehmer eben ein Versuch bleibt. Der Zentralvorstand.

Ausland.

Großer Bergarbeiterstreik in Schweden. Die Arbeiter der Aktien- gesellschaft „Höganas-Villesholm-Steinsohlenwerke“ haben am 1. Juni

die Arbeit niedergelegt. Der Streik umfaßte zunächst 2300 Mann, dehnte sich aber bald darauf auf weitere 1300 auf anderen Werken derselben Gesellschaft tätige Arbeiter aus. Die Ursache des Streiks sind Lohnforderungen. Vor der Arbeitsniederlegung ist mit der Ge- sellschaft verhandelt worden, jedoch ohne daß ein für die Arbeiter annehmbares Ergebnis erzielt wurde. Wie berichtet wird, stehen neue Verhandlungen bevor. Die Organisation der Streikenden ist der „Schwedische Grob- und Fabrikarbeiterverband“.

Ein Generalkrieg in Temesvar.

Die Arbeiterschaft von Temesvar hat in wenigen Stunden einen schönen Sieg über die Unternehmer errungen. Die dortigen Bau- hilfsarbeiter hatten ungefähr vor 5 Wochen an die Unternehmer das Verlangen gestellt, ihre notwendigen Löhne um täglich 10 bis 15 Kreuzer zu erhöhen. Sie wurden aber von den Unternehmern rund abgewiesen. Darauf stellten ungefähr 900 Tagelöhner die Arbeit ein, worauf die Unternehmer mit der Aussperrung von 800 Bauarbeitern antworteten. Bei den darauf folgenden Verhand- lungen stellten die Unternehmer an die Arbeiter solche Forderungen, die nur als direkte Provokation aufgefaßt werden konnten, unter anderem sollten die Bauarbeiter den Sekretär ihres Verbandes entlassen. Die Unterhandlungen scheiterten natürlich, was die Unternehmer auch wollten, denn sie beabsichtigten, die in Temesvar sich auf entwickelten Organisationen der Arbeiter mit einem Schlag zu vernichten. Die Arbeiter parierten nun diesen Schlag mit der Proklamierung des Generalkriegs. In wenigen Stunden waren außer den Bauarbeitern die Holzarbeiter, Metallarbeiter, die Straßenbahner, Bäcker usw., insgesamt 24 000 Mann, ausständig. Die Feiernden zogen durch die Stadt. Man bot Militär gegen sie auf; der Offizier war aber einsichtsvoller als die Unternehmer und so kam es zu keinem Blutvergießen. Schließlich mußten die Unternehmer dem Druck der öffentlichen Meinung nachgeben. Der Friede wurde geschlossen und familiäre Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Eingegangene Druckschriften.

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhardt). 22 Hft. (Abonnement einschließlich der Plutus-Zeitung vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.)

„Les retraites ouvrières“ („Die Arbeiterversicherung“) von Georges Preville. Paris 1906. (Sozialistische Bibliothek Nr. 33.) 92 S. 50 Centimes.

Protokoll über die Verhandlungen des XI. Verbandstages des Ver- bandes der Glaser und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. 1906. 80 S. Verlag E. Ged. u. Co., Karlstraße.

Nachrichtensbericht der Victoria zu Berlin, Allgem. Versicherungs- A.-G. (1905.) 31 Seiten. Selbstverlag.

Resolutionen und Beschlüsse des I. ordentlichen Parteitag der Sozialist.-Sozialistischen Arbeiterpartei. 15 Seiten. Verlag Uniondruckerei (Genossenschaft), Bern (Schweiz).

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Friedliche Regungen.

Budapest, 5. Juni. (B. T. N.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Gesetzesvorlage betr. das Budget- provisorium und betr. die Bewilligung des Rekrutenkontingents an- genommen. Hiermit ist der Kriegszustand, der infolge der Ver- weigerung der Steuern und der Rekruten eingetreten war, formell beendet.

„Die Polizei stellt fest.“

Barcelona, 5. Juni. (B. T. N.) Die Polizei hat festgestellt, daß Mateo Morales auch der Urheber des vor einem Jahre gegen den König von Spanien und den damaligen Präsidenten Loubet in der Rue de Rohan in Paris verübten Bombenanschlags ge- wesen ist.

Internationaler Bergarbeiterkongress.

London, 5. Juni. (B. T. N.) Heute wurde hier der inter- nationale Bergarbeiterkongress eröffnet, zu dem Vertreter aus Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten erschienen sind. Das Parlamentarisch-Edwards (Arbeiterpartei) führte den Vorsitz; er sprach in seiner Begrüßungsrede die Hoffnung aus, die Beratungen des Kongresses würden zur Erreichung des angestrebten Zieles, nämlich der He- bung der Klasse, der die Verarmten angehören, beitragen. Er wies sodann auf die großen Fortschritte hin, welche die Vertre- tungen der Arbeiter namentlich seit dem letzten Jahreskongress gemacht hätten. Die Macht der Vereinigung habe sie, in den Stand gesetzt, an der Regierung der Nationen, zu denen sie gehörten, teil- zunehmen. Er erinnerte an den vor kurzem stattgehabten Verkehr bedeutender Vertretungen aus Deutschland und Frankreich mit den britischen Behörden, der ein Zeichen der herrschenden wohl- wollenen Gesinnung sei. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Sachs betonte die Notwendigkeit, daß die internationale Bewegung unter den Arbeitern weitere Ausdehnung erfahre. Es wurde eine von Walsh-England eingebrachte Resolution angenommen, welche eine Verbesserung der Vergesetzgebungen in der Richtung verlangt, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter unter Tage besser ge- sichert werden; ferner wurde eine von Bartels-Deutschland und Ober-Oesterreich vorgeschlagene Resolution angenommen, welche besagt, zur Verhütung von Unfällenfällen, namentlich solcher wie der in Courrières vorgekommenen, sollten die Arbeiter aus ihrer Mitte Inspektoren wählen dürfen, welche vom Staate zu befehlen wären.

Hungernot und Cholera.

London, 5. Juni. Der Vizekönig von Indien meldet: In zahl- reichen von der Hungernot heimgesuchten Distrikten ist Regen ge- fallen. Die Getreidepreise sollen oder halten sich auf der bisherigen Höhe. Die Zahl der Personen, welche Unterstützung empfangen, be- läuft sich auf 463 000. Die Cholera herrscht.

Die Duma.

Petersburg, 5. Juni. (B. T. N.) Das Haus setzt die Debatte über die Agrarfrage fort. Dabei ergreifen die Ackerbauminister Etichinski und der Gehülfe des Ministers des Innern Gurko das Wort. Ihre Reden werden häufig von Ausrufen: Nieder mit Gud! Entlassung nehmen! unterbrochen. Der Präsident lautet anhaltend mit der Glocke. Der Minister verläßt unter Zurufen: Entlassung! Entlassung! die Tribüne. Der Präsident erklärt hierauf, die Arbeit der Duma sei nur möglich, wenn Ordnung herrsche. Der Abgeord- nete Petrunewitsch verspottet die Politik des Ministeriums und dessen Unkenntnis der Lage des Landes. Er sagt, appellieren Sie doch nicht an unseren Patriotismus, mißbrauchen Sie nicht diesen Ausdruck, der gegenwärtig etwas Verabscheuungswürdiges bedeutet. Dem was sind Patrioten? Das sind diejenigen, die die Auto- kratie verteidigen und die Mecheleien unter den polnischen Juden angerichtet haben. Sie selber sind keine wahren Patrioten; wenn Sie es wären, säßen Sie nicht auf diesen Bänken. (Stürmischer Beifall und Ausrufe: Demissionieren!) Professor Herzenstein wendet sich gegen die Darlegungen der Minister und besonders gegen ihre statistischen Berechnungen. (Lebhafte Beifall bei den Bauern.) Im weiteren Verlaufe der sehr erregten Debatte belächelt Graf Fedin die gegen den Adel gerichteten Ausführungen der Vor- redner; er erklärt, er sei bereit, sich dem vorgeschlagenen Agrar- programm anzuschließen; er habe nichts gegen eine Zwangs- eignung der östlichen Verschiedenheiten geregelt werde, Schluß 7 Uhr 10 Minuten.

Das dritte Wahlreformministerium.

Aus Wien wird uns vom 3. Juni geschrieben:

Oesterreich hat ein neues Ministerium, und ein sehr überraschendes dazu. Was bisher keine politische Notwendigkeit zustande bringen konnte, wozu selbst der Ehrgeiz der Führer nicht vermögend war, das hat der ungarische Treubruch und die Entscheidung der Krone, die offensichtlich für Ungarn Partei nahm, zu Tage gefördert: Oesterreich hat, zum ersten Male seit 1895, wieder ein parlamentarisches Ministerium erhalten! Aber während sich vor elf Jahren die Koalition auf dem Grabe der Wahlreform Laaffs konstituierte und ein Bund der Feudalen war, dem das Bürgerium nur Palastdienste leistete, ist die diesmalige Koalition tatsächlich eine Koalition der Bourgeoisie; der deutschen, tschechischen und polnischen; und an der Spitze ihrer Aufgaben steht die Erledigung der von Gausch begonnenen, von Hohenlohe weitergeführten Wahlreform! Es ist nun das dritte Wahlreformministerium am Werk, aber die Hoffnung besteht, daß die überreife Reform nun ohne Schwanken und Säumen der Vollenendung zugeführt werden wird.

Man hat Oesterreich nicht ohne Grund das Land der Unwahrscheinlichkeiten genannt; der Verlauf der Krise und der Gang der Wahlreform überhaupt bestätigen dieses alte Urteil von neuem. Als am Montag die Entscheidung der Krone in dem Konflikt, der zwischen den beiden Regierungen in Sachen des Jollarises entstanden war, bekannt wurde, schien jede Hoffnung aufs Parlament, auf die Wahlreform verloren. Das Ministerium Hohenlohe demissionierte, und da jede Regierung, die gegen eine zweite Ueberrumpelung nicht Bürgschaft bot, im Parlament schlechthin unmöglich gewesen wäre, so erachtete man das Schicksal des Parlaments für besiegelt. Die Wahl der Delegation hatte Hohenlohe schon zustandegebracht, also hinderte nichts die Vertagung, die Etablierung irgend eines § 14. Ministeriums letzten Ranges. Das Parlament versank im Abgrund und damit das große Werk, das von seiner letzten Tagung — die Legislaturperiode läuft im Dezember ab! — erwartet wird. Dazu stimmte, daß die für Dienstag anberaumte Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Präsidenten abgesagt wurde — abgesagt, obwohl die Geschäftsordnung dergleichen gar nicht kennt. Aber gerade diese präsidiale Dummheit (an Böswilligkeit darf bei dem zwar schrecklich unbedeutenden, aber durchaus anständigen Grafen Vetter nie gedacht werden) zeitigte die Wendung. Es gelang den Sozialdemokraten, den übrigen Abgeordneten die Geschäftsordnungswidrigkeit der Absagung klarzumachen und sie zum Widerstand mitzureißen. Am Dienstag wurde im Sitzungssaal eine „zwangslose Besprechung“ improvisiert, unter deren Druck die Obmänner zu einer Konferenz zusammentraten, in der für das zerrissene und von eifersüchtigen Parteien bevölkerte Abgeordnetenhause ziemlich entscheidene Beschlüsse gefaßt wurden. Erstens wurde die Unzulässigkeit der Absage der anberaumten Sitzung festgestellt, zum zweiten ward beschlossen, daß am nächsten Tage, das war Mittwoch, eine Sitzung unter allen Umständen stattfinden müsse. Für den Fall, daß deren Abhaltung durch eine Vertagung des Reichsrates vereitelt werden sollte, verpflichteten sich alle Parteien, ihre in die Delegation gewählten Mitglieder zurückzuberufen, wonach diese geprengt und ihre Tagung — sie ist für den 9. Juni angesetzt — unmöglich gemacht worden wäre. Die Obmänner einigten sich sogar — ein im österreichischen Parlament vielleicht noch nie vorgekommener Fall — auf einen gemeinsamen politischen Antrag, dessen Erfolg zwar einigermaßen dürftig ausfiel, als Demonstration nach außen aber große Bedeutung gewann. Der Antrag wurde tatsächlich am Mittwoch verhandelt und mit 240 gegen 8 Stimmen (den Stimmen von ein paar tschechischen Chauvinisten, einer auch sonst recht zweideutigen Gesellschaft) zum Beschluß erhoben. Er spricht über die Entscheidung der Krone das „entschiedenste Bedauern“ aus und verwahrt sich „mit aller Energie“ gegen den Plan, den Reichsrat in dem so kritischen Augenblicke durch eine Vertagung mundtot zu machen. War schon der gemeinsame Antrag eine in Oesterreich überraschende Tatsache, so noch mehr die Debatte, deren Reden, die sonst in diesem Hause so miltönig disharmonieren, diesmal fast durchwegs auf den gleichen Ton gestimmt waren: den Ton der energischen Wahrung der Interessen Oesterreichs gegenüber den vordringenden Tendenzen Ungarns und der sie aus Schwäche begünstigenden Krone. Den größten Eindruck machte die Rede des Abgeordneten Adler, der den bürgerlichen Parteien einen Spiegel vorhielt, darin sie ihre jämmerliche, die Unfruchtbarkeit ihrer Politik, ihr ganzes kraftloses Gebaren, das allen Geschehnissen tatenlos zuschaute und nicht mehr vermag, als über die Krone zu schimpfen, erkennen mußten. Die bittere Medizin wirkte: die Parteien sungen an, sich auf ihre Pflicht zu besinnen, die Pflicht, für das Regieren in Oesterreich selbst die Verantwortung zu übernehmen.

Nun tauchte aus dem politischen Dunkel ein Mann auf, der bisher nur wenigen Sachinteressenten bekannt geworden war, der aber aussersehen ward, das gefirandete Schiff wieder flott zu machen und der tatsächlich seit heute österreichischer Ministerpräsident ist. Freiherr Raz v. Wedl (er ist, was bemerkt werden muß, mit dem Chef des Generalstabes, dem Intimsten des Kaisers, nicht verwandt) war bisher Sektionschef im Ackerbauministerium, also in keiner gerade hervorragenden Stelle tätig, gilt aber als ein in den Ausgleichsangelegenheiten sehr bewandertes und auch intellektuell hervorragender Mann. Daß man auf ihn gegriffen, mag auch darin seinen Grund haben, daß er zu den Vertrauten des Erzherzogs Franz Ferdinand, des Thronfolgers, gehört und daß man an entscheidender Stelle den Wunsch hatte, gegenüber gewissen (insbesondere von christlichsozialer Seite genährten) Unterströmungen, die sich in dem Wunsche nach Abdankung des alten Kaisers pointieren, die Identität der Politik des Monarchen und des Anwärters auf die Krone zu dokumentieren! Jedenfalls hat der Mann aus dem Ackerbauministerium sofort einen Beweis politischen Scharfsinnes geliefert: er hat die Uebernahme der Regierung an den Eintritt der Führer der Parteien geknüpft — ein Plan, den schon Gausch verwirklichen wollte, der aber, sehr unklugerweise, von Hohenlohe fallen gelassen worden ist. Die Verhandlungen mit den Parteien gestalteten sich freilich äußerlich schwierig und diese Schwierigkeiten, die vornehmlich in den nationalen Forderungen der Tschechen lagen, haben es bewirkt, daß das neue Kabinett nur zum Teile aus Parlamentariern, zum Teile aber aus Beamten besteht; doch ist auch hier eine Art Koalition

wahrzunehmen: Zwei Beamte sind gleichzeitig die nationalen Vertrauensmänner ihrer Partei. Die neue Regierung ist erstens die bürgerlichste, die jemals in Oesterreich regiert hat (sechs Bürgerliche, vier vom niederen Beamtenadel und nur zwei Grafen, aber auch diese von „armen“ Rebenlinien), zweitens die umfangreichste (während das Kabinett Koerber zeitweilig nur aus acht Mitgliedern bestand, zählt das Kabinett Wedl zwölf wirkliche Minister, keinen einzigen „Leiter“). Das Kabinett hat demnach den Freiherrn v. Wedl als Ministerpräsidenten und übernimmt von dem bisherigen Status den Grafen Auersperg (bisher Leiter des Handelsministeriums) als Ackerbauminister, den Freiherrn v. Wienert (bisher Leiter des Unterrichtsministeriums) als Minister des Innern und den Dr. Franz Klein (bisher nur Leiter) als Justizminister; im Amte bleibt auch der Feldzeugmeister Schönau als Landesverteidigungsminister. Mit Ausnahme des Freiherrn Wienert sind die Genannten moderne Männer. Insbesondere Dr. Klein (auch in Deutschland von den Juristentagen bekannt) ist eine Erscheinung von nicht gewöhnlichem Interesse. Nebst dem sitzen im Kabinett: der Abgeordnete Marchet, Mitglied der deutschen Fortschrittspartei, als Unterrichtsminister; der Abgeordnete Verschatta, Obmann der deutschen Volkspartei, als Eisenbahnminister; der ehemalige jungtschechische Abgeordnete Forst (von Gausch zum Sektionschef im Eisenbahnministerium gemacht) als Handelsminister; der Pole Korytowski (bisher Vizepräsident der Finanzlandesdirektion in Lemberg) als Finanzminister. Und zu diesen Ressortministern treten als Minister ohne Portfeuille, als politische Minister ihrer Nationen, oder wie man sie nennt: als Landsmannminister die Abgeordneten Prade (Deutscher), Pacal (Tscheche), Dzieduszycki (Pole) — durch die also Deutsche Volkspartei, Klub der Jungtschechen und Polenklub an der Regierung beteiligt sind. Parlamentarisch gebietet die Koalition über eine ausreichende Majorität, und da sie ganz unabänderliche Aufgaben zu vollziehen hat, braucht sie keine nennenswerte Opposition zu fürchten.

Das Programm der neuen Regierung ist durch die Sachlage gegeben; es heißt: Wahlreform, Veneidung des Ausgleichs mit Ungarn und Vorbereitung einer Lösung der deutsch-tschechischen Streitpunkte. Welchen Vorteil gewinnt nun die Wahlreform von der neuen Regierung? Mit ein bißchen Optimismus (aber der schwierige, wahrhaftige Lebensweg der Vorlage läßt Optimismus nicht leicht aufkommen) könnte man schon sagen, daß die Wahlreform nun nicht mehr scheitern kann. Die Wahlreform läßt sich jetzt weder vertagen, noch verschleppen: daß sie und daß sie noch jetzt, in der Sommerferien, erledigt werden muß, das ist nunmehr die allgemeine, ausnahmslose Ueberzeugung. Wenn also die neue Regierung nicht in einem Monat abgewirksamkeit haben will, wenn sie überhaupt zum Regieren kommen will, so muß sie die Wahlreform zustande bringen; vom Gelingen hängt ihr Leben ab, das Nüchternen wäre ihr rascher Tod. Der Unterschied zwischen dieser mit dem politischen Gewicht der Parteien fundierten Regierung und einem selbst noch so wahlreformfreundlichen Beamten, wie es der junge, idealistisch veranlagte Prinz Hohenlohe zweifellos war, liegt darin, daß ein Beamtenministerium eben so lange regiert als es kann, das parlamentarische Ministerium aber regieren will, die Führer der Parteien an der Wahlreform überhaupt nicht scheitern dürfen, weil damit auch ihre Parteien verbraucht wären. Dazu kommt noch der Zwang der ungarischen Fragen, der die Erhaltung dieser Kampfregerung geradezu zu einer staatlichen Notwendigkeit macht, so daß die Frage, mit der die Wahlreformfeinde die Wahlreform zu verdrängen hofften, ihr nun in aller Form zur Stütze wird. Uebrigens wird eine Wahlreform, die so viele lebensgefährliche Schwierigkeiten überdauert hat, im Bewußtsein der Menschen immer fester, und je wahrscheinlicher das Gelingen wird, desto geringer und schwächer werden die Feinde.

Natürlich hängt im letzten Grunde alles von der Bereitschaft des Proletariats ab, von seiner Entschlossenheit, bei der ersten ernststen Gefahr den Kampf noch einmal auf der ganzen Linie zu entfesseln. Die Versammlungen, die am Mittwoch, dem Vortage der Vorstellung der neuen Regierung im Parlament, im ganzen Reiche stattfinden, werden die Bereitschaft der Arbeiter von neuem und für alle Zweifelsüchtigen ausreichend bekräftigen.

Deutsche Lehrerversammlung.

Hg. München, 4. Juni.

Mehr als 5000 deutsche Lehrer waren bereits während der Pfingstfeiertage in der schönen Harstadt eingetroffen für die allgemeine deutsche Lehrerversammlung des über 110 000 Mitglieder in circa 2800 Einzelvereinen zählenden „Deutschen Lehrervereins“. Zu diesen Scharen gesellen sich noch zahlreiche Gäste aus Oesterreich, der Schweiz und Abordnungen der deutschen Auslandsschulen. Sehr stark durch Delegationen sind diesmal auch die Vereine der Volksschullehrerinnen vertreten, da die Lehrerinnenfrage einen der wichtigsten, aber auch am heftigsten umstrittenen Punkte des diesmaligen Arbeitsprogramms bildet. Eine scharf ablehnende Resolution des Referenten zu diesem Punkt, Oberlehrer Laube-Chemnitz, läßt es schon jetzt erkennen, daß es zu sehr heftigen Auseinandersetzungen kommen wird.

Mit großem Interesse sieht man dem Vortage von Professor Dr. Theobald Ziegler von der Straßburger Universität über: „Die deutsche Volksschule am Anfang des 20. Jahrhunderts“ entgegen. Den Hauptpunkt der Münchener Beratungen wird aber die Stellungnahme zu der Frage: Simultanschule oder Konfessionsschule? bilden. Dieser Erörterung ist ein voller Sitzungstag gewidmet. Es werden sprechen Oberlehrer Gärtner-München über die Simultanschule und Lehrer L. Lütgemeier-Witten über die Konfessionsschule; von dem ersten Referenten liegt bereits folgende

Resolution

zur Beschlußfassung vor:

1. Unter Simultanschulen sind Bildungsanstalten zu verstehen, in denen Kinder aller Konfessionen gemeinsam unterrichtet werden, den Religionsunterricht jedoch getrennt erhalten. Die Zusammensetzung des Lehrkörpers an einer Simultanschule soll möglichst dem zahlenmäßigen Verhältnis der Konfessionen unter den Schülern entsprechen.

2. Die von Gegnern der Simultanschule an ihre Einführung geknüpften Befürchtungen in religiös-sittlicher Beziehung sind durch die Erforschung widerlegt. Die Simultanschule fördert vielmehr die sittlich-religiöse Erziehung, indem sie ihre Schüler zur Abnung gegen fremde Ueberzeugungen erzieht und so zu einer Pflichtenlehre der Religion der Liebe und der gegenseitigen Duldung wird.

3. Die Frage der Errichtung von Simultanschulen ist weniger eine religiöse als eine nationale, soziale und pädagogische. Durch die Simultanschule kommt die nationale Einheit unseres Volkes

am treffendsten zum Ausdruck; sie ist das getreue Abbild des paritätischen Staates und der modernen sozialen Gemeinschaften und entspricht daher ihrem Wesen und ihren Anforderungen im erhöhten Maße.

4. In allen Orten mit konfessionell gemischter Bevölkerung bietet die Simultanschule wesentliche pädagogische Vorteile, indem sie a) die Errichtung voll entwickelter Schulsysteme, b) eine bessere unterrichtliche Versorgung der Kinder der konfessionellen Minderheit selbst bei geringen finanziellen Aufwendungen, c) die Erfüllung berechtigter Forderungen der Schulhygiene durch den Besuch der nächstgelegenen Schule ermöglicht.

5. Für alle Staaten, in denen die Simultanschule noch nicht durch Gesetz anerkannt ist, ist daher mindestens die Gleichberechtigung der Simultanschule mit der Konfessionsschule zu fordern.

6. Die Voraussetzung der Simultanschule bilden konfessionell gemischte Lehrerbildungsanstalten und eine vom Staate ausgeübte fachmännische Schulaufsicht.

Die vom Oberlehrer Laube-Chemnitz beantragte

Resolution zur Lehrerinnenfrage,

dem zweiten Hauptthema, lautet:

1. Für die Anstellung von Lehrerinnen an den Volksschulen darf nicht das Bedürfnis der Frauen nach Erweiterung des Kreises weiblicher Berufstätigkeit, sondern nur das Interesse der Schule bestimmend sein.

2. Die Erziehung der Jugend ist die gemeinsame Aufgabe beider Geschlechter. Da aber in der Familie der weibliche Erziehungseinfluß vorherrscht, so muß die öffentliche Schulerziehung, die eine Ergänzung der Familienziehung bringen soll — in Knaben- und Mädchen Schulen — vornehmlich unter männlichem Einflusse stehen.

3. Die Forderung, an Mädchen Schulen nur Lehrerinnen anzu stellen, muß überdies noch aus folgenden Gründen abgelehnt werden: die Lehrerin kann für sich weder ein tieferes Verständnis der Mädchennatur noch eine größere Kenntnis des weiblichen Pflichtensphären beanspruchen, noch verfügt sie als Frau dem Mädchen gegenüber über eine reichere Auswahl wirksamer Erziehungsmittel als der Lehrer.

4. Nach ihrer physischen und psychischen Verfassung, nach ihrer Vorbildung, nach ihren sozialen Verhältnissen sind im allgemeinen die Lehrerinnen nicht in dem Maße für die Arbeit der Volksschule geeignet wie der Lehrer. Sie können daher in der Volksschul-tätigkeit die Lehrer nicht ersetzen, sondern nur ergänzen.

5. In der Verweiblichung des Lehrkörpers der Volksschule liegt eine Gefahr für die Entwicklung der Schule, für ihre Unabhängigkeit und für unser gesamtes Volkstum.

Der Lehrertag wurde am Pfingstsonntag mit der Eröffnung einer umfangreichen, in zwei Schulgebäuden untergebrachten

Schulausstellung

eingeleitet. Am Pfingstmontag tagten bereits zahlreiche Nebenversammlungen, so u. a. die „Freie Vereinigung für philosophische Pädagogik“, die Generalversammlung der Vereinigten deutschen Prüfungsausschüsse für Zugschreiften“, die Generalversammlung des „Deutschen Lehrervereins für Naturkunde“; ferner eine Versammlung für „Freunde der neuen Rechenmethode“, auf deren Tagesordnung ein Vortrag des Mittelschullehrers Lohmann-Garburg a. E. über: „Wert und Verwendung der Stizze im Unterricht“ steht.

Ein großer öffentlicher Begrüßungsabend im großen Festsaal des Münchener Kindkellers, in dem auch die Hauptversammlungen stattfinden, fand heute Abend statt.

Hg. München, 6. Juni.

(Telegraphischer Bericht.)

Erster Verhandlungstag.

In der gestrigen Begrüßungsversammlung sprach u. a. Professor Dr. Pieper-München, der unter stürmischem Beifall die Versicherung abgab, daß die Lehrer der höheren Schulen Seite an Seite mit dem deutschen Lehrerverein kämpfen für die freie allgemeine Volksschule. In diesem Kampfe sei kein Platz für konfessionellen Gader und politische Streitigkeiten. (Stürmischer Beifall.)

Heute früh begannen die Nebenversammlungen ihre Arbeiten schon um 7 Uhr. Um 9 Uhr begann dann im Münchener Kindkeller die

erste Hauptversammlung.

Der große Festsaal war wieder, wie gestern abend, von über 7000 Lehrern und Lehrerinnen bis in die kleinste Ecke dicht besetzt. Kurz nach 9 Uhr ergriß der erste Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Lehrer Nöhl-Berlin das Wort zur Begrüßung der Versammlung.

Nach alter bayerischer Sitte wurde dann die Versammlung mit einem gemeinsamen Gesang von J. D. Sander eröffnet. — Hierauf machte der Geschäftsführer Lehrer Wuttner-Friedrichroda Mitteilung über die Beschlüsse der gestrigen Vertreterversammlung. Hiernach wurde zum 1. Vorsitzenden der Versammlung Lehrer Nöhl-Berlin, zum 2. Vorsitzenden der erste Vorsitzende des bayerischen Landesvereins, Landtagsabgeordneter Oberlehrer Schubert-Augsburg, zum 3. Vorsitzenden Dr. Reinlein-München gewählt.

Weiter teilte der Geschäftsführer mit, daß in der Versammlung über 110 000 Lehrer durch 391 gewählte Vertreter vertreten sind. Ganz erheblich sei die Zahl der Behörden und Städte. Ueber 80 Vertreter seien anwesend vom bayerischen Staatsministerium, den verschiedenen bayerischen Regierungsbehörden, der badischen Regierung, der großherzoglich heßischen Schulkommission, aus Augsburg, Berlin, Bremen, Charlottenburg, Dortmund, Erfurt, Freiburg, Halle, Chemnitz, Hamburg, Leipzig, Königsberg, Landau, Mannheim, München, Pforzheim, Posen, Stuttgart, Wiesbaden, Worms usw. — Der Vorsitzende Nöhl bemerkt sodann zur Tagesordnung: Die Frage der Simultanschule haben wir nicht ausseracht als Frage der Konfession und Parteien, sondern lediglich als Frage der Schulorganisation. Die einzelnen Landesvereine haben sich in dem Sinne ausgesprochen, daß es sich hier um Fragen handle, die vom pädagogischen, nationalen und sozialen Gesichtspunkte ins Auge gefaßt werden müßten. Sie haben sich dann für die Berechtigung der Simultanschule ausgesprochen. Die Frage der Lehrerinnen wird in unserer Versammlung noch nicht zum Abschluß kommen, die Frage ist noch zu sehr im Fluß. Aber es war nötig, daß die Lehrerschaft schon jetzt sich damit beschäftigt, zumal von anderer Seite Forderungen erhoben sind, welche eine gewisse Kritik erfordern. (Beifall.) Ueben wir diese Kritik objektiv, aber unbefürchtet darum, was in gewissen Kreisen dazu gesagt werden wird. (Stürmischer Beifall.) Die Volksschule darf nicht isoliert werden vom Leben und Streben der Gegenwart. Deshalb müssen wir die Frage aufwerfen: Wo stehen wir und was haben wir zu erhoffen? Wir haben daher einen Vertreter der Wissenschaft, Professor Ziegler-Straßburg, gebeten, über: „Die deutsche Volksschule im Anfang des 20. Jahrhunderts“ zu sprechen. Der Vorsitzende macht sodann Mitteilung von der Absendung zweier Guldigungsgramme an den Kaiser und den Prinzregenten.

Hierauf hielt Professor Ziegler-Straßburg, von stürmischem Beifall empfangen und wiederholt von anhaltendem Beifall unterbrochen, eine zweistündige Rede über das Thema:

„Die deutsche Volksschule am Anfang des 20. Jahrhunderts.“

Redner führte u. a. folgendes aus: Der deutsche Lehrerverein versammelt sich in einer kritischen Zeit. Wir sind in einer großen Schicksalslage. Wir sind in dem Kampf gegen die preussische Schulvorlage unterlegen. (Rufe: Weider! Weider!) Noch ist nicht das letzte Wort in der Sache gesprochen, aber wir können schon jetzt sagen, daß die Entscheidung gegen uns fallen wird. (Zustimmung.)

Konfessionalismus, Bürokratismus und der reaktionäre Geist, der durch die deutschen Länder weht, haben in diesem Augenblick den Sieg davongetragen. Ein großes Unglück sehe ich darin, daß dies geschehen konnte gegen das einmütige und ausdrückliche Wort der Sachverständigen. Sachverständig sind aber einzig und allein die deutschen Lehrer. (Stürmischer Beifall.) Man hat sich nicht gekümmert um den Einspruch der Sachverständigen. Ich will aber betonen, daß, wenn wir gegen diese Vorlage opponieren, wir uns ferngehalten haben von allem Radikalismus. Wir sind stets die konservativen, staatsbehaltenden Elemente gewesen und wir haben immer Front gemacht gegen die Eingriffe fremder Mächte, mögen sie heißen

Nym oder Wittenberg!

(Beifall.)

Wir haben stets das Recht erhalten wollen. Der Kampf ist verloren für uns. Aber nach der Schlacht bei Cannae hat der römische Senat zu rüsten angefangen und die Besiegten von 216 sind die Sieger von 201 geworden. Und als gerade jetzt vor hundert Jahren Preußen in der Schlacht bei Jena unterlag, da sind die besten Männer, Scharnhorst, Stein und Schleiermacher aufgestanden und haben die Wiederaufrichtung des Vaterlandes vorbereitet. Wir beraten hier über die Simultanschule, die vor knapp acht Tagen in Berlin zum Feuertode verurteilt wurde. Aber wir wollen nicht versagen, sondern wie tapfere Männer kämpfen, daß der Sieg, der für die Kirche gilt, auch für die Schule zur Geltung kommt: Dem Kaiser, was des Kaisers ist, dem Staat, was des Staates ist, und Gott, was Gottes ist. (Beifall und Heiterkeit.) Aber mitten in der Niederlage wirkt uns ein freudiger Trost entgegen. Wieder einmal hat sich gezeigt, wie schon 1892 bei dem Juchelnden Schulgeschehen, daß die Volksschule der Mittelpunkt ist, daß sie ihre Achenbrödelstellung endgültig aufgegeben hat. Es hat sich bei uns der Gedanke der Solidarität der Bildung zur Geltung gebracht. Wir sind unterlegen, aber ich bin fest überzeugt, daß wir, wie die Römer bei Cannae und die Preußen bei Jena, schließlich doch siegen und die Schullehrer ihre volle Unabhängigkeit erlangen werden, die im Interesse der nationalen und humanen Bildung des Volkes unumgänglich nötig ist. Ohne Freiheit keine Bildung und ohne Bildung keine Freiheit. (Beifall.) Aus dem Gefogien ergibt sich von selbst die Rechtfertigung des heutigen Themas. Von der Volksschule am Anfang des 20. Jahrhunderts reden, heißt von dem reden, was das geistige Leben unseres Volkes im Augenblick aufs innerste bewegt und bis in den tiefsten Grund aufwühlt. Suchen wir die Schule am Leben und das Leben an der Schule zu verstehen. (Beifall.) Zwei Tendenzen durchziehen und beherrschen unsere Zeit und geben ihr, weil sie sich zunächst feindlich gegenüberstehen, Zweifelspaltung und Zerrissenheit: die demokratische auf der einen und die individualistische auf der anderen Seite. Der erstere verdankt die Volksschule die Bedeutung, die sie heute hat. In der Zeit der allgemeinen Wehrpflicht und des allgemeinen Stimmrechts ist die Volksschule zur allgemeinen Volksschule geworden. Vor dem Gesetz sind alle gleich. Deswegen darf es keine Schule für Privilegierte und Notabeln mit besonderen Klassen geben. (Stürmischer Beifall.) Solange in den ersten Schuljahren alle Kinder das gleiche lernen, solange muß für alle Kinder die Schule dieselbe sein. Also fort mit den Vorlesungen als Massenveranstaltungen der Reicher und Vornehmeren. (Stürmischer Beifall.) Unsere Kinder finden leider nur zu früh den Unterschied zwischen reich und arm heraus. Daher sollen sie wenigstens in der Schule lernen, daß sie zusammengehören, daß der Arme mehr gelten kann als der Reiche, wenn er fleißiger und begabter als dieser ist. (Stürmischer Beifall.)

Vor allen Dingen aber denke ich an die vielen bettelarmen Kinder, die in der Schule, nicht weil sie weniger begabt sind, sondern weil es ihnen an dem Notwendigsten, am Essen und Trinken, mangelt, verkrüppeln. (Stürmischer Beifall.) Da muß der Lehrer die Augen offen halten, diese soziale Not erkennen und auf Abhilfe dringen. Daß der Volksschulunterricht unentgeltlich ist, ist als Korrelat des Schulzwanges heute anerkannt. Auch die Lehrmittel werden in vielen Staaten den Kindern unentgeltlich geliefert. Dazu kommen noch allerlei soziale Veranstaltungen für diese Vermissten der Armen. Aber viel schwieriger als diese unsere Fürsorge ist die soziale Erziehung. Sozial erziehen, das ist die Aufgabe, das ist im Sinne und Geiste der Volksschule die Erziehung zur Selbsthilfe und die Entwicklung der Volkskraft durch Erziehung zur Arbeit. Sozial erziehen heißt so erziehen, daß es auch von dem Fabrikarbeiter und von der einfachsten Dienstmagd heißt: „Und ihre Seelen tagelohnern nicht!“ Das ist freilich eine der schwierigsten Aufgaben des Lehrers. Dazu muß der Lehrer Idealist sein. Er muß den Kindern etwas vom Sonntagsonnenschein ins Herz legen und mit hinausgeben in den Arbeitsstand und die Werktagarbeit. (Beifall.) Diese Individualismusfunde steht zum Glück noch auf keinem amtlichen Lehrplan. (Stürmischer Beifall.) Die Verteilung dieser Gottesgabe an die Kinder steht dem Lehrer ganz frei. Er allein kann sie geben und darf sie geben, wo es ihm am besten gelingt. Dem einen gelingt es in der Geschichte, dem anderen in der Physik, dem dritten vielleicht sogar in der Mathematik, endlich nicht wenigen noch immer in der Religion, nämlich allen denen, die nicht meinen, daß die Religion im geistlosenden Memorieren besteht. Oder gehört die Religion überhaupt nicht in die Schule? Sie ist ja heute Privatfache. Geht sie in die Schule, was mit dem Gefühl zusammenhängt. Das ist eine Winz Wahrheit, die aber wie jede Winz Wahrheit nur eine halbe Wahrheit ist. Die Religion ist Gemeinheitsfache. (Stürmischer Beifall.) Solange die Religion eine Volkssache ist, eine soziale Angelegenheit, ist sie auch eine Schulfache und damit hat der Lehrer ein Recht und die Pflicht, sie sich nicht von dem Christlichen aus dem Schulplan wegzuweisen zu lassen. Das darf und nicht bezwecken, daß gerade hier ein großer Mißstand unter Volk geht. Ich meine nicht den Mißstand zwischen den Konfessionen, dieser wird ja bewungen werden, ich meine den Mißstand zwischen Glauben und Wissen. Dieser Zweifelspalt löst sich heute auch vor den Kindern nicht mehr verbergen. Aber er soll ihnen nicht bloß dadurch zum Bewußtsein kommen, daß der Pfarrer im Religionsunterricht etwas anderes sagt als der Lehrer in der Naturgeschichte. Nein, der Lehrer muß diese zwei Seiten und Seelen in Brust und Kopf unserer Zeit in seinem Unterricht zum Ausdruck bringen. Das ist die schwerste aber schönste Aufgabe des Erziehers. Der Lehrer der Volksschule muß frei sein von der Kirche und der kirchlichen Kontrolle und Aufsicht, damit auch der Religionsunterricht im Individualismus einen Platz findet. (Stürmischer Beifall.) Man würde aber unsere Zeit nicht verstehen, wenn man übersehen wollte, daß sie neben ihrer demokratischen und sozialen Richtung auch in hohem Grade individualistisch ist. Es ist der große Name, des zu Ende gehenden 19. Jahrhunderts gewesen, daß diese Richtungen nicht Hand in Hand gehen und sich einseitig zusammenfassen wollten. Das neue Jahrhundert wird die Mittel und Wege zu dieser großen Synthese suchen müssen und finden können. Die Volksschule scheint allerdings dieser zweiten Tendenz, dem Individualismus, gegenüber in einer schwierigen Lage zu sein, denn sie ist auf die Massenerziehung berechnet und kann gar nicht individualisieren. Soll also in ihr der Individualismus gar keinen Platz finden? Aber wehe als auf die Schüler kommt es hier auf den Lehrer an, der eine Individualität, eine Persönlichkeit sein muß, wenn er Erzieher sein will.

So kommen wir auf die Frage der Lehrerbildung. Unter allen Ständen — glauben Sie mir, es fällt mir schwer, jemanden ins Gesicht zu loben — ist heute der Stand der Volksschullehrer der bildungsbegehrteste und bildungsreichste.

Redner beschäftigt sich in seinen weiteren Ausführungen eingehend mit dem Anteil der Universitäten an der Gestaltung der Lehrerausbildung, ebenso mit der besseren Aufgestaltung der Seminarien. Aus diesen müsse vor allen Dingen der Drill und das Mechanische schwinden, sie müssen frei werden von der Schenkelppe des Konfessionalismus. (Stürmischer Beifall.) Die Seminarien sollen sein simultan, human und national. (Großer Beifall.)

Nach in einem zweiten Punkt kann sich eine Synthese zwischen Individualismus und Sozialismus vollziehen, im Rationalen nämlich. Die Vaterlandsliebe kann entarten und verfluchen zum ganz äußerlichen Kurpatriotismus, der in Fädenweben sein Höchstes findet und schließlich in einem Meer von Alkohol endet. (Stürmischer

Heiterkeit) oder sich verengen zu einem unduldsamen Chauvinismus, der vergißt, daß Menschsein das Allerhöchste ist und über der Rationalität als Höchstes und Feinstes die Humanität steht. (Stürmischer Beifall.) Andererseits aber zeigt sich auch ein weitverbreiteter, vielleicht mehr zur Schau gezogener als tatsächlich vorhandener Geist einer gewollten Vaterlandslosigkeit. Daß dieser Geist oder das Kollektieren mit ihm da ist, ist weder Zufall noch böser Wille einzelner oder ganzer Parteien, sondern eine Schuld, von der auch die Volksschule einen Teil auf sich zu nehmen hat. Was hat man denn jahrzehntlang den Kindern unseres Volkes vom deutschen Vaterland gesagt und gegeben vor lauter Widersprüchen und lauter Orthographie- und Schönschreibern? Nichts, rein gar nichts! (Beifall.) Unendlich viel mehr wert ist aber deutsche Geschichte und Volksliebe, deutsche Politik und Bürgerkunde, deutsche Literatur, Kunstgeschichte, deutsche Sprache, heimlicher Dialekt, deutsches Lied und deutscher Glaube. Was fehlt denn so vielen unserer Volksgenossen zur Vaterlandsliebe? Die Freude am Vaterland. Woher kommt die Reichsverdrossenheit, über die so oft geklagt wird? Von der Unzufriedenheit über so viel Rückständiges, Byzantinisches und Unsoziales. Die Vaterlandsliebe kann aber nur erstarren, wenn ein Land so verwaltet wird, daß wir uns darüber freuen und darauf stolz sein können und wenn uns der Segen eines Vaterlandes auch wirklich zum Bewußtsein gebracht wird. (Stürmischer Beifall.) Allerdings ist das in erster Reihe Sache der regierenden Fürsten, Minister, Beamten und Parlamente. Auf diese fällt die Verpflichtung, die Schule kann dabei eigentlich nichts tun. Man fragt sie ja nicht einmal beim Schulgesetz. (Heiterkeit.) Doch kann die Schule etwas tun, was auf den ersten Blick unwesentlich erscheint. Die Schule ist eine soziale Genossenschaft, in der der Lehrer der Vertreter des Schulstaates ist; er muß dafür sorgen, daß in der Schule kein Byzantinismus, kein stummer Gehorsam, keine Juchtlosigkeit aufkommt, daß keine kleinen Heuchler und Streber, keine Rebellen erzogen werden. (Beifall.) Wenn Sie diesen Geist in die Jugenderziehung legen, dann müßte es merkwürdig zugehen, wenn nicht unser Volk in der kommenden Generation so weit ist, daß es die Fesseln des Konfessionalismus sprengen wird, und daß eine Generation heranwächst, welche im persönlichen Fühlen und Denken erzogen ist. Diesen Befähigungsnachweis wird die Lehrerschaft zu erbringen haben. Gelingt ihr dies, dann werden die Besiegten von heute die Sieger von morgen sein. Darum auf zum Kampf. Nicht verzagen! Das ist die Lösung des heutigen Tages. (Minutenlanger, stürmischer Beifall und Hochrufe auf den Redner.)

Nach der Pause ging die Versammlung zu dem Thema:

Die Lehrerinnenfrage

Referent Lehrer Laube-Chemnitz begründet in längeren Ausführungen seine eingangs mitgeteilten Thesen. Er wendet sich sehr scharf gegen die Frauenbewegung. Er ist der Meinung, daß die Lehrerin nur eine ergänzende Tätigkeit in der Pädagogik einnehmen kann. Diejenigen, die auf die Erziehungstätigkeit der Mutter verweisen, vergessen, daß die Lehrerin nicht die Mutter, die Schule nicht das Haus ist. Durch das Jökibat wird die Lehrerin auch dem Hause entzogen und entfremdet. Die Ehelosigkeit führt bei älteren Lehrerinnen zur Verbitterung, und sie verhindert, sonnige Gesinnung in das Gemütsleben des Kindes zu legen.

Ziegler-Konferenz.

Magdeburg, 4. Juni 1906.

Eine Konferenz der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte während der Pfingstfeiertage im „Luisenpark“ in Magdeburg. Aus allen Teilen Deutschlands waren 26 Delegierte erschienen. Außerdem waren anwesend der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Behrendt-Hamburg, der Vorsitzende des Zöpferverbandes, Drunfel-Berlin, und vom Fabrikarbeiterverband dessen Vorsitzender Drey-Hannover und der Gauleiter Großmann-Magdeburg sowie als Vertreter der General-Kommission Knoll-Berlin.

Die Konferenz, deren Hauptaufgabe war, die bisher äußerst mangelhafte Organisation der Ziegler zu fördern, hatte folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Ziegeleien. Referent Großmann-Magdeburg. 2. Die Verbesserung der Lage der Zieglerarbeiter durch gewerkschaftliche Organisation und durch gesetzliche Maßnahmen. Referent A. Drey-Hannover. 3. Die Organisation der Ziegler. Referent A. Knoll-Berlin.

In dem Referat zum 1. Punkt der Tagesordnung schilderte Großmann eingehend die äußerst mißlichen Verhältnisse, in denen die Ziegler leben. Bei harter, aufreibender Arbeit, deren normale Dauer täglich 15 Stunden betrage, die aber bis zu 13 und sogar 20 Stunden ausgedehnt wird, werden die elendesten Löhne gezahlt. Der durchschnittliche Jahresverdienst der Ziegler betrage bei günstiger Berechnung 550,48 M. Tausende von Frauen, minderjährige Personen und Kinder würden im Beruf beschäftigt. Ueberaus zahlreiche Unfälle seien zu verzeichnen. Alle Verbesserungen, die die Einführung des Maschinenbetriebes gebracht habe, seien dem Unternehmer zugute gekommen. Das entsetzliche Wohnungsleben sei kaum zu beschreiben. Die Verhältnisse auf den Ziegeleien sprächen allen sittlichen und hygienischen Forderungen Hohn. Für die erste Hilfe bei Unfällen sei selten Vorkehrung getroffen. Trinkwasser könne man nur auf wenigen Ziegeleien finden, obwohl Hitze und Staub hier besonders durstfördernd wirken. Das Kantinenwesen stehe auf hoher Blüte. Der Verkauf alkoholischer Getränke bilde eine Hauptverdienstsquelle der Meister! Wer am meisten verzehre, sei gutgeschrieben und bekomme die beste Arbeit. Viele Ziegler legten ihren ganzen Wochenverdienst in Bier und Schnaps an, ja manchmal bliebe sogar noch ein Schuldrest für die kommende Woche! Die Tausende von Wanderarbeitern, die der Beruf aufweise, seien gezwungen, zwei Haushalte zu führen. Wo den Ziegler auf den Ziegeleien „Unterkunft“ geboten würde, führe das dazu, daß die Arbeiter unter der Kontrolle des Unternehmers gerieten. Unfreiheit und Beschränkung des Koalitionsrechts seien die Folge. Allem die Krone setze aber der Arbeitsvertrag auf, den die Ziegler eingehen müssen. Zu einer für die Arbeiter ungünstigen Zeit würde der Vertrag abgeschlossen und zwar für die ganze Dauer der Kampagne. Während derselben würde eine Ration vom Lohn einbehalten, die verloren sei, wenn der Ziegler vorzeitig die Arbeit verlasse. — An den Unfällen trage das Affordsystem viel Schuld. Die Meister werden 4 bis 5 „Annehmer“ an, die an dem Affordüberschuß teilnehmen. Diese „Annehmer“ werden so zu Untereibern im schälimsten Sinne des Wortes.

Die Diskussion beschäftigte nicht nur die schon grau in grau gehaltenen Schilderungen des Referenten, sondern sie förderte noch eine Fülle von Material zutage, das die Darlegungen Großmanns noch in den Schatten stellte. Von morgens 3 bis abends 9 und 10 Uhr wird stellenweise gearbeitet. Eine Unterbrechung bildet nur die heftige Einnahme der mehr als frugalen Mahlzeiten. Das Kantinenwesen spottet jeder Beschreibung, desgleichen die Lagerstätten, die von Unsauberkeit strotzen und ungeziefer in Menge beherbergen. Auf dem engsten Raume ist eine große Zahl von Menschen untergebracht und stellenweise — besonders wo polnische, russische oder italienische Ziegler arbeiten — die Trennung der Geschlechter gar nicht oder nur mangelhaft durchgeführt. Die Frauen verrichten die schwersten Arbeiten. Nach Friedrichshafen in Württemberg kommt alljährlich zum Sommer ein Pflanz aus Tirol mit sogenannten „Güteländern“, die auf öffentlichen Markt und in Wirtschaften an Bauern und Zieglermeister ausbezogen werden, wobei sich dann ein förmliches Feilschen entspinnt. — Das Trinkwasser wird zuweilen aus schmutzigen Tümpeln und Gräben entnommen usw. Ob aus dem Norden oder Süden, dem Westen oder Osten Deutschlands: von überallher nur Berichte über entsetzliche Zustände. Selbst in den Ziegeleien, die mit den neuesten Maschinen arbeiten, bleibt noch unendlich viel zu wünschen übrig. Höchstens daß dort die Arbeiter eher für die Organisation zu gewinnen sind. Ein Redner meinte: Wenn alles einmal öffentlich zur Schau gestellt würde, so würde das Aufsehen erregen.

Wenn ein Gewerbeaufsichtsbeamter kommt, wird alles vorher in Ordnung gebracht. Nachher werden die Schulvorrichtungen wieder beseitigt, weil sie hinderlich sind. Jugendliche Arbeiter müssen lügenhafte Angaben über ihr Alter machen, oder sie werden so lange aus dem Betriebe entfernt, wie der Gewerbeinspektor da ist!

Die Behandlung, der die Arbeiter durch die Unternehmer ausgesetzt sind, ist den mißlichen Verhältnissen gleichwertig. Ein Unternehmer vergilt die Arbeiter mit dem Vieh. Natürlich versuchen die Arbeitgeber auf alle mögliche Weise, die Arbeiter an ihren Betrieb zu fesseln; unter anderem wurde mitgeteilt, daß ein Unternehmer seine Arbeiter Sonntags in Kneipen führen läßt — natürlich auf deren eigene Kosten —, damit sie nicht in Besammlungen gehen können oder „Hefern“ in die Hände fallen! Selbstverständlich ziehen die Unternehmer, die sich zum Teil in Ringe zusammengeschlossen haben, hohen Profit aus ihren Unternehmungen.

Die Diskussion schloß mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Die am 3. und 4. Juni 1906 im „Luisenpark“ tagende Konferenz der in Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt:

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Ziegeleien sind im allgemeinen tieftraurige. Die Entlohnung ist eine ungenügende und steht in gar keinem Verhältnis zu der außerordentlich schweren Arbeit und der unvernünftig langen Arbeitszeit, die nicht selten bis zu 15, 18 Stunden täglich beträgt. Obgleich die Ziegler gewerbliche Arbeiter sind, müssen sie vielfach Arbeitsverträge abschließen, die an die Gesindeordnung erinnern und infolge deren die Arbeiter häufig um ihren wohlverdienten Lohn geprellt werden.

Die Wohnungsverhältnisse sowie die sanitären Einrichtungen, namentlich für die sogenannten Wanderarbeiter, entsprechen nicht den an sie zu stellenden Anforderungen in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung. Zudem führt das Kost- und Logiswesen beim Arbeiter zu Ueberspannungen der Arbeiter, zu zahlreichen Verstößen gegen das Truwbrot, zu größerer Abhängigkeit und zur Schmälerung des Koalitionsrechts.

Um die wirtschaftliche Lage der Ziegler zu verbessern, sie anderen Industriearbeitern gleichzustellen und die größten Mißstände in den Ziegeleien zu beseitigen, bezeichnet die Konferenz als erstrebenswertes Ziel zunächst:

1. Eine den wachsenden Bedürfnissen und den gesteigerten Lebensmittelpreisen sowie der Arbeitsleistung entsprechende Aufbesserung der Löhne.

2. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 10 Stunden täglich.

3. Wöchentliche Lohnzahlung und Aufrechnung der Afford-Löhne; eine höchstens 14 Tage betragende Kündigungsfrist.

4. Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeiter.

5. Verbesserung der sanitären Einrichtungen.

6. Höheren Schutz gegen Erkankungs- und Unfallgefahr.

Die Erreichung dieses Zieles in kürzester Frist muß Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft der Zieglerindustrie sein. Es ist daher notwendig, das Berufs- und Klasseninteresse in den Kreisen der Ziegler wahrzunehmen, damit auch dieser Arbeitergruppe eine menschenwürdige Existenz sowie die Anteilnahme an der kulturellen Entwicklung gewährleistet wird.

Ernst Großmann.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Drey-Hannover. Er betonte, daß die Zieglerarbeiter von der Gesetzgebung vergessen worden seien und bedröckelten sich über die wenigen gesetzlichen Bestimmungen, die für die Ziegler bestehen. Redner forderte ausreichende gesetzliche Maßnahmen, die jedoch nur zu erreichen seien, wenn die Ziegler ihren Anschlag an die gewerkschaftliche Organisation vollzögen. Nur diese allein sei auch imstande, auf Beseitigung der Mißstände wirksam hinzuwirken. Nach lebhafter Diskussion gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Konferenz hält es für ein Gebot zweiseitiger Solidarität, daß auf dem Wege reichsweiter Maßnahmen den auf Ziegeleien beschäftigten Personen ein ausreichender Schutz gewährt werde.

Gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Arbeitenden werden überhaupt nur dann in die Wege geleitet, wenn die Arbeiter die Gesetzgeber auf die Pflicht des Eingreifens in energischer Weise aufmerksam gemacht haben. Es ist daher unerlässlich, daß die in der Zieglerindustrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen den Anschlag an die gewerkschaftliche Organisation vollziehen. Im Rahmen der Organisation, in der Presse, in Flugdrücken sind dann alle Mißstände einer offenen Kritik zu unterziehen, die sich auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung, der Lohnfestsetzung und Lohnzahlung, der Arbeitszeit, der Unterkunftsdräume und des Zwischenmeisterstystems bemerkbar machen.

Die Abstellung der Mißstände ist, soweit das durch Wirken der Organisation tunlich, durch diese zu erstreben.

An gesetzgeberischen Maßnahmen fordert die Konferenz:

1. Die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für alle erwerbsfähigen Personen und Freigabe des Sonnabendnachmittags.

2. Verbot und Bestrafung der Ueberarbeit, mit Ausnahme der Arbeit an Brennöfen.

3. Weibliche Personen dürfen 6 Wochen vor und nach der Entbindung auf Ziegeleien nicht beschäftigt werden.

4. Allgemein gültige Vorschriften über Lage, Luftstrom und Beschaffenheit der Räume, welche auf Ziegeleien beschäftigten Personen als Wohnungen angewiesen werden, und über Errichtung wetterdichter, heizbarer Ofen und Ankleideräume.

5. Die Unternehmer oder verantwortlichen Leiter sind verpflichtet, den auf Ziegeleien beschäftigten Personen gutes Trinkwasser zur Verfügung zu halten.

6. Für den Lohn der auf Ziegeleien beschäftigten Personen ist der Besizer oder Pächter der Ziegelei haftbar.

August Drey.

Während der Debatte zu diesem Punkt wurde auch die Forderung nach gesetzlichem Verbot des Ausschanks alkoholischer Getränke auf Ziegeleien erhoben. Es gelangte dazu eine Resolution zur Annahme, daß mit allen Mitteln auf das Verbot des Branntweinschankens hingearbeitet, der Betrieb alkoholischer Getränke gefördert werden und durch die Arbeiter selbst erfolgen soll.

Der zweite Tag der Verhandlungen war der Frage der Organisation der Ziegler gewidmet. Knoll-Berlin schilderte in seinem Referat die bisherigen vergeblichen Versuche, die Ziegler zu organisieren. Die Erfahrungen hätten gelehrt, daß eine besondere Zieglerorganisation nicht zu halten sei. Von den mehr als 200 000 Ziegler seien gegenwärtig etwa 6000 in den Verbänden der Fabrikarbeiter, Bauarbeiter, Transportarbeiter und Zöpfer organisiert, die Mehrzahl, etwa 4500, allerdings in ersterem. Redner forderte die Beseitigung dieser Zersplitterung. Die Ziegler müßten alle in einem Verbande organisiert sein. Als der geeignetste sei dafür der Fabrikarbeiterverband zu empfehlen. — In der Diskussion erhob niemand die Forderung auf Gründung eines eigenen Zieglerverbandes. Man einigte sich nach eingehender Aussprache, an der sich auch die Vorsitzenden der in Betracht kommenden Verbände beteiligten, auf folgende Resolution:

„Die Konferenz der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter fordert den Vorstand des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands auf, seinem nächsten Verbandstag die Anstellung eines mit den beruflichen Verhältnissen der auf Ziegeleien beschäftigten Personen genau vertrauten Kollegen zu empfehlen.

Diesem ist, wenn irgend möglich, eine Kommission zur Seite zu stellen, die aus auf Ziegeleien beschäftigten Personen zu bilden ist.

Der angestellte Kollege hat gemeinsam mit der Kommission die Aufgabe:

1. Den Vorstand bei der Ausübung einer durch Wort und Schrift vorzunehmenden Agitation mit Rat und Tat zu unterstützen.

2. Die Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ziegeleiarbeiter vorgunehmen.

8. Die Sammlung von allem zur Beurteilung der Lage der auf Ziegeleien beschäftigten Personen geeigneten Material, als Lohnsätze, Arbeitsordnungen, Haus- und Kantinenordnungen, Registrierung der Preise von Nahrungsmitteln und Genussmitteln, welche durch die Unternehmer oder deren Vertreter geliefert werden, und durch Akkordanten und Zwischenmeister an Ziegellern vollzogene Lohnprellereien.

4. Entgegennahme von Mitteilungen darüber, an welchen Orten und bei welchen Unternehmern die Wohn- und Unterkunftsräume der auf Ziegeleien beschäftigten Personen sich in der Nähe der Brennfelder oder über und neben Biehställen befinden, oder in denen eine Trennung der Schlafräume nach Geschlechtern nicht erfolgt ist.

5. Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifen.

Zugleich beschließt die Konferenz, daß für die in Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Verband der Fabrik-, Land- und Hülfсарbeiter und Arbeiterinnen als die allein zuständige Organisation anerkannt wird.

Nach einem Hoch auf die Einigkeit und die Organisation der Ziegler wurde die Konferenz geschlossen.

Siebenter Verbandstag des Zentralverbandes der Konditorgehilfen, Pfeffer- und Gebäckler und verwandten Berufsgeossen.

Hamburg, 4. Juni.

Am Vormittag des zweiten Pfingstfeiertages wurde der Verbandstag im Stanges Gesellschaftshaus eröffnet. Zu Vorsitzenden werden Böll-Hamburg und Weidner-Berlin gewählt.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Statutenänderung. 2. Agitation. 3. Lohnbewegungen und Streiks. 4. Raiffeisen. 5. Grenzfreizügigkeiten. 6. Wahl des Verbandssitzes, des Vorsitzenden und des Redakteurs sowie des Ausschusses. 7. Verschiedenes.

Dem Bericht des Zentralvorstandes entnehmen wir folgendes: In den Jahren 1904/05 stieg die Mitgliederzahl von 1725 auf 3071; unter letzteren befinden sich 1307 weibliche Mitglieder. Jahresspellen waren Ende 1905 31 vorhanden gegen 25 zu Beginn 1904. Die Plakatur unter den Mitgliedern war eine überaus starke. An Unterstützungen wurden gezahlt 1904: für Arbeitslosigkeit 4135,41 M., Krankheit 2975 M., Reiseunterstützung 65,20 M., Umzug 150 M., Sterbefälle 200 M., Streiks 9011,33 M., Maßregelungen 1108,90 M.; 1905: Arbeitslosigkeit 4418,55 M., Krankheit 4280 M., Sterbefälle 500 M., Umzug 350 M., Streiks 880 M., Maßregelungen 1408 M.

Die Agitation wurde durch 124 öffentliche und zahlreiche Betriebsversammlungen gefördert. Besagt wird über die zahlreichen blauen Vergnügungsvereine, die als Krebschaden für die Organisation bezeichnet werden.

Das Verbandsorgan, die „Biene“, erschien in 79 000 Bogen, 92 700 Exemplaren, die 2074,67 bzw. 2422,20 M. Inkosten perzuzahlen.

Streiks fanden statt 1904 in Berlin (geringer Erfolg), Hannover (Abwehrstreik), Herford (teilweiser Erfolg), Magdeburg (erfolgreich); 1905 in Dresden (ohne Streik erfolgreiche Lohnbewegung), München (erfolgreiche Lohnbewegung ohne Arbeits-einstellung), Nürnberg (geringer Erfolg), Hannover (erfolgreiche Bewegung in der Kaffeefabrik), Berlin (durchweg erfolgreich), Rürnberg (diesmal erfolgreich).

Die Hauptrechnung ergab für beide Jahre 62 454,68 M. Einnahme, 62 454,68 Ausgabe, darunter 13 864,83 M. Kassenbestand.

Wesentlich der Grenzfreizügigkeiten wird im Ausschuhbericht hervorgehoben, daß der Ausschuh den Standpunkt vertritt, daß alle Hülfсарbeiter und Arbeiterinnen in Zuckerwarenfabriken naturgemäß in den Konditorverband gehören. Der Ausschuhbericht hebt weiter hervor, daß die Prekkommission sich mit der Faltung der „Biene“ zur Raiffeisen 1906 nicht einverstanden erklärt hat. Im vorigen Jahre sei die Raiffeisen im Verbandsorgan seines Wortes erwähnt worden, das müsse anders werden.

Nach Erlebigung der üblichen Formalitäten wurde in der Vormittags-sitzung in die Debatte über den Geschäftsbericht eingetreten, wobei besonders des Verhältnisses zum Väterverband gedacht wurde.

Anwesend sind außer dem Zentralvorstand und dem Vertreter des Ausschusses 13 Delegierte, ferner Sabath-Berlin für die Zentralkommission und Weber für die dänische Bruderorganisation.

Nachträglich wird noch auf die Tagesordnung gesetzt: „Konsumvereine und Gewerkschaften“.

Einen breiten Raum in der Statutenberatung nimmt die Beitragsfrage ein. Jetzt werden 40 Pf. von den männlichen und 15 Pf. von den weiblichen Mitgliedern erhoben; außerdem müssen Extrabeiträge bezahlt werden. Als Grundlage für die Beratung dient ein Antrag Berlin, der lautet:

„Die Sozialverwaltungen haben einen Streikfonds zur örtlichen Verwendung anzulegen. Zu erheben sind dafür pro Quartal von den männlichen Mitgliedern ein Beitrag von 50, von den weiblichen von 20 Pf.“

Die Erhebung der im Antrag Berlin geforderten Extrabeiträge wird abgelehnt, dagegen wird die Erhöhung des Beitrages auf 50 resp. 20 Pf. angenommen, desgleichen die Erhöhung des Beitritts-geldes auf 1 M. für männliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder, Arbeitsbüchsen und Lehrlinge. Abgeschafft wird der Gaubeitrag in Höhe von 5 Pf.

Beschlossen wird, die Unterstützungsfähigkeit in der jetzigen Höhe zu belassen. Angenommen wird ein Antrag Hamburg, bei fünf-jähriger Mitgliedschaft ohne Bezug von Unterstützungen 150 M. pro Tag bis zum Höchstbetrage von 70 M. zu gewähren. Die Arbeitslosenunterstützung soll in Zukunft erst nach einem Jahre in Höhe von 30 bzw. 15 M. zur Auszahlung gelangen. Ein Antrag, erwerbsfähige Bezugsberechtigten vom Beitrag zu befreien, wurde abgelehnt. Die Bestimmung des Status, Mitglieder, welche bezugs-berechtigt sind und bei Krankheitsfällen ihren vollen Lohn beziehen, erhalten keine Unterstützung, wurde gestrichen. An die ins Ausland reisenden Mitglieder soll fortan nur in dem Falle Reiseunterstützung gewährt werden, wenn mit dem betreffenden Bande ein Gegenseitigkeitsverhältnis besteht.

Zweite deutsche Gasarbeiterkonferenz.

Mains, 3. Juni.

Im Anschluß an den Verbandstag der Gemeindegasarbeiter fand am Sonnabend und Sonntag hier die zweite deutsche Gasarbeiterkonferenz statt. Anwesend waren 72 Delegierte.

Die Konferenz hatte den Zweck, die Ansichten über die augenblickliche Lage der Berufsangehörigen zu klären, um die Strategie der nächsten Zukunft bestimmen zu können. Hatte schon der Gesamtverband in seiner Tagung einen wesentlichen Rud nach links gemacht, so trat bei den Gasarbeitern diese Tendenz noch schärfer hervor. Aus dem einseitigen Referat des Verbandsvorsitzenden R o h s und den sich anschließenden Darlegungen der Verhältnisse an den einzelnen Orten durch eine Reihe von Delegierten ist zu entnehmen, daß die Arbeitszeit, Löhne usw. noch sehr verschieden sind. Bemerkenswert ist die allgemeine Klage, daß bei Einführung der Achtstundenschicht fast genau dieselbe Leistung verlangt werde wie vorher in 12 Stunden. Dadurch geht der sonstige Wert der Arbeitszeitverkürzung fast völlig verloren. Diefem Bestreben müsse entgegengetreten werden, ohne daß dadurch die Bemühungen auf weitere Ausdehnung des Dreischichtensystems geschwächt werden dürfen. Bis heute ist erst von 20 deutschen Groß-fabriken der Achtstundentag für Gasarbeiter eingeführt. Diese Arbeitszeit muß durchweg zur Form erhoben werden.

Von Wichtigkeit ist weiter die Regelung des Schicht-wechsels. Hier ist es sehr oft der Fall, daß 24 Stunden, mindestens aber 18 Stunden ununterbrochen gearbeitet werden muß. Doch derartige Ueberanstrengungen der Gesundheit sehr gefährlich sind, ist ohne weiteres verständlich. Hier muß von den Stadt-verwaltungen mehr Einsicht und hygienische Fürsorge nachdrücklich verlangt werden.

Auch bezüglich der Lohnfrage leisten sich rückständige Stadt-verwaltungen oft die wertvollsten Dinge. Löhne von 25 Pf. pro Stunde sind keine Seltenheit! Die Städte glauben nämlich vielfach, der Privatindustrie zuliebe die schlimmsten Schundlöhne zahlen zu müssen. — Außer der Regelung der Arbeitszeit und der Löhne ist anzustreben ein Prozentzuschlag auf Ueberstunden und Nacharbeit, Einrichtung unentgeltlicher Wäber und Lieferung von Wäsche.

Die Konferenz war einig darin, daß reaktionären Stadt-verwaltungen gegenüber ein schärferer Ton anzuschlagen sei als bisher und daß die Forderungen eventuell auf dem Wege des Streiks zur Durchführung gebracht werden müssen, wenn alle anderen Mittel nichts mehr nützen wollen.

Keine Annahme fand die Resolution der Berliner Delegierten: eine mögliche Extrasteuer von 10 Pf. von den Gasarbeitern zu erheben, um einen Spezialkampffonds zu bilden, jedoch wurden die Delegierten aufgefordert, da, wo es sich durchführen lasse, für Ansammlung eines lokalen Kampffonds Sorge zu tragen.

Eine andere Resolution erklärt gegenüber den Grenzverletzungen des Fabrikarbeiterverbandes den Verband der Gemeindegasarbeiter als die für Gasarbeiter allein zuständige Organisation. Eine dritte Resolution erachtet den Reichstag und den Bundesrat, die Kommission für Arbeiterstatistik mit der Beschaffung einschlägigen Materials zu beauftragen und den Achtstundentag für Gasarbeiter gesetzlich einzuführen.

Eine zum Schluß angenommene Resolution endlich stellt das Bestehen schwerer, aber von den Verwaltungen leicht zu beseitigender Mißstände fest. Die Einführung betriebstechnischer Verbesserungen hat infolge unangebrachter Sparamkeit, welche sich hauptsächlich in der Reduzierung der Arbeitskräfte bemerkbar macht, keineswegs zu einer Erleichterung der schweren Arbeit geführt. Die Konferenz fordert daher erneut die Einführung des Achtstundentages für alle in Gaswerken beschäftigten Personen. Sie verurteilt entschieden die übermenschlich lange Arbeitszeit, den langen Schichtwechsel, die unzureichende Lohnzahlung, das Fehlen hygienischer Einrichtungen und die Nichtbeachtung der von der Konferenz von 1903 in dieser Richtung geäußerten Wünsche. Die Konferenz verpflichtet sich, mit größter Entschiedenheit unter Anwendung aller legalen Mittel, analog den Beschlüssen des 4. Verbandstages der Gemeindegasarbeiter die Beseitigung der Mißstände anzustreben. Die Delegierten verpflichten sich, die vom Vorstände zur Durchführung der aufgestellten Forderungen eingeleitete Agitation mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern.

Mit einem Hoch auf den Gemeindegasarbeiterverband fand die Konferenz ihr Ende.

Aus Industrie und Handel.

Der „Plusus“ polemisiert in seiner letzten Nummer gegen den „Vorwärts“ in einer Weise, welche seine früher schon bekundete Fähigkeit in noch höherem Glanze erscheinen läßt. Er trägt seine sachlichen Argumente durch — Personalangaben und die „Enthüllung“, der Fraktionsbesuch bezüglich der Lantiensteuer sei durch Revisionisten veranlaßt. Schon die Absicht, die uns mit solcher tafeltönen Enthüllung verbunden erscheint, veranlaßt uns, nicht näher darauf einzugehen.

Er behauptet sodann, er könne nachweisen, daß wir den Sinn seiner Worte auf den Kopf gestellt hätten und der Entstellung soll sogar Wohlwille zugrunde liegen.

Da der „Plusus“ aber auf den Nachweis verzichtet, wollen wir das Gegenteil seiner Behauptung dazusetzen. In seiner Nr. 20 polemisiert er gegen die Fraktion, weil diese für die Lantiensteuer in der angenommenen Form gestimmt hat. Zur Begründung führt er aus:

„Diese Auswüchse äußern sich nach zwei Richtungen. Einmal in der Gewährung enorm hoher Lantien an solche Leute, die vom Geschäftsbetrieb keine Abnung und deshalb auch nicht die Fähigkeit haben, die von den Gesetzgebern gewünschten Aufsichtsratsfunktionen auszuüben. Unter das Rubrum dieser Leute, die als Dekoratore und Schlepper für die Gesellschaften dienen, fallen vor allen Dingen jene hohen Staatsbeamten a. D., die die Brücke der Korruption zwischen den Aktiengesellschaften und den hohen Staatsbehörden schlagen. Ein zweiter Unfug ist die Zusammenballung von vielen Aufsichtsratsposten in einer Hand. Das seeben in neuer Ausgabe erschienene Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder (Berlin O., Finanz-verlag, G. m. b. H.) gibt darüber Aufschluß, daß sich diese Zusammenballung gegen das Vorjahr noch exorbitanter gestaltet hat. Wenn Leute, wie Herr Kommerzienrat Louis Hagen in Köln 40, Herr Konjul Gutmann 33, Herr Oberregierungsrat Schröder in Köln 31 und eine große Reihe anderer Leute über 10 und über 20 Aufsichtsratsmandate ausüben, so ist das ein Unfug schlimmster Sorte, und diesem Unfug zu steuern, wäre das Mittel einer Lantiensteuer außerordentlich angebracht gewesen. Von der jetzt gewählten Form der Lantiensteuer aber kann man nicht im geringsten erwarten, daß diese Verhältnisse auch nur einigermaßen geändert werden. Die Folge wird vielmehr lediglich sein, daß entweder die Aktiäre mehr als bisher belastet werden, oder daß sie in Zukunft werden darauf verzichten müssen, wie bisher solche Leute zu Aufsichtsräten zu bestellen, die große Fachkenntnisse und ernste Arbeit für eine relativ geringe Entschädigung in den Dienst der Gesellschaften gestellt haben.“

Um seine Ansicht, daß durch die jetzt beschlossene Form der Steuererhebung die „Dekoratore“ und „Schlepper“ nicht belastet werden, vielmehr die resp. Gesellschaften die Steuer tragen, noch besser zu illustrieren, führt der „Plusus“ noch folgendes Beispiel an:

Jetzt tritt der Zustand in Kraft, vor dem ich früher bereits warnte, daß nämlich die einer Aktiengesellschaft, die vier Aufsichtsräte mit je 1500 M. befolgt, jeder dieser — wirklich arbeitenden — Aufsichtsräte 8 Proz. an Steuern abgeben muß, auch wenn diese 1500 M. das einzige Lantienemkommen dieser Herren bilden. Gehört dagegen irgend ein Finanzmann 20 Gesellschaften an, von denen jede ihren Aufsichtsräten zusammen nicht über 5000 M. vergütet, so hat dieser Herr, auch wenn er insgesamt an Aufsichtsratslantien 20 000 M. bezieht, keine Steuern zu bezahlen.“

Bedäglich gegen dieses Argument wandten wir uns, indem wir bemerkten:

Das Argument ist verblüffend logisch. Aber weiter auch nichts! Dem Argument fehlen nur — die Voraussetzungen und darum ist es vollständig wertlos. In der Theorie stimmt die Rechnung, aber niemals in der Praxis. Diogenes-„Plusus“ mag mit der Laterne suchen, er wird keinen Lantienemkennfieder-Großfischen finden, der sich auch nur an einige Gesellschaften fortwirft, die weniger als 5000 M. Lantien zahlen.

Schlepper und Dekoratore sind für solche Lumpenpfeimige nicht zu haben. Ganz unbekannt dürfte das auch dem „Plusus“ nicht sein.

Diesen Einwand hat der „Plusus“ auch nicht entkräftet, er behauptete vielmehr, er habe mit Absicht das Beispiel so traf gewählt, um zu zeigen, wie unlogisch und prinzipienwidrig die sozialdemo-kritische Fraktion handelte.“

Weiter sagt er: „Tatsächlich ist es in der Praxis gar nicht so selten, wie er (der „Vorwärts“) aus Mangel an Kenntnissen glaubt, daß jemand ein recht stattliches Lantienemkommen aus mehreren Gesellschaften zieht. Man muß dabei nur nicht, wie das der „Vorwärts“ tut, an die großen Lantienemkennfieder denken, die im Aufsichtsrat der börsenmäßigen Gesellschaften sitzen. Bekanntlich gibt es eine sehr große Anzahl von deutschen Aktiengesellschaften, deren Aktien an keiner Börse notieren, die eine lediglich lokale Bedeutung haben und die schon wegen der Kleinheit ihres Aktien-

kapitals kaum mehr als 5000 M. Lantien an alle Aufsichtsräte zusammen bezahlen können. Die Verwaltungen dieser in diesen Gesellschaften befinden sich zum Teil in Händen bestimmter eingeborener Familien, die diese Stellen bei den meisten Aktiengesellschaften der Umgegend besetzt halten. Ich denke da namentlich an die kleinen Bankiers der Provinz, deren Einkommen zu einem nicht unerheblichen Teile aus der Summierung solcher kleinen Lantienemkennfieder stammt.“

Damit behauptet der „Plusus“ etwas, was wir gar nicht be-streiten haben. Seine Vorschläge sollten angeblich bezwecken, die „Dekoratore“ und „Schlepper“ zu fassen, die kleineren Gesellschaften resp. die wirklich arbeitenden Aufsichtsräte zu schonen. In seiner Entgegnung bezeugt er ja auch, daß wir lediglich dieses Moment im Auge hatten, daß wir nur an die großen Lantienemkennfieder dachten. Nun kommt er mit den Aufsichtsräten, die bei den kleinen Gesellschaften amtieren und aus den Lantienemkennfieder in der Hauptsache ihr Einkommen erzielen. Was hat das für einen Sinn, wenn er nachweisen will, daß bei der jetzigen Form die „Dekoratore“ und „Schlepper“ steuerfrei bleiben? Die kleinen Lantienemkennfieder will er doch geschont wissen.

Nach seinem Vorschlage würden diese Leute belastet, weil die kleinen Gesellschaften meist nicht in der Lage sind oder nicht gewillt sein werden, die Steuern zu tragen und das Angebot für sie stark genug ist, eventuell Ertrag zu finden. Anders dagegen bei den großen Gesellschaften, die sich Dekoratore und Schlepper halten. Für diese Gesellschaften ist die „Arbeit“ jener Leute so wertvoll, daß sie, wie auch die Form der Steuer-erhebung gewählt wird, die Kosten übernehmen. Gerade so gut, wie sie bei der Erhebung von der Gesellschaft die Kosten tragen, würden sie das auch tun, wenn die Steuer von den Aufsichtsräten persönlich erhoben wird; die Lantienemkennfieder einfach entsprechend erhöht. Wir sind nicht naiv genug, zu glauben, daß bei der von „Plusus“ geschil-dernden Korruption die Form der Erhebung materiell irgend welche Bedeutung hat. Wäre die von „Plusus“ gewünschte Form gewählt worden, dann würden allerdings die nach seinem kraft gewählten Beispiele angezogenen Aufsichtsräte geschont, aber auf solche willkürlichen Voraussetzungen kann man doch ein Gesetz nicht einrichten. Nicht wir haben den Sinn der Worte auf den Kopf gestellt, der „Plusus“ verlegt den Sinn seiner Ausführungen.

Sodann ist der „Plusus“ erboht, weil wir schrieben: „Der „Plusus“ bekundet sehr oft ein warmes Herz für die Hochfinanz.“

Er sieht darin den Vorwurf der Unlauterkeit. Warum das? Der „Plusus“ bemüht sich an Hand der Bepfehlung von Geschäfts-berichten je nachdem die Interessen der Aktionäre und auch die der Gesellschaften zu vertreten. Das sind rein kapitalistische Interessen. In der Folgezeit vertrat er einen Standpunkt, der in seiner Wirkung die Interessen der Hochfinanz vertritt und damit die der mit der Großindustrie sehr eng liierten Banken. Er hält das für richtig, weshalb denn da die Entrüstung? Wenn er uns vollstän-dig schaffliche Kennntnisse abspriht, vielleicht auch deshalb, weil wir uns nicht zu seiner Ansicht bequemen können, die agrarischen Bestrebungen des Bundes der Landwirte in allen ihren Konsequenzen seien auf eine Stufe mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter zu stellen, wenn er jene für so berechtigt hält wie diese, so wollen wir ihn bei diesem Vergnügen nicht stören. Wir sind der Ansicht, wenn ein Gewerkschaftsführer solche vollstän-dig schafflichen Grundzüge vertreten würde, wie der „Plusus“ bei Bepfehlung der Jahresversammlung des Bundes der Landwirte, Hohn und Spott wäre seine Ernte.

Zuwachsende in Mittelfäden. Die „Wohlfahrt“ berichtet aus Solingen: „Mißlos ein gutes Beispiel gemacht haben die Herren A. Pohl und A. Gottschalk an der mittleren Kaiserstraße. Beide haben ihr Vermögen der Firma S. Gärtner für 125 000 M. bzw. 128 000 M. verkauft. Pohl, der für sein 14 Auten großes Baufer-grundstück vor etwa 25 Jahren 15 000 M. zahlte, hat 110 000 M., und Gottschalk, der sein 11 Auten großes Vermögen vor vielleicht 15 Jahren für 60 000 M. erwarb, hat 63 000 M. Ruhen!“ — Dazu bemerkt die „Wohlfahrt“: „Wie wär's mit einer Zuwachsteuer in Solingen?“

Die Stadt Hanau hat die Zuwachsteuer beschlossen. Der ent-scheidende § 12 lautet:

Die Wertzuwachssteuer beträgt 10 Proz. der 15 Proz. über-schrittenen Wertsteigerung, zusätzlich
2 Proz. der Wertsteigerung über 50 bis 75 Proz.
4 „ „ „ „ 75 „ 100 „
8 „ „ „ „ 100 „ 150 „
12 „ „ „ „ 150 „ 200 „
15 „ „ „ „ 200 Proz.
Die Wertsteigerung bis zu 15 Proz. bleibt steuerfrei.*

Soziales.

Prämien für Kassenbetrüger.

Wiederholt haben wir Fälle angeführt, in denen Unternehmer die den Arbeitern vom Lohne abgezogenen Krankenlaffen- und Eintrittsgelder für sich verwenden und so die Kassen geschädigt hatten, mit Strafen belegt wurden, deren niedere Höhe geradezu als Ansporn zu neuen Unterschlagungen von Kassenlaffen wirken muß. Heute wird uns über einen solchen Fall aus Berlin berichtet.

Der Fuhrherr und Dumphändler A. Rosow schuldete der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse außer einigen namhaften Beträgen für Erschließungen nach § 50 des Krankenversicherungsgesetzes und § 12 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes etwa 427 M. an Beiträgen und Eintrittsgeldern. Da die Zahlungs-unfähigkeit des Schuldners festgestellt war, so vereinbarte die Kasse mit dem Unternehmer zunächst Teilzahlungen, ohne Strafanzzeige zu erstatten. Da aber insgesamt nur 70 M. abgezahlt wurden, so daß eine Schuld von gegen 357 M. verblieb, erstattete die Kasse auf Grund § 63 Abs. III in Verbindung mit § 82 b des Kranken-versicherungsgesetzes Strafanzzeige bei der Königl. Staatsanwaltschaft. Letztere erhob Anklage. Der Angeklagte gab sein Vergehen zu. Er wurde vom Schöffengericht I in Berlin zu einer Strafe von — zehn Mark eventuell zwei Tage Haft verurteilt. Das heißt geradezu einen zu Wiederholungen aufmuntern. Würde ein Kommis 427 M. oder 827 M. seinem Chef unterschlagen, so würde er sicherlich nicht mit Geldstrafe, sondern auf Grund des § 246 M. St. G. mit Gefängnisstrafe belegt werden. Der § 82 a. V. G., der gegen Kassenlaffenunterschlagungen zur Anwendung gelangt, sieht eine höhere Strafe als für gewöhnliche Unterschlagungen vor. Einfache Unterschlagungen werden durch § 246 M. St. G. mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und falls die unterschlagene Sache dem Täter anvertraut war, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bedroht; beim Vorhandensein mildernder Umstände kann auf Geldstrafe bis zu 500 M. erkannt werden. § 82 b. V. G. sieht als Strafe für Unterschlagungen von Arbeiterbeiträgen den Arbeitern und der Kasse gegenüber Gefängnis bis zu 5 Jahren vor, neben dem auf Geldstrafe bis zu 3000 M. und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann; für den Fall mildernder Umstände kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden.

Wenn ein Kassenbote oder eine Verkäuferin 350—450 M. unterschlagen und nur mit 10 M. Geldstrafe belegt würden, so würde die bürgerliche Presse Halkoh darüber getern, daß ein solches Urteil eine Prämierung für Unterschlagungen bedeute. Ueber die fortgesetzten gerichtlichen Prämien für die geschädigten Unterschlagungen seitens Unternehmer berichtet die bürgerliche Presse nichts oder tadelt mindestens derartige Urteile nicht. Solche Urteile sind nur möglich, weil unsere Rechtspflege ein Ausfluß der Klassenjustiz ist, die Leib, Leben, Gesundheit, Freiheit und Vermögen der Arbeiter für minder wertvoll und minderen Schutzes bedürftig erachtet als die gleichen Güter Wohlhabender.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 6. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. La Traviata (Biolletta).
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.
Neues Opernhaus. Der Troubadour.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Venedig. Orpheus in der Unterwelt.
Anfang 8 Uhr:
Westen. Geschloffen.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Weh dem, der lügt!
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater.) Das Lumpenkindel.
Leffing. Die Teufelskirche.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Zentral. Nanon.
Schauspielhaus. Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Laterne.
Thalia. Hochparterre links.
Metropol. Aus ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Der Weg des Märtyrers.
Wintergarten. Torafada Spezialität.
Vossage. Billy Prager. Spezialität.
Reichshallen. Steintiner Sängerkonzert.
Urania. Taubenstr. 43/49.
Wendts 8 Uhr: Der jüngste Aushub des Vesuvs.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Operetten-Theaters aus Hamburg (Direktor Max Monti).
Mittwoch:
Die lustige Witwe.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Die lustige Witwe.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.

Kleines Theater.
Wendts 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.

Ein idealer Gatte.
Donnerstag:
Ein idealer Gatte.

Neues kgl. Opernhaus (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Troubadour.
Donnerstag: Gastsp. Bella Alten u. Lotte Schloß:
Die Fledermaus.
Freitag: Gastspiel Bella Alten u. Dr. Otto Briesemöller:
Fra Diavolo.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Sommerzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgelder.)
Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater.
Wendts 8 Uhr:
8 Uhr. Halbe Preise! 8 Uhr.
Nanon.
Operette in drei Akten.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Das Fest der Handwerker.
Vorher:
Die Verlobung bei der Laterne.

Apollo-Theater.
Das große
! Spezialitäten-Programm !
U. a.: Duo Paulus, Holländisches Duett, Humati-Sumati, Recé u. Privost, La Matschiche, Rex, Tony, Solo: Annette Savary. Das blaue Bild von Paul Lincke. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das glänzende Festprogramm.
Willy Prager
14
erstklassige Spezialitäten.

Urania Taubenstr. 43/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Aushub des Vesuvs.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Vom 6. bis 9. Juni inkl., nachmittags 5 Uhr:
Gastspiel
des Musikkorps S. M. Yacht „Hohenzollern“, kaiserl. Stabskapellmeister Hr. F. Pollinger.
Eintritt ab 6 Uhr 50 Pf., Kinder die Hälfte.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
! Auf - in's Metropol !
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen überall gestattet.

Bernhard Rose-Theater
Geundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich
das mit großem Beifall aufgenommene Ausstattungsgstück
Die Gauklerin.
Außerdem d. erkl. Spezialität u. a.:
Paul Coradini.
Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30, num. Pl. 50 Pf. Saisonkarten haben Gültigkeit. Morgen: Großer Elite-Tag.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee 148.
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**
15 Attraktionen ersten Ranges 15. Berlin, wie es lebt u. liebt. Volkstanz in 3 Akten von Lindner. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Carl Weiß-Theater.
Dr. Neanderstr. 132.
Der Weg des Märtyrers.
Anf. 8 Uhr. Morgen die. Vorstellung. Sonntag nachmittags 3 Uhr (Parkett 60 Pf.). Aus allem Geschlecht. Täglich im Sommergarten: Große Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr. Entree 25 Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill, Seemannstr. 16.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Liebesfenz u. Herbstedrauschen. Singpiel m. Dir. Hill in d. Hauptrolle. Sgr. Francisco, d. ideale Lampenputzer. Anf. 5 Uhr. Entree: 30 bis 75 Pf. Bei schlechtem Wetter Barriere. I. Saal.

WINTER GARTEN
Das neue glänzende
Juni - Programm.

Reichshallen.
Stettiner Sängerkonzert.
Anfang: heute 7 1/2 Uhr.
Sonntag, den 16. Juni:
Venefiz für Paul Britton
zur Feier seiner Mitgliedschaft bei d. Stettiner Sängern.

Sanssouci. Kottbusser Str. 44.
Dir. Wilhelm Reimer.
Der Garten ist eröffnet. Sonntag, Montag, Donnerstag.
Hoffmanns Nordd. Sängerkonzert
und Tanzkränzen.
Neues Interim. Programm. Sonntag, Montag, Donnerstag. Sommerpreise: Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Im Borg.: Freikonzert.

Etablissement Bughenhagen
Kortplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen.
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Frohlanz.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Weh dem, der lügt.
Lustspiel in 5 Aufz. v. H. Geißler.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugendleben. Hierauf: Die Dienstboten.
Freitag, abends 8 Uhr:
Helden.
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelmstr. 73).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Lumpenkindel.
Tragikomödie in 3 Aufzügen von Ernst v. Wolzogen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Helden.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasonheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochlegante Regelmahnen, Büchelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.

Schweizer Garten.
Am Königsplatz - Am Friedrichshain 20/32.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Zum Schluß: **Die Sonntagsbarant.**

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahn-Station).
Oh schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Oh Regen!
Täglich: **Gr. Konzert** sowie neue Spezialitäten und **Ball.** Das größte und beste Programm Berlins.
u. a.: La Matschiche, mexikanischer Tanz, angeführt vom besten Tanzduett Jeanette und Valls, Erich Süßmilch, bester Kunstschmager, Robert und Bertram, das berühmte Grottest-Duett, Josefine Deleliseur, das weibliche Unikum. Die Wunder der Zukunft und Komit: The tree Burtons und The Strades. Die Teufelsmaler! Franz Heßner? der vorzügliche Humorist. Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 5.
Jernsprecher Nr. 8.
Restaurant und Festsäle.
Jeden Mittwoch: 12382*
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen. X. Boué haben Gültigkeit.
Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saal: Großer Ball. Gebr. Arnhold.

Neuer Wasserturm b. Grünau.
Von dem unmittelbar angrenzenden Terrain, nur zifft zehn Minuten vom Bahnhof entfernt, sollen Verzeilen von circa 45 bis 80 Quadratmetern zu billigen Preisen, je nach Lage, von **M. 1,45 an pro Quadratmeter** netto Bauhand zu günstigen Zahlungsbedingungen (event. Baugeld) verkauft werden. Geeignete Verhältnisse. Ausbedlungsrecht erworben. Strakenland bereits an die Gemeinde abgetreten. Kaufkraft nachmittags (Sonntags 3-6, Wochentags 4-6) nur Straße am Hallesberg 19/20 im Restaurant. 14463*

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Wehling, Humor. Varadi-Duett. Derrington-Family, Kunstschmager. Livrä, Drachisell. Die Einbrecher von New York, Pant. The Piccad. Konzert. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Welt - Ausstellungs-Biograph - (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem **Abnormitäten-Programm.** Verbindung mit größter Filma-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder. ♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦ Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.
Otto Pritzkow, Münzstraße 16.

Steppdecken
Biligt direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72.
mo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strabmandel, Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.
1905er Hühner,
Bestigste Leget. Guten Taubenbrut. yuren; Brateler u. Küden hochbedler. Klaffen empfiehlt unter Garantie. H. Wegner, Berlin, Marientstr. 84.

Zentralverband der Glaser Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Sektion der **Bilbergglaser (Einrahmer)**
Donnerstag, den 7. Juni, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 2): 73/9
Versammlung.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, welcher in Rahmenfabriken (Bilderwerkstätten) arbeitet, unbedingt zu erscheinen.
Der Vorstand.

Maschinisten und Heizer
sämmtlicher Brauereien Berlins und Umgegend.
Donnerstag, den 7. Juni, morgens 8 Uhr und abends 8 Uhr findet bei **Rob. Voigt, Ritterstr. 75** je eine öffentl. Versammlung aller in den Brauereien Berlins und Umgegend beschäftigten Maschinisten und Heizer statt. 139/19
Tagesordnung: Stellungnahme zu dem neu abzuschließenden Lohnvertrag. Der Einberufer. E. Schmittat.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. □ Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Gruppe Rabsitzspanner!
Mittwoch, den 6. Juni 1906, abends 8 1/2 Uhr:
Gruppen-Versammlung
bei Jannasch, Insektstr. 10.
Gruppe Rabsitzputzer und Träger!
Freitag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Gruppen-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:
Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. Bericht über das Ergebnis der Sautenkontrolle vom 23. Mai 1906. 144/4*
2. Aufhebung der Gruppenversammlungen. 3. Bericht über den 144/4*
NH. Kollegen, agitiert kräftig für den Besuch dieser Versammlungen, und muß es jeder Kollege der Gipsbranche als seine Pflicht erachten, zu erscheinen.
Die Gruppenvorstände.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Zur Beachtung! Die Bezirks- und Branchen-Vertrauensmänner-Versammlungen finden nicht heute sondern **Montag, den 11. Juni, statt.**
Die Ortsverwaltung.
80/19

Achtung! Steindruckerei - Achtung!
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen.
Donnerstag, den 7. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexander-Straße Nr. 27c:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der gegenwärtigen Situation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht einer jeden Kollegin und jedes Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer. R. U.: Ausst. Die Verwaltung.
43/2

Raucht Kios-Zigaretten. Kleine Kios 2.
Spezialmarke: pro Stück 2 Pf. 1151L*
Hauptniederlage der Zigarettenfabrik „Kios“, Dresden.
H. & P. Uder, Tabakgroßhandlung u. Tabakfabrik, Engel-Ufer No. 5.
Amt 4. 3014.

Kurz und gut! Für die Hälfte
des Katalogpreises selbst bei Einzelbezug liefern wir Ihnen Alles, dadurch kosten Fahrräder A 29, G2, Freilauf A 3 mehr. Multiplexräder 6 Jahr schriftliche Garantie. Laufdecken 3,90, 4,25, 4,75 schriftliche Garantie. Sattel 1,50, Pumpschlauch 1,20, Kompass, Achsen etc. zu jedem System, stannend billig. Prachtkatalog gratis und portofrei. Vertreter auch für nur gelegentlichen Verkauf gesucht. Nebenverdienst. Multiplex-Fahrrad-Industrie Berlin 175, Glitschinerstr. 15.

Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik.
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie! mit Sozial-Räder 65.-, Sozial-Luxus-, Freilauf, 100.-, Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Kinderwagen-Kuhlicke
nur Neue Königsstr. 43, 1 Treppe. Gute alte Schützenstr., a. Wiegandersplatz.
Kinderwagen, Kindersportwagen, Bettstollen
PP. kaufen Sie nicht, bevor Sie meine Kataloge gesehen haben, gratis u. franko.

Dr. Schünemann
Spezial-Experte für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonntag 10-12 Uhr.
Armin-Hallen
Kommandanten-Straße 20.
Verzinszimmer in beliebiger Größe; 1000 Personen fassender Garten zur Abhaltung von Sommerfesten usw. Der große Saal ist an einigen Tagen der Woche zu beländigen Versammlungen zu vergeb.
Gebr. Mieltz. Tel.: Amt 1 9085.

WIRKSAMSTER SCHUTZ gegen Schimmelbildung. Sicherstes Mittel zur Trockenlegung feuchter Mauern, Wände und Keller.
Gebr. Uder Krayer, Mannheim
Zu haben in den einschläg. Geschäften.
Krankenfahrräder all. Systeme täglich von 25 Mk. an, auch leihweise unter vollständigsten Bedingungen.
Koppeche Krankenwagen, Efsasserstraße 95. 116/4*

Portieren
Spezialität! (ca. 200 Genre). Einz. Garnituren spotbill. Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.) gratis u. franko.
Teppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre** Oranienstr. 158 Berlin S.

Berliner Nachrichten.

Zur Beachtung!

Um unnötige Verzögerungen zu vermeiden, bitten wir, für die Redaktion bestimmte Briefe und Zuschriften nur: „An die Redaktion“ und nicht an die persönliche Adresse eines Redakteurs zu richten.

Das Verkehrsleben in Berlin gestaltete sich während der Pfingstfeiertage infolge der schlechten Witterung so ungünstig, wie es bisher noch niemals beobachtet worden ist. Schon am Morgen des ersten Feiertages hatten die verschiedenen Verkehrsvereinigungen einen großen Aufwand an Betriebsmitteln in Bewegung gesetzt, doch beförderten die meisten Wagen undzüge nur eine geringe Zahl von Personen. Die Frühkonzerte mußten wegen Mangel an Besuchern zum größten Teile ausfallen, und auch in solchen Lokalen, in denen die Konzerte in Sälen abgehalten wurden, war der Besuch außerordentlich schwach. Infolge dessen wurde nach dem frühen Vormittag der Sonderbetrieb sowohl bei den Straßenbahnen, als auch im Stadt- und Vorortverkehr der Eisenbahn teilweise aufgehoben. Am zweiten Feiertage war der Verkehr etwas lebhafter, so daß für den Vorortbetrieb der fahrplannmäßige Sonderverkehr aufrecht erhalten wurde, jedoch waren die meisten Züge verhältnismäßig schwach besetzt und die Zahl der beförderten Personen blieb weit hinter derjenigen eines gewöhnlichen Sommersonntages zurück. Dagegen hatte der Stadtverkehr in den Nachmittagsstunden einen bedeutenden Umfang aufzuweisen.

Berliner Verkehr. Die Frequenz der öffentlichen Verkehrsmittel hat in den ersten vier Monaten dieses Jahres (gegen den gleichen Zeitraum im Vorjahre) wieder erheblich zugenommen: auf den Straßenbahnen wurden insgesamt 154 Millionen (gegen 141 im Vorjahre) befördert, auf den Omnibussen 40 Millionen (gegen 33 Millionen) Fahrgäste. Der Einfluß der günstigen Witterungsverhältnisse im April (gegenüber dem März) zeigte sich besonders in der starken Verkehrszunahme auf einzelnen Außenlinien.

In ähnlicher Weise hat der Fremdenverkehr zugenommen: im April d. J. wurden in den Berliner Gasthäusern 79 366 Fremde beherbergt (gegen 76 000 im April v. J.), Ausländer befanden sich darunter 12 489 und unter diesen waren die Russen (4260) am zahlreichsten.

Das Kuratorium der städtischen Siechenanstalten hat in seiner letzten Sitzung sich wieder einmal mit Lohnfragen zu beschäftigen gehabt. Wie man weiß, war in diesem Jahre weder im Magistrat, noch bei der Stadtverordnetenmehrheit Stimmung vorhanden gewesen, städtischen Angestellten die Löhne zu erhöhen. So war auch das Personal der städtischen Siechenanstalten um die Verbesserung der Löhne gekommen, die das Kuratorium als notwendig erkannt und dem Magistrat vorgeschlagen hatte. Das Kuratorium hat jetzt eine Subkommission eingesetzt, die mit erneuter Prüfung der Lohnfrage betraut worden ist. Aus der sozialdemokratischen Fraktion gehört dieser Subkommission der im Kuratorium sitzende Genosse Gottfr. Schulz an. Die Forderung unserer Fraktion geht auf Einführung fester Dienstalterszulagen, die in bestimmten Zeitraumen gewährt werden müssen. Mit einer Lohnregulierung in diesem Sinne würde dem bisherigen System, das die Vorgelagten zur Willkür und die Angestellten zur Arterbitterei zu verleiten geeignet ist, ein Ende gemacht werden.

Die Kinderspiele, die der Berliner Arbeiter-Turnverein „Fichte“ alljährlich im Sommer an mehreren Sonntagen veranstaltet, sollen diesmal an den sechs Sonntagen vom 1. Juli bis zum 5. August abgehalten werden.

Das vom Verein herausgegebene „Mitteilungsblatt“, dem wir diese Nachricht entnehmen, bringt eine kritische Betrachtung darüber, wie weit die Veranstaltung in den früheren Jahren gelungen sei. Bedauert wird, daß die Bedeutung dieser Kinderspiele des Vereins „Fichte“ von den Eltern noch nicht recht erkannt wurde. Es müßte mehr dafür agitiert werden, vor allem auch durch die Arbeiterpresse. Hierzu wird dann der Vorschlag gemacht: „Vielleicht bringt der „Vorwärts“ statt der üblichen Notiz in der äußersten Ecke unter „Berliner Nachrichten“, bis wohin das Interesse des Normallesers oder Leserin in der Regel nicht reicht, wenigstens an den ersten beiden Spieltagen eine eindringlichere Aufforderung.“

Dieser Aufsatz über den „Normalleser“ bezog die „Normalleserin“, deren Interesse nicht so weit reicht, daß sie alles lesen mögen, enthält einiges Wahre. Man kann über eine Sache noch so oft schreiben — es werden sich doch immer noch Leute finden, die nie etwas davon gelesen haben und eines Tages mit dem wohlmeinenden Vorschläge kommen: „Vielleicht bringen Sie mal — um.“ Auch die Redaktion des vom Verein „Fichte“ herausgegebenen „Mitteilungsblattes“ gehört zu diesen lieben Leuten. Bei ihr scheint der Lesesifer sogar noch nicht mal so weit zu reichen, wie bei dem „Normalleser“, der sich nur nicht gern bis in die „äußerste Ecke“ hindurchschleichen mag.

Außerliche Leser unseres Blattes werden wissen, daß der „Vorwärts“ seit einer Reihe von Jahren alljährlich nicht nur die „übliche Notiz“ gebracht hat, sondern außerdem noch regelmäßig in mindestens zwei besondere Artikel auf die Bedeutung der Kinderspiele des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“ hingewiesen hat. Diese Artikel wurden zum Teil noch vor Beginn der Spiele, zum Teil nach dem ersten, zweiten oder dritten Spieltage veröffentlicht, z. B. im Jahre 1903 am 26. Juni und am 3. Juli, im Jahre 1904 am 8. Juni und am 10. Juli, im Jahre 1905 am 24. Juni und am 27. Juli. All diese Artikel standen nicht in der „äußersten Ecke“, sondern zum Teil sogar an der Spitze unserer Berliner Nachrichten, und fast ausnahmslos war die Leserschaft so gewöhnt, daß sie jedem, der einiges Interesse für die Spiele der Kinder hatte, sofort aufpassen mußten.

Doch für die Redaktion des „Mitteilungsblattes“ desjenigen Vereins, der selber diese Spiele veranstaltet, ist alles das noch immer nicht ausreichend gewesen, um ihre Aufmerksamkeit rege zu machen.

Das nervenzerrüttende Teppichklopfen auf den meist engen Höfen, das im allgemeinen nur die Wirkung hat, daß der Stand aus einer Wohnung in die andere verpflanzt wird, hat jüngst zwei Berliner Gerichte beschäftigt, aber nur nach der Richtung hin, ob, wenn die „Hausordnung“ bestimmte „Klopfstunden“ festsetzt, diese für alle Mieter und auch den Vermieter bindend sind. Aus den interessantesten Urteilen, welche das „Grundigentum“ dortgetreu wiedergibt, heben wir nur folgendes hervor: Ein nervenkündender Postbeamter, der vor oder nach dem Nachdienst des öfteren zu schlafen pflegte, forderte Klagen, daß dem Hauswirts aufgegeben werde, seine und anderer Mieter Teppiche nur in der Hausordnungsmäßigkeit festgesetzten Zeit, nämlich Freitag und Sonnabends von 8—12 Uhr, auf dem Hofe klopfen zu lassen. Der Hauswirts gab zu, daß er für einige der 40 Mieter andere Stunden festsetzt, auch selbst außer der bezeichneten Zeit habe klopfen lassen. Das Amtsgericht wies die Klage ab: die Hausordnung lege in erster Linie dem Mieter die Pflicht ob, nur in der festgesetzten Zeit klopfen zu lassen, nicht dem Vermieter, andererseits hätte dies vertraglich vereinbart werden müssen. (1) Diese Ansicht hat das Landgericht, welches den Vermieter beurteilte, mit Recht für irrig erklärt. Die Hausordnung, so heißt es in den Entscheidungsgründen, hat den Zweck, den Verkehr in einem von mehreren Mietern bewohnten Hause und die Benutzung der gemeinsamen Einrichtungen des Hauses zu regeln und auch den Hausfrieden zu wahren, d. h. jeden Mieter möglichst gegen unnütze Belästigungen und Störungen zu schützen. Durch die Hausordnung

werden jedem Mieter Pflichten und zwar im allgemeinen jedem die gleichen Pflichten auferlegt und so habe auch jeder Mieter das Recht auf Durchführung der Hausordnung, ein Recht, das sich auf den Vermieter selbst erstreckt, da dieser verpflichtet sei, dem Mieter den vertragsmäßigen Gebrauch der Mietsache zu gewährleisten. Für einzelne Mieter getroffene Abweichungen der Hausordnung könnte nur dann für die übrigen Mieter als rechtsverbindlich angesehen werden, wenn sie in den Vertrag aufgenommen oder bei Abschluß derselben zu ihrer Kenntnis gebracht worden wären. Der Vermieter wurde demnach kostenpflichtig verurteilt, dafür zu sorgen, daß das Ausklopfen von Teppichen usw. nur Freitag und Sonnabends von 8—12 Uhr geschehe, widrigenfalls er für jeden Duldungsfall eine fiskalische Strafe von 5 M. verwirkt habe.

Neue Testament-Nichter. Nach der Umwandlung des Amtsgerichts I in das Amtsgericht Berlin-Mitte werden die Geschäfte bezüglich der Errichtung, Annahme, Herausgabe und Eröffnung von Testamenten und Erbanträgen — soweit dieselben außerhalb der Gerichtsstelle vorzunehmen sind — wie folgt erledigt: im nördlichen Bezirk (Gebietsteile des Amtsgerichts Berlin-Mitte nördlich des Hauptarmes der Spree) durch den Amtsgerichtsrat Gundsdörfer, Landsberger Allee 41 (Gerichtsschreiber Blaworowski, Hebbelinerstraße 89); im südlichen Bezirk (Berlin-Mitte südlich des Hauptarmes der Spree, also einschließlich der zwischen beiden Armen liegenden Insel) durch den Amtsgerichtsrat Stolz, Köpenickerstraße 123 (Gerichtsschreiber Postle, Kopalstraße 10). Beide Richter vertreten sich gegenseitig in Behinderungsfällen, außerdem sind für sie noch zwei besondere Vertreter (Amtsgerichtsräte Dr. Reumann, Paulstraße 28, bezw. Dr. Wagner, Henningstraße 4) bestellt.

Waffenkündigung im Kaiserlichen Statistischen Amt. Eine eigenartige Pfingstüberausung ist den bürokratisch beschäftigten Hilfsarbeitern des Kaiserlichen Statistischen Amtes zuteil geworden. Am Donnerstag, den 31. Mai d. J., wurde 38 Hilfsarbeitern gekündigt. Unter den Betroffenen sind viele schon mehrere Jahre beim Statistischen Amt tätig. Sie erhofften in nicht allzu langer Zeit definitiv und pensionsfähig angestellt zu werden. Eine solche Angestellung erfolgt in der Regel nach einer drei- bis vierjährigen Hilfsdienstzeit. Drei Viertel von den Geforderten sind Militäramwärter und ein Viertel Bilanzwärter. Die Bilanzwärter sind am schwersten getroffen, denn ihnen steht gegen diese Kündigung kein Beschwerdeweg offen.

Aus der Unglücksliste.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Motorwagen und einem Break erfolgte gestern nachmittag im Tiergarten. Als der General der Kavallerie von Wartensleben mit seinem Break die Hofjäger-Allee entlang fuhr, kam vom Großen Weg her ein Motorwagen, auf welchem der 19-jährige Hermann W., Karlstraße 6, und der 23-jährige Rudolf R., Chausseestraße 2, saßen, kreuzend über den Fahrdamm hinweg. General v. W. vermochte das Pferd nicht mehr zum Stehen zu bringen, während das Radem infolge der großen Schnelligkeit nicht mehr ausbiegen konnte. Bei der unheimlichen Karabollage wurden die beiden Fahrer auf den Strahndamm geschleudert. W. zog sich bei dem Sturz eine Gehirnerschütterung und R. Kopf- sowie Badenquetschungen zu. Die Verunglückten erhielten die erste Hilfe aus der Unfallstation am Zoologischen Garten und W. mußte infolge seines bedenklichen Zustandes in das Krankenhaus Moabit eingeliefert werden.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern nachmittag an der Kreuzung der Leipziger- und Friedrichstraße zugetragen. Beim Ueberqueren des Fahrdammes wurde der Kaufmann L. aus der Siegfriedstr. 8 von einem Omnibus überfahren und schwer verletzt. Nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht. L. hatte schwere Verletzungen am Unterschenkel, sowie komplizierte Knochenbrüche erlitten und wurde nach Anlegung von Rotverbänden nach der königl. Klinik übergeführt.

Durch Pferdehufe den Schädel zerschmettert. Einem schrecklichen Unglücksfall ist gestern abend der 22-jährige Auscher Karl Jodel, Demminstraße 5 wohnhaft, zum Opfer gefallen. Der junge Mann war Steinfahrer bei dem Unternehmer Kowal in der Hedomstr. 29 und hatte sich auf einem Reubaugrundstück in der Schönhauser Allee an einem seiner Pferde, einem bösen Schläger, zu schaffen gemacht. Als sich J. bückte, schlug das Tier plötzlich aus und traf den Auscher so unglücklich am Kopf, daß der Schädel vollständig zerschmettert wurde. In hoffnungslosem Zustande kam der Unglückliche nach dem Krankenhaus.

Ein schwerer Straßenbahnunglück ereignete sich gestern morgen 7 Uhr in Ostend in Charlottenburg. Um diese Zeit tritt ein bisher unbekannt gebliebener Mann, anscheinend ein Auscher, auf einem Postpferde den Spandauer Berg hinab, ein zweites Pferd am Jügel führend, als ein Straßenbahnwagen der Linie R herangefahren kam und den auf den Schienen befindlichen Reiter samt dem Pferde niederstieß. Der Reiter geriet gänzlich unter die Vorderplattform des Wagens, während das Pferd mit den Beinen unter den Wagen zu liegen kam. Der Wagen wurde mittels Binden angehoben und der Reiter tot unter demselben herangezogen. Er hatte, wie im Krankenhaus festgestellt wurde, einen Schädelbruch erlitten. Das Pferd verendete wenige Minuten, nachdem es befreit worden war.

Mutter und Kind aus dem Zuge herausgerückt. Große Aufregung verurachte unter den Passagieren ein Eisenbahnunglück, das sich Montagabend auf der Lehrter Bahn zutrug. Die Frau des Bäckermessers Möbins aus der Franzfurter Allee war mit ihrem 5-jährigen Söhnchen um 5 Uhr 13 Min. vom Lehrter Bahnhof abgefahren, um Verwandte in Stendal zu besuchen. Zwischen den Stationen Vushow und Remhausen hatte das Kind während der Fahrt am Ärmelgriff herumgepielt, plötzlich öffnete sich die Tür und der Kleine stürzte aus dem Zuge heraus. Erschrocken eilte die Mutter an die Öffnung des Wagenabteils und fiel gleichfalls aus dem Zuge. Einige Rathenower Julairen, welche in dem Coupé saßen, zogen sofort die Kette, worauf der Train hielt. Frau M. war beim Fallen mit dem linken Unterschenkel unter die Räder geraten und der Fuß wurde bis zum Knöchel vollständig abgefahren. In demütigen Zustande wurde sie von den Soldaten in das Rathenower Krankenhaus gebracht. Auch das Kind, welches mit äußeren Verletzungen davongekommen war, fand dort Aufnahme.

Auf einer Stadtour lebensgefährlich verletzt. Einen traurigen Abschluß fand ein Pfingstausflug, welchen der 19-jährige Arbeiter Gustav Bimmer, Badstr. 55, mit mehreren Freunden unternommen hatte. Die jungen Leute waren vorgestern auf dem Stade nach Jählsdorf gefahren und passierten abends bei der Heimkehr die Schönhauser Allee. In der Nähe der Buchholzerstraße geriet B., der infolge großer Uebermüdung nicht mehr schnell genug auszuweichen vermochte, an eine Droschke und wurde auf die Straße geschleudert. Der Bedauernswerte hatte einen Schädelbruch erlitten und war sofort bestunmungslos. Er erhielt die erste Hilfe in der Unfallstation II und wurde hierauf in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert.

Beim Baden im Krampffische ertrunken ist am Nachmittage des ersten Pfingstfeiertages ein junger Mann. Er hatte sich in einem Lokal in Redlitz ein Ruderboot geliehen, mit dem er einige Zeit auf der Havel umherfuhr und dadurch trotz der unwillkürlichen Witterung warm wurde. Kurz ruderte er nach dem stillen, bei der Röhrenschänke gelegenen Krampffische, der viele Antiefen aufweist, entsetzte sich im Boot seiner Kleider und sprang ins Wasser, um sich zu baden. Wahrscheinlich von einem Schlaganfall getroffen, ging er aber plötzlich unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Am

zweiten Pfingstfeiertage wurden Fischer beordert, um nach der Leiche zu suchen. Der Ertrunkene soll ein junger Kaufmann aus Schöneberg sein.

Durch geradezu ungläublichen Leichtsinns hat sich gestern der 22-jährige Billi Krause aus der Swinemünderstr. 73 schwer verletzt. Der junge Mann wollte mehreren Freunden zeigen, wie man mit einem Leiching umzugehen hat und gab dabei ein „Graboufisch“ zum besten. Er steckte die Mündung der Waffe in die Tasche und gab dann einen Schuß ab. Die Kugel drang dem Leichtsinningen in den rechten Handteller und zerschmetterte den Mittelfingerknochen. In der Unfallstation XVII mußte das Geschöß durch operativen Eingriff entfernt werden.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Pfingstsonnabend in den Allgemeinen Elektrizitätswerken in der Schlegelstraße. Dort wird gegenwärtig ein Neubau aufgeführt. Am Sonnabendabend war der 37-jährige Zimmerarbeiter Reinhold Walzer beim Zusammenführen seiner Handwerkszeuge, und vergeblich sah er sich nach der Säge um. Schließlich hatte er das Unglück, in eine Öffnung hineinzu geraten und nach der ersten Etage hinabzufallen. Er zog sich einen schweren Schädelbruch zu und liegt jetzt in hoffnungslosem Zustande in der Igl. Klinik darnieder.

Der geprellte Expediteur. Ein russischer Kaufmann in Stettin wollte dieser Tage nach Berlin übersiedeln; er hatte in Rixdorf eine Wohnung gemietet und beauftragte einen Stettiner Expediteur, ihm den Umzug zu besorgen. Der Expediteur ließ alles schon aufladen und sandte einen Bader Paul Schmidt auf die Reise mit, der nach Anweisung die Möbel aufstellen sollte. Schmidt versprach, alles getreulich zu besorgen. Als er aber mit seinem Wagen nach Berlin kam, ging er zu einem Expediteur und erzählte ihm eine traurige Geschichte, wobei er sich für einen russischen Kaufmann ausgab und sich dessen Namen beilegte. In einem Hotel in der Invalidenstr. habe er einen Versicherungsinspektor kennen gelernt. Dieser Schurke habe das ihm geschenkte Vertrauen schamlos mißbraucht und sei unter Mißnahme alles Geldes mit seiner Frau durchgebrannt. Nun könne er die Wohnung nicht mehr gebrauchen und wolle die Einrichtung einsteilen bei dem Expediteur auf den Speicher stellen. Der geräthete Expediteur legte nicht nur das Rollgeld aus, sondern belieh dem vermeintlichen Kaufmann die Möbel auch noch mit 300 M. Unterdessen kam der wirkliche Kaufmann nach Rixdorf und wartete in seiner leeren Wohnung vergeblich auf seine Einrichtung. Als er sich in Stettin befanderte, kam der Gaunerstreich an den Tag. Der russische Kaufmann hatte jetzt seine Möbel heraus und der Berliner Expediteur hat das Nachsehen. Der Bader Schmidt lebt irgendwo mit dem ergaunerten Gelde einen guten Tag.

Ein Einbruch in ein Gold- und Uhrwargengeschäft ist in letzter Nacht in der Prinzenstr. 91 verübt worden. Der partiere belegene Verkaufslokal von Riemer besitzt an der Vorderwand oben ein größeres Klappenfenster zur Luftführung. Leichtsinnigerweise wurde dieses aber nicht durch Riegel, sondern mit einer einfachen Strippe verschlossen. Ein Dieb leierte nur von der Straße aus an der Wand empor, zerschchnitt die Strippe und sand so durch das herabgefallene Fenster leicht Eingang zum Laden. Er eignete sich außer der Ladenkasse im Betrage von 80 M. Wertgegenstände in Höhe von mehr als 1000 M. an und verschwand ungeschrien wieder durch das Klappenfenster. Am Tatorte hat er ein Stemmisen und einen steifen schwarzen Hut zurückgelassen, der die Firma einer Hutfabrik in der Prinzenstraße trägt. Bei dem regen Straßenverkehr, der auch in der Nacht in jener Gegend herrscht, ist es verwunderlich, daß niemand den Einbruch bemerkte.

Eine gefährliche Diebesbande ist nach längeren Bemühungen der Kriminalpolizei im Norden Berlins ermittelt und festgenommen worden. Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, wurden in den östlichen Vororten mehrfach Pferdebstahl verübt und der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen eine Diebesbande, welche in Reinickendorfer Eisenbahnschienen zu stehlen versuchte. Die Verbrecher wurden gefürst und entlassen unter Zurücklassung eines Pferdes und Wagens. Das Pferd war, wie später festgestellt wurde, in Ragndorfer Mühle gestohlen, während der Wagen einem Berliner Restaurateur gehörte, von diesem aber fälschlich an einen Arbeiter Breitenbach verkauft worden war. W., welcher in der Riechenthalerstraße wohnte, wurde verhaftet und er gestand ein, daß er von einem Handelsmann Karl Gingsl, der bei den Diebstählen beteiligt war, verführt worden sei. Gingsl, der in der Schulstraße eine Schlafstelle inne hatte, wurde daraufhin festgenommen. Er ist eine schon vielfach vorbestrafte Persönlichkeit. Er hatte zuletzt wegen Diebstahls und Geblerei eine langjährige Zuchthausstrafe erlitten, die er jedoch nicht abbüßte. Er wurde in der Strafanstalt geisteskrank und mußte nach Daidorf übergeführt werden. Von hier wurde er vor etwa einem halben Jahre in Pflege gegeben und scheint sofort nach seiner Entlassung sein „Gewerbe“ wieder aufgenommen zu haben.

Geiserr. Die Rolletstraße von der Bismardstraße bis zur Straße am Königsplatz wird behufs Asphaltierung vom 5. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Auf der Landstraße überfallen und schwer mißhandelt wurde Montagabend eine Gruppe von Radfahrern, welche gegen 10 Uhr die Friedrichshagener Chaussee entlang fuhr. Fünf jingere Leute hatten am zweiten Pfingstfeiertage eine größere Radtour unternommen und befanden sich zur genannten Zeit, auf der Rückfahrt nach Berlin begriffen, auf der Chausseestrecke Erner-Friedrichshagen, woselbst sie ein am Wege haltendes Privatfahrzeug bemerkten. Eine Anzahl Männer, die sich auf dem Wagen befand, sprang bei der Annäherung der Radler ab und schlug mit stumpfen Instrumenten auf die nichts ahnenden jungen Leute ein. Als ein Streifen herannah, erlitten die Täter ihr Fuhrwerk und jagten in der Richtung nach Berlin davon. Die fünf Radler hatten sämtlich zum Teil nicht unerhebliche Verletzungen erlitten. Sie mußten die Weiterfahrt nach Berlin mit der Bahn fortsetzen und hier ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Radrennen zu Treptow. Die kleine Bahn im Südosten war zu Pfingsten die einzige, die uns Radrennen besorgte, dafür war aber das Beobotene um so besser und fehlte es nicht an Ueberraschungen mancherlei Art. Im „Großen“ sowie im „Kleinen Pfingstpreis“ gab es erbitterte Kämpfe um den Sieg, der an Vanderhuist und Dieterkali fiel. Besonders in letzterem scheint etwas zu stecken, wenn auch jetzt noch seine Fahrweise sehr unruhig ist. — Gänther mußte zum zweitenmal in Treptow die Wassen vor einem Ausländer strecken, während Parent-Paris, der dritte Teilnehmer am „Großen“ Preis eigentlich gar keine Rolle spielte und lediglich als Statist fuhr. — Vold nach dem Startschuß erlangt Gänther Ansehlich an seinen Führer Otto und auch Vanderhuist schließt sich Amerigo an. Parent hinter Pillas folgt als Dritter und wird schon in der 22. bzw. 24. Runde von beiden überundet. Der Holländer macht sich auf die Jagd nach Gänther, denn er auch bald erreicht und nun hefteten sich beide ein minutenlanges Gefecht, bei dem sie geschossen in der 40. Runde Parent zum zweitenmal passierten. Vanderhuist läßt nicht locker und drückt so auch das Tempo, daß der Rekord von 20 Kilometer fällt, ebenso der von 30 Kilometer. Diesen energischen Angriffen vermag Gänther nicht standzuhalten. In der 46. Runde ist der Holländer im Auge an ihm vorüber und fällt der Köhler auch noch von seiner Führung ab, was ihm im Handumdrehen drei Runden und den zweiten Platz kostet. Der W. stand gegen den Führenden wird nun immer größer; zwar erobert sich Gänther den zweiten Platz wieder zurück und vermag gegen den Schluß zu Vanderhuist aufzuschließen. Bei diesem Vermögen fallen auch nach die Zeiten für 50 Kilometer, die in 41 Min. 27 1/2 Sek. zurückgelegt werden (bisher 42 Min. 18 1/2 Sek.). — Im „Kleinen Pfingstpreis“, ebenfalls ein Dauerrennen über 50 Kilometer, gab es

nach aufregendere Momente und war der endliche Sieg Bieweralls ein rechtlich verdienter. Im Siegerrennen siegte Tschirps vor Hoch und Meckna.

100 Kilometer-Reisefahrt von Deutschland im Wettgehen. Welch hervorragende Leistungen der menschliche Körper vollbringen kann, zeigte das Ergebnis der am ersten Feiertag vom Sportklub „Komet“ veranstalteten Uebung. Es galt die Strecke von Wilthen bis Berlin in möglichst kurzer Zeit im Wettgehen zurückzulegen und konnte der Sieger, Herr R. Wilhelm vom S.-M. „Komet“ sogar seinen eigenen vorjährigen Rekord herabsetzen, was wohl der kühnsten Witterung zu danken ist, die dem Unternehmen günstig war. In 11 Stunden 15 Minuten 21/2 Sekunden legte der Sieger den Weg zurück, der aber Götzen, Baruth, Jossen, Königs-Busterhausen, Weßlau nach Treptow zur dortigen Rennbahn führte. Fast zu gleicher Zeit, nur 2/3 Sekunden später, ging Rippe vom S.-M. „Marathon“ durch das Ziel und als Dritter folgte R. Rehn vom gleichen Klub mit 4 Minuten Unterschied. Eine nachfolgende ärztliche Untersuchung ergab bei diesen Dreien, die Abfahrenden sind, keine wesentliche Herzvergrößerung, die bei Nichtabfahrenden festgestellt wurde. Ohne Unfall ging das Wettgehen zu Ende und brauchten die auf der Strecke befindlichen Mitglieder des Samariter-Radfahrervereins nicht in Tätigkeit treten. — Die Beteiligung war eine ziemlich zahlreiche, fast alles Berliner Vereinen angehörig, doch war auch Hannover und Frankfurt vertreten.

Pharus-Gerichtsführer nebst großem Pharus-Gerichtspflan nennt sich das neueste Ereignis des Pharus-Verlages, das von Gewerbetreibenden und Privaten, von Laien und Juristen als besonders zeitgemäß begrüßt werden wird. Die neue Gerichts-einteilung von Groß-Berlin bedeutet eine völlige Umwälzung. Statt der bisherigen zwei werden am 1. Juni sieben Amtsgerichte in Wirksamkeit treten. Die Gerichtsbezirke haben oft recht komplizierte Abgrenzungen erhalten; viele Straßen gehören zu zwei, manche, wie die Köpenickerstraße, sogar zu drei Amtsgerichten. Will man sich vor oft sehr großen Kosten, Verlusten und Verzögerungen bei gerichtlichen Angelegenheiten schützen, dann ist es nötig, das richtige, d. h. das sachlich und örtlich zuständige Gericht anzurufen. Mit Hilfe des Gerichtsführers wird man in allen Rechtsangelegenheiten sofort an das örtlich zuständige Gericht gewiesen. Außerdem enthält das Buch auch einen besonderen Teil über die sachliche Zuständigkeit. Derselbe ist von einem in der Praxis stehenden Juristen, Gerichtsassessor Dr. Herrmann, verfaßt. Für jede Rechtsangelegenheit ist diejenige Gerichtsstanz angegeben, an die man sich zu wenden hat, ob Landgericht, Amtsgericht, Kaufmannsgericht, Gewerbegericht usw. Der Preis des 10/Bogen starken Buches nebst großem Pharusplan beträgt 3 M., gebunden 4 M. Das Buch ist in allen Buchhandlungen sowie durch den Verlag zu beziehen.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 6. Juni, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernh. Jürgang in der Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Charlotte Kimpf (Sopran), Frau Geraldine zur Wenden, Herrn Ludwig Schubert (Tenor), Frau U. Weder-Samolewka und Herrn Wendel (Violin-Bratsche) und Herrn Arnold Dreher (Orgel). Zur Ausführung kommen u. a. Choralphantasie von Max Regler über „Wie schön leuchtet der Morgenstern“ (Dietrich Dreher), und Fuge d-moll von Bach und Orgelsonate von Dargas (B. Jürgang). Eintritt frei!

Feuerbericht. Auch während der Pfingstfeiertage wurde die Feuerwehre böswilligerweise alarmiert. In einem Falle gelang es, den Täter, der die Feuerwehre nachts um 1 Uhr nach der Stendalerstraße alarmiert hatte, zu ertwischen. Er wurde der Polizei übergeben, die ihn in Haft behielt. Er entpuppte sich dann als der 25-jährige Klavierpieler A. Schmidt aus Königsberg i. Pr., der nun wegen Unfugs und Sachbeschädigung einer exemplarischen Strafe entgegensteht. Außerdem hatte die Feuerwehre während der Feiertage mehrere Küchen- und Wohnungsbrände zu löschen. U. a. in der Hirschingergasse, 6. Platenberggasse, 21. Blumenstr. 4, Goykowskystraße 26 und Invalidenstr. 106, wo die Wohnung verschlossen war, und die Feuerwehre wegen der Verqualmung von außen über einen Gassenleitgang eindringen mußte. Weitere Brände beschäftigten die Wehre in einem Kesselhause Chausseestr. 31, in der Friedrichstr. 113, Steinmännlerstr. 21, Lindenstr. 78, Stallgasse 27 und anderen Stellen.

Gegenüber dem Rathaus Rathhausstr. 1 gerieten am Dienstag Feuerwerkskörper, Zündwaren usw. in einem Laden in Brand. Die Feuerwehre war schnell zur Stelle und es gelang, das Feuerwerk halb zu löschen, wodurch weitere Gefahr beseitigt wurde. In der Invalidenstr. 96 und Budowerstr. 8 brannten Lumpen u. a. in einem Stall beziehungsweise in einem Keller unter großer Qualm-entwicklung. Ferner hatte die Wehre in der Tiedstr. 6 und Mühlenstraße 73 zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Nigsdorf.

Von den Praktikern der Hauswirte gegenüber ihren Mietern hat man schon recht sonderbare Dinge vernommen. Die Annahmehaft und Rücksichtslosigkeit der Herren Hauseigentümer, besonders gegen die kleinen Mieter, ist bekannt. Die Mietverträge sind in der Regel so gehalten, daß der Mieter die Pflichten und der Hauswirt die Rechte übernimmt. Auf pünktliche Zahlung der Miete wird natürlich das Hauptgewicht gelegt. Keine größere Sünde und Schande für einen Mieter kann sich ein Hausbesitzer denken, als — die Miete schuldig zu bleiben. Hat er ein solches Individuum in seinem Hause, so zögert er nicht, mit der ganzen Schärfe des Gesetzes gegen ihn vorzugehen. Schlimm genug ist es schon und in die größte Besorgnis gerät der Hauswirt, wenn einmal die Miete einige Tage später gezahlt wird. Nach dem Kontrakt hat er schon das Recht, den Mieter auf die Straße zu werfen, aber in einer edlen Herzengeregnung begnügt er sich häufig damit, erst dem Pflichtvergeßenen eine Mahnung zu senden. In Arbeiterfamilien wartet man vielfach mit der Mietzahlung bis zum ersten Sonnabend nach dem ersten Tage des Monats, denn oft genug muß vom letzten Lohn noch ein Teil zur Miete genommen werden, was einem Hauswirt als ganz unerbittliche Rücksichtslosigkeit erscheinen mag. Da ist es gut, wenn sofort eine energische Mahnung erfolgt. Von der Vereinigung Berliner Hausbesitzer werden solche Mahnschreiben gern den Vereinsmitgliedern abgenommen. Eine eigenartige Praxis aber ist es, und man sollte es kaum für möglich halten, daß den Mietern zugemutet wird, für diese Wohnungen noch Gebühren zu entrichten. Die Vereinigung Berliner Hausbesitzer droht sogar mit sofortiger Klage, wenn die für die Wohnung verlangten Gebühren nicht eingekandt werden. So wurden kürzlich viele Mieter des Hauses Hermannstraße 226 in Nigsdorf mit einer solchen Mahnung überschüttet, deren Schlusssatz lautet: „Die durch dieses Schreiben entstehenden Gebühren und Auslagen betragen 1,15 M., welchen Betrag Sie zur Vermeidung sofortiger Klage an uns einzusenden wollen.“

Empfanden viele schon die Mahnung als eine große Rücksichtslosigkeit, denn sie hatten seit Jahren die Miete pünktlich am Sonnabend nach dem Ersten bezahlt, so war die durch den Schlusssatz hervorgerufene Entrüstung eine so große und allgemeine, daß 13 Mieter beschloßen, gemeinsam dem Wirt ihre Wohnungen zu kündigen.

Unsere Hauswirte unterscheiden sich leider in Punkt Rücksichtslosigkeit nicht viel von einander. Mögen auch nicht alle in der oben gekennzeichneten Weise handeln, so dürfen die rentierten Mieter auch in ihrem neuen Heim merken, daß für alle Hauswirte nur der „zahlungsunfähige“ Mieter sich eventueller Rücksichtnahme zu erfreuen hat. Hausagrarier und Landwirte können sich in bezug auf die Auspörierung der Massen die Hand reichen. Was der eine nicht nimmt, nimmt der andere!

Schöneberg.

Eine Hand wäscht die andere. Bekanntlich hatte die Stadt Schöneberg der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft für ihre 20. Wanden-

ausstellung unentgeltlich das 82 Hektar umfassende Ausstellungsgelände überlassen. Um sich dafür erkenntlich zu zeigen, hat die Ausstellungsgesellschaft den Ausstellern und übrigen Interessenten empfohlen, ihren Bedarf an Wohnungen, Veranlagungsstellen und Lebensmitteln möglichst im Friedenauer Ortsteil von Schöneberg, in dem die Ausstellung liegt, zu decken, damit die Schöneberger möglichst viel Gewinn aus der Ausstellung erzielen. So sind z. B. die Restaurants im Ortsteil fast alle schon als Veranlagungsstellen für die Ausstellungswirtschaft gemietet worden, u. a. wird auch der Verband der Halblutzüchter Deutschlands (Vorsitzende Prinz Aribert von Anhalt, Adolf Friedrich Herzog zu Wiedenburg, Alfons Prinz von Bayern) seine diesjährige Generalversammlung im Friedenauer Ortsteil von Schöneberg am 15. d. M. abhalten.

Die Feuerwehreinrichtungen in Schöneberg werden in den nächsten Monaten eine gänzliche Umwandlung erfahren, da der jetzige Zustand derselben große Mängel aufzuweisen hat und in keiner Weise mehr den modernen Anforderungen genügt. Die jetzigen Apparate sind nicht nur häufigen Störungen unterworfen, die schon durch hineingeworfene Sandkörner oder durch Oxydation einzelner Teile hervorgerufen werden können, sondern sie arbeiten auch an sich zu langsam und ungenau. Beim gleichzeitigen Riechen mehrerer benachbarter Feuermelder laufen die Zeichen durcheinander auf dem Alarmapparat der Wache ein, so daß ihre Entziffern oft unmöglich war und die Brandstelle nur durch Abfahren sämtlicher Feuermelder einer Linie festgestellt werden konnte. — Vor kurzer Zeit hat eine von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Deputation die Feuerwehreinrichtungen in Hamburg, Bremen und Hannover besichtigt und die Einführung eines neuen Systems (Samewell), das sich bereits in Hannover und anderen deutschen Städten gut bewährt hat, empfohlen. Bei der Anwendung dieses neuen Systems erhält die Zentrale der Feuerwache optische und akustische Zeichen. Die Nummer des Meldesystems wird auf einem Tableau sichtbar, auf einem Papierstreifen aufgezeichnet und durch Glockenzeichen laut verkündet. Gleichzeitig wird auch die Zeit der Meldung genau bezeichnet. Auf diese Weise hören die Mannschaften sofort, von wo der Alarmruf ertönt, so daß sie nicht erst auf die Benachrichtigung durch den Telegraphen warten brauchen. Nachts wird auf den Feuerwachen durch die Alarmierung zugleich eine elektrische Alarmbeleuchtung in Tätigkeit gesetzt, so daß die ununterbrochene Gasbeleuchtung der Räume in Wegfall kommen kann. Die Kosten der Neuanlagen belaufen sich auf 68000 M. und sind bereits von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt. Die öffentlichen Feuerwachen sollen mit roten Laternen versehen und deren Zahl von 28 auf 36 erhöht werden.

Friedrichsfelde.

Zu einem Konflikt zwischen der Lehrerschaft und dem Ortsgeistlichen Pastor Ehrhardt ist es im Vorort Friedrichsfelde gekommen. Der Fall bildet gewissermaßen ein Nachspiel zum Kampfe um die Volkshule. Bei einem Feste der Sonntagschule in Friedrichsfelde sprach sich deren Leiter, Pastor Ehrhardt, in Gegenwart von Schülern und deren Eltern folgendermaßen aus: Ein großer Teil der deutschen Lehrerschaft habe sich leider den Bestrebungen auf Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volkshule angeschlossen. Viele aber hielten an dem Werke christlicher Jugendzucht fest, diese seien als Gotteskinder bei der Erziehung unserer Kinder zu begrüßen. Sämtliche bei der Feier anwesenden Lehrer fühlten sich durch diese Äußerung verletzt. Sie veranlaßten den Rektor Meiß, den Pastor um Aufklärung zu bitten, die Erklärung des Geistlichen genüge aber den Lehrern nicht. Es kam zu einem Schriftwechsel zwischen dem Lehrerverein Friedrichsfelde und dem Pastor Ehrhardt, durch den jedoch der Streitfall eher verhärtet als beigelegt wurde. Der Lehrerverein beschloß endlich zu der Sache folgende Erklärung: Die Friedrichsfelder Lehrerschaft erhebt mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen die schwere Verdächtigung und Herabsetzung eines großen Teils der deutschen Lehrerschaft in den Augen der hiesigen Bevölkerung und ihrer Schüler, weist sie als grundlos und unächselhaft zurück und behauptet lebhaft, daß durch diese Tatsächlichkeit das gute Einvernehmen, das seit langen Jahren zwischen Geistlichkeit und Lehrerschaft am hiesigen Ort herrschte, getrübt worden ist.

Der Hülfsprediger hat sich nun dadurch aus der Affäre zu ziehen gesucht, daß er angab, er habe nicht die Friedrichsfelder Lehrer gemeint, sondern die Lehrer im allgemeinen. Damit hat er aber nur Del ins Feuer gegossen, denn die Lehrer des Ortes dienen ihm jetzt mit folgender öffentlicher Erklärung: Es ist unwahr, daß ein großer Teil der deutschen Lehrerschaft bestrebt ist, die Religion aus der Schule zu entfernen. Der Kampf gilt nicht der Religion, sondern der veralteten Methode des Religionsunterrichts. Wer in heiliger Ueberzeugung den Religionsunterricht der Schule nehmen und den kirchlichen Gemeinschaften überweisen möchte, tut das nicht aus Feindschaft, sondern aus Liebe zur Religion, ein Gesichtspunkt, den Herr Ehrhardt abschließend verschwiegen hat.

Die Mitgliederversammlung des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins vom 29. Mai nahm den Bericht von der Gemeindevertreterkonferenz entgegen. Nach Begründung der Notwendigkeit solcher Konferenzen angeht die vielfach ineinandergreifenden Interessen der Hauptstadt und der sie umgebenden näheren und weiteren Vorortgemeinden, schreibt Genosse Pinxler die gegenwärtigen Zustände auf dem Gebiete der Verkehrsverhältnisse, sowie der Kranken- und Armenfürsorge. Er geht auf die Differenzen zwischen der Berliner Gemeindevertretung und denen verschiedener Vorortgemeinden ein und erklärt die Eingemeindung der letzteren zu Berlin als das wichtigste Ziel. Solange dieses noch nicht erreicht, sei die Bildung von Zweidverbänden sowohl mit der Berliner Gemeinde, als auch der Vorortgemeinden miteinander, zu empfehlen. In der Debatte gab Genosse Freiwald-Pankow, der als Gast geladen war, einen Überblick auf die Entwicklung der Gemeindegewaltbewegung des Kreises Niederbarnim, welcher für uns den Besitz von 81 Mandaten in einigen 20 Orten ergibt. Er erklärt die besonderen Ursachen, welche die jüngste Konferenz notwendig machten, bestehend in Sonderverhandlungen der Gemeinden Pankow und Rummelsburg mit der Berliner „Großen“. Bis zu der allerseits als notwendig anerkannten Kommunalisierung der Verkehrsverhältnisse zu warten, sei angesichts der unhaltbaren Verkehrsverhältnisse unmöglich. Deshalb müsse die Berliner Gemeindevertretung gemeinsam mit den Vorortgemeinden auf eine Verbesserung dieser Verhältnisse durch die Bildung von Zweidverbänden hinarbeiten. Mit der Unterstützung der Vororte auf Automobil- und Omnibuslinien, zu deren Kosten das reiche Berlin nichts beitrage, sei den ersteren nicht gebietet. Auch können diese mit der Verbesserung des Verkehrsverhältnisses nicht bis zum Ablauf des Vertrages mit der „Großen“ in Jahre 1919 warten. Umbrüstet schließt sich in wesentlichen den Ausführungen des Redner an und findet die Erklärung der bestehenden Differenzen zwischen der Berliner Gemeindevertretung und denen der Vororte in dem Mangel an rechtzeitiger Verständigung über die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens. Im weiteren wünscht er nähere Auskunft über das Schicksal der projektirten Kraftfahrzeugverbindung zwischen Karlshorst und Friedrichsfelde. — Pinxler berichtet, daß nachdem die „Große“ die Verlängerung der Straßenbahn von Friedrichsfelde nach Karlshorst abgelehnt, der Plan einer elektrischen Omnibusverbindung zwischen Ober-Schönebeide und Friedrichsfelde über Karlshorst aufgegeben ist, den die Gemeindevertretung aber trotz der vorausgesetzlichen Rentabilität eines solchen Unternehmens abgelehnt habe. Im weiteren berichtet er über den Stand der Verhandlungen bezüglich der Erneuerung des Vertrages mit der Gasgesellschaft. Redner bezeichnet die von letzterer geforderte Vertragsverlängerung bis 1948 als unannehmbar und tritt für die Errichtung eines kommunalen Licht- und Kraftwerkes ein, wozu der 1918 ablaufende Vertrag mit dem Elektrizitätswerk „Obersee“ die Möglichkeit bietet. Leider bietet die Gemeindevertretung keine Gewähr dagegen, daß von neuem auf Jahrzehnte hinaus öffentliche Interessen der privaten Ausbeutung überlassen würden.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit wird ein ständiges Komitee für die Vorbereitung von Vergünstigungen gewählt, auf die Wohnbewegung der Preisverhältnisse mit dem Erlauchen, die neue eingeführte rote weiße Kontrollkarte und das rote weiße abgestempelte Plakat zu befragen, die Aufmerksamkeit der Genossen gelenkt und noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht.

Adlershof.

Die letzte Gemeindevertreterkonferenz beschäftigte sich mit der Eingemeindung einzelner Teile des forstlichen Geländes zwischen Restaurant Aufwald, Steuerhaus und Gliener Weg zu Köpenick, wofür Adlershof die Kahlbaumischen Wiesen erhalten soll. Da aber der Bebauungsplan des forstlichen Geländes noch nicht festgelegt ist, wurde diese Angelegenheit einstweilen vertagt. Bezugs des Treitel'schen Grundstücks und des Terrains zwischen der Waldstraße, Sedanstraße und Adlersgestell wurde den Eigentümern aufgegeben, die Straßen mit Steinpflaster auf Betonbettung anzulegen und sollen dieselben in kürzester Frist in Angriff genommen werden. Die Handjerystraße zwischen der Augusta Viktoriastraße und dem Gliener Weg soll in Reihpflaster ausgeführt werden. Um die durch die Kanalisation und die Bewässerung entstandenen Unannehmlichkeiten zu beseitigen, wurde die Anstellung zweier Hülfskräfte beschlossen. Außerdem wurde die Kasierung des Feldweges zwischen der Bismarckstraße und der Augusta Viktoriastraße zum Beschluß erhoben.

Reinickendorf.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Freitag in Reinickendorf-West im Hause Auguste Viktoria-Allee 33. Auf dem dritten Hofe des Grundstücks spielte an diesem Tage mit mehreren Spielgefährten die Tochter des Köpfer's Rabowski in der Nähe eines aufgestellten Bretter und Balken. Plötzlich fiel ein Balken herab und traf das Kind derartig unglücklich, daß es auf der Stelle starb. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, war der Hausbesitzer in einer Weise gestapelt, daß ein Unfall passieren mußte und es ist nur als ein Wunder zu betrachten, daß nicht schon eher ein solches ereignete. Unten lagen Balken von 2-3 Meter, während oben solche von 5-6 1/2 Meter aufgeschichtet sind. Ein leichter Windstoß hätte genügt, um den Stapel ins Wanken zu bringen. Wiederholt hätten auch Mieter ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht, daß hier noch einmal ein Unfall geschehe, Abhilfe sei aber nicht geschaffen worden. Jetzt, wo das Kind in den Brunnen gefallen, wird er wohl zugedeckt werden.

Steglitz.

Unsere Hausagrarier ist es gelungen, den Kommunalsteuerzuschlag von 105 Proz. auf 100 Proz. zu ermäßigen. Diese Hausbesitzer sind doch nette Leute. Nur böswillige Menschen können behaupten, daß sie in den Gemeindeverwaltungungen ihre eigenen Interessen vertreten; und nun gar bei einem Antrag auf eine Steuerermäßigung, die allen Steuerzahlern zugute kommt. Wie besorgt unsere Hausbesitzer für den hiesigen Ort sind, beweist eine Notiz der hiesigen Lokalpresse, nach der der Hausbesitzerverein eine Statistik über bestehende Wohnungen aufgenommen habe, nach welcher zurzeit in Steglitz 890 Wohnungen und 79 Läden nicht vermietet sind. Wenn dieser Bericht erscheint, werden auch schon sämtliche bürgerliche Berliner und Vorortblätter die Nachricht bringen, daß die Finanzen der Gemeinde Steglitz so günstig stehen, daß man mitten im Etatsjahr die Steuern auf 100 Proz. ermäßigen konnte und daß damit Steglitz derjenige Vorort sei, welcher den niedrigsten Kommunalsteuersatz erhebt. Da niemand, selbst die größten Patrioten nicht ausgenommen, gern viel Steuern bezahlt, ist dies natürlich ein vorzügliches Refinanzierungsmittel für unsere Hausbesitzer, die so selbstlos sich 5 Proz. Steuern zu schenken und dafür noch die Chancen einzutauschen, daß sie ihre Wohnungen zu teuren Preisen leichter vermieten können.

Ober-Schönebeide.

Seinen schweren Verletzungen erlegen ist gestern der Hülfswehrentstatter Klein aus Baumshulenberg, dem, wie wir berichteten, auf der Station Ober-Schönebeide Arme und Beine abgefahren worden waren. Im Krankenhaus Bethanien ist der Bedauernswerte gestern durch den Tod erlöst worden.

Rummelsburg.

Am Dienstag, den 20. Mai, tagte bei Witwe Weigel die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Bezirk Rummelsburg, die möglich besucht war. Genosse Döwll hielt ein beifällig aufgenommenes Referat über Partei und Gewerkschaft. Diskussion fand über den Vortrag nicht statt. In Verschiedenem wurde über die Vorbergebühnenbewegung gesprochen. Ein Vertreter der Vorberer verbreitete sich über die Bewegung. Mit dem verhängten Vohlott konnten sich die Versammelten nicht einverstanden erklären, da auch die Geschäfte, die keine Gehältern beschäftigten, geschädigt würden.

Trebbin (Kreis Teltow).

Ein bekräftigter Denunziant. Schmiedemeister Winkelmann von hier hatte Wachtmeister Böhle die Anzeige gemacht, daß der Gasthofbesitzer C. Niehler seine Gäste bis 1 bezog. 2 1/2 Uhr im Lokal wurde, worauf letzterer ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 10 M. erhielt. Als er hiergegen Widerspruch erhob, konnte ihm die zur Last gelegte Uebertretung nicht bewiesen werden, weshalb das Schöffengericht dem Zeugen Winkelmann unter Freisprechung des Niehler die Kosten des Gerichtsverfahrens auferlegte.

Geschicht ihm ganz recht! Möchte nur in allen Fällen in gleicher Weise verfahren werden, dann würde das Denunziantentum schon etwas eingedämmt werden.

Zeuthen.

Auf das geistige Wohl seiner Gemeindeglieder ist der hiesige Gemeindevorsteher väterlich bedacht, nur gibt es viele Gemeindeglieder, die das nicht recht anerkennen wollen. Die Zusammenkunft der Zeuthener Einwohnerschaft ist eine solche, daß sie durchaus nicht mit allen Maßnahmen des Herrn Gemeindevorstehers und der mit ihm an einem Strang ziehenden Gemeindevertreter einverstanden sind. Das zeigte sich recht deutlich bei der letzten Gemeindevorsteherwahl. Unserer Partei fehlten nur sechs Stimmen an der Majorität. Aber was nicht ist, kann werden und wir werden uns alle Mühe geben, das nächste Mal die Spitze der dritten Abteilung zu erobern. Daß dies geschieht, dazu trägt auch der Gemeindevorsteher nach Kräften bei, nicht absichtlich, aber unabsichtlich. Und das kam so: Die Abonnementzahl des „Vorwärts“ hat am hiesigen Orte die Zahl 50 überschritten (schräklich!). Das paßt natürlich unseren Segnern und dem Gemeindevorsteher gar nicht in den Kram, und da kam der Herr auf den Gedanken, ob es nicht möglich sei, der Verbreitung unseres Blattes irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Schlanke Weg verbieten kann man die Verbreitung nicht, also muß die Sache hinten herum gemacht werden.

Kommi da am Donnerstagnorgen unser Dorfoberrhaupt zum Bahnhof und sieht ein verhäultes Zeitungspaket liegen. Der Typendote des „Vorwärts“ war soeben damit angekommen und nach Königs-Busterhausen weitergefahren. Den Inhalt zu untersuchen war das Werk eines Augenblicks, und siehe, die schrecklichste Ahnung ist bestätigt, es war der Seelenheide „Vorwärts“. In gerechtem Zorn verlangt das um das Beelenheit seiner Gemeinde besorgte Oberhaupt das Verschweigen... . Nun werden vielleicht ganz verrückte Menschen meinen, es sei Neugierde gewesen, weshalb der Herr das Paket untersuchte, o nein! Der Herr Gemeindevorsteher hat schon früher für den „Vorwärts“ reges Interesse besunden. Hat er doch einmal sogar sechs Exemplare von einer Nummer bei unserer Expedition bestellt. Ueberhaupt war der Herr Gemeindevorsteher früher immer sehr liebenswürdig zu unseren Genossen, das war zu der Zeit, als noch in vielen Arbeitergemeinden Vorsteher gewählt werden sollten. Jetzt ist er auf sechs Jahre in Zeuthen wiedergewählt. So ändern sich die Zeiten! Nach einigen Jahren wird er wieder anders sein.

Leser- und Diskutierklub „Heine“. Sitzung: Mittwoch 9 Uhr, Lokal Solz, Rodenbergstr. 8: Vortrag des Genossen D. Weige: Strömungen im Sozialismus. Gäste, auch Frauen, willkommen.

Sparrverein für Friedenler zur Ausföhrung der Feuerbestattung. Donnerstag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr; Versammlung Schillingstr. 21. Wichtige Tagesordnung. — Gäste willkommen.

Verein der Lehrlinge, jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen
Berlins u. Umgegend. Abt. IVa. Mittwoch abends 8 1/2 Uhr. Abteilungs-
versammlung im Lokal von Schmitt, Barnimstr. 2. Erscheinen der Mit-
glieder notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.

Gerichts-Zeitung.

Strafbare Kleiderbesudelung oder Verächtlichkeit?

Ein eigenartiger Zwischenfall, der sich während einer „Lohengrin“-Aufführung im Opernhaus ereignete, hatte gestern ein Nachspiel vor dem Schöffengericht I. Wegen Vergehens gegen den § 184 St.-G.-B. war der Architekt Eduard Wandur angeklagt. — Am Februar und März d. J. wurden im Opernhaus wiederholt die Kostüme von Damen in einer ekelhaften Weise besudelt. Während die betreffenden ihre ganze Aufmerksamkeit der Bühne zuwendeten, nahm der hinter ihnen sitzende oder stehende Attentäter die Besudelung vor, um dann in der nächsten Pause zu verschwinden. Es wurden aus Erfuchen der Intendantur allabendlich mehrere Kriminalbeamte in dem Zuschauerraum placiert, bis es schließlich gelang, den Attentäter in der Person des Angeklagten festzunehmen. Während des zweiten Aktes einer „Lohengrin“-Aufführung beobachtete der Kriminalschuttmann Brumme den Angeklagten, wie er sich auf dem Stehplatz in auffälliger Weise an eine Dame herandrängte und unter dem Schutze des Halbdunkels die in Frage kommenden Manipulationen vornahm. P. wurde verhaftet und räumte ein, sich wiederholt in dieser Weise vergangen zu haben. — Vor Gericht bekamte der Angeklagte ebenfalls, daß er wiederholt derartige Handlungen begangen habe, wie er dazu gekommen sei, wisse er nicht. Nachträglich habe ihn jedesmal die Neugier über sein Tun gepackt. Da erhebliche Zweifel darüber vorhanden waren, ob P. überhaupt für diese eigenartige sexuelle Verirrung verantwortlich zu machen sei, so war auf Antrag des Verteidigers der Vorsitzende des wissenschaftlich-humanitären Komitees, Dr. Magnus Hirschfeld, als Sachverständiger geladen worden. Dieser begutachtete, daß der Angeklagte, der neuropathisch veranlagt sei, zu den sog. „Exhibitionisten“ gehöre. Das Treiben des P. sei auf einen „Kleiderfetischismus“ zurückzuführen, der bei neuropathischen Menschen verhältnismäßig häufig auftritt. Dr. Krafft-Ebing hat mehrere derartige Fälle in seinem Werke „Psychopathia sexualis“ zur Erörterung gebracht und es sehr in Frage gestellt, ob nicht der § 51 in Anwendung gebracht werden müßte, wie es bisher auch bei den ebenfalls zu den Fettschichten gehörenden sogenannten „Jopfabsteuern“ und „Stiefelfreien“ geschehen ist. Ob auch in dem vorliegenden Falle eine Störung der Geistesfähigkeit in Frage komme, könne erst durch eine längere und eingehende Beobachtung des Angeklagten festgestellt werden. Das Gericht beschloß auf Antrag des Staatsanwalts die Sache zu verlagern und unter Hinzuziehung des Medizinalrats Dr. Hoffmann den Angeklagten nochmals längere Zeit auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Pflichten des vertriebenen Mieters.

Ueber das Mietverhältnis während der Reisezeit bringt das „Grundriss“ eine Reihe von Fragen zur Erörterung, von denen einige von allgemeinem Interesse sind. Wenn der Vermieter oder sein Stellvertreter auch die Gepflogenheit hatte, die Mieter an jedem Ersten einzulassen, so muß der abwesende Mieter trotzdem dem Mietzins einschicken und zwar unter Verfügung des Besetzungsgeldes. Zum Abzug des Portos ist er nicht berechtigt. Hat der Mieter das Besetzungsgeld nicht beigefügt oder unzulässiger Weise das Porto abgezogen, so berechtigt dieser Umstand den Vermieter nicht, die Annahme der Sendung zu verweigern und etwa wegen Nichtzahlung das Mietverhältnis sofort zu kündigen. Treu und Glauben in Verkehr verpflichten ihn vielmehr zur Annahme der Sendung, umschadet seines Rechts auf Nachforderung des fehlenden Betrages. — Der Mieter hat die Pflicht, durch sorgfältiges Verschließen der Türen, Fenster und sonstigen Öffnungen dafür zu sorgen, daß die Wohnung während seiner Abwesenheit nicht durch Regen, Sturm usw. leidet. Die Obhutspflicht des abwesenden Mieters umfaßt auch das Lüften usw. der Wohnung. Der Mieter wird bei längerer Abwesenheit jemand damit betrauen müssen, hin und wieder eine Revision der Wohnung, verbunden mit Lüften usw. vorzunehmen. Den Portier oder einen sonstigen Angestellten des Hausbesizers damit zu beauftragen, ist er nicht verpflichtet. Der Mieter darf natürlich seinem Veräußerter die Wohnungsschlüssel ausshändigen, doch darf dieser in der Wohnung nicht etwa seinen dauernden Aufenthalt nehmen, also während der Abwesenheit des Mieters dort wohnen; zu einer solchen Gebrauchsüberlassung würde die Erlaubnis des Vermieters eingeholen sein. Ein Anspruch, daß der vertriebene Mieter dem Vermieter oder dessen Stellvertreter die Wohnungsschlüssel ausshündigt, besteht selbst dann nicht, wenn die Wohnung gekündigt ist und deshalb während der üblichen Besichtigungszeit zugänglich sein muß. Der Vermieter hat in solchem Falle nur Anspruch darauf, daß ihm die Räume während der Besichtigungszeit geöffnet werden oder daß ihm die Schlüssel während dieser Zeit zugänglich sind. Ein Recht zum Eindringen in die Wohnung während der Abwesenheit des Mieters, etwa um Reparaturen vorzunehmen, hat der Vermieter nicht, es sei denn bei dringender Gefahr, Bruch eines Wasserrohrs, Feuersgefahr und dergleichen.

Ein wegen Betruges doppelt angeklagter Betrogener.

Doppeltes Pech hat der Hausdiener Wohl gehabt, welcher gestern als Zeuge in der Strafsache gegen den Hausdiener Wilhelm H m u a k au trat. Wegen Betruges mußte sich der aus dem Strafgefängnis Wölgensee vorgeführte H. vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I verantworten. — Einmal Tages im Dezember vorigen Jahres befand sich der bei einer Firma in der Spanbaustraße angestellte Hausdiener Wohl mit einem Handwagen auf seinem Wotengange. Auf der Straße trat der Angeklagte an ihn heran und übergab ihm ein Paket, welches 500 Zigarren enthalten sollte, mit der Anweisung für dieses Geld zu bezahlen. Als P. sich weigerte, erklärte der Angeklagte, er habe von der Firma des P. den Auftrag erhalten, das Geld gleich in Empfang zu nehmen. Als Wohl noch Zweifel äußerte, begab sich beide in ein nahe gelegenes Lokal, von welchem aus der Angeklagte angeblich an die Firma in der Spanbaustraße telephonierte. Tatsächlich setzte der raffinierte Schwindler ein Scheingeld in Szene, so daß sich P. veranlaßt fühlte, dem Angeklagten schließlich die verlangten 500 M. von dem bisher einlosierten Gelde ausshändigen. Als P. später in seinem Geschäft erschien und das Paket abließerte, wußte hier natürlich niemand etwas von einer Bestellung. Das Paket selbst enthielt vier Preßkloßen. Als er wahrheitsgemäß berichtete, wie er dem Schwindler zum Opfer gefallen war, fand er bei seinen Chefs keinen Glauben. Diese nahmen vielmehr an, P. habe das Geld selbst unterschlagen und die ganze Geschichte erfunden. Nachdem ihm der „unterschlagene“ Betrag von seinem Lohne abgezogen worden war, wurde er außerdem noch unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht sprach den doppelten langjährig Verfolgten frei. Da sich mittlerweile ergeben hatte, daß der Angeklagte U m a k jenen Gaunerstreich verübt hatte. — Das Urteil gegen diesen mehrfach vorbestraften Schwindler lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Verammlungen.

Der Verband der Lagerhalter (Zahlstelle Berlin) hielt am 30. Mai eine Mitgliederversammlung ab, um zu der Angelegenheit K i t t e r Stellung zu nehmen. Nachdem Kollege K i t t e r nochmals eingehend den Verlauf seiner Klageache gegen die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend geschildert hatte, (eine Wiederholung überflüssig, da der „Vorwärts“ schon ausführlich darüber berichtet hat), wurde nach eingehender Debatte, in der alle Redner sich einig waren, daß ein derartiges Erkenntnis alle bisherigen Rechte der Lagerhalter illusorisch macht, folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heut im Gewerkschaftshaus tagende Mitglieder-versammlung des Verbandes der Lagerhalter (Zahlstelle Berlin) kann sich auf keinen Fall mit dem gegen den Kollegen K i t t e r gefällten Urteilspruch einverstanden erklären. Hauptächlich nicht in Bezug auf die Klagefrage und die Bekleidung von Ehrenämtern. Sie erklärt, daß sie eventuell die Konsequenzen aus dieser Sache zu ziehen wissen wird.“

Es wurde noch beschlossen, von jetzt ab jede Versammlung durch Insetat im „Vorwärts“ bekannt zu geben und in jeder Versammlung eine Präzisionsauslegung, damit die säumigen Versammlungsbesucher festgestellt werden können.

Charlottenburg. Die am 31. Mai abgehaltene Zahlstellenversammlung der „Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tischler und Weißbinder Deutschlands“ nahm einen beifällig aufgenommenen Vortrag des Kollegen G i b b e - Berlin über das Innungswesen entgegen. Als Mitglied für Charlottenburg wurde in die neue Tarifüberwachungskommission Wilhelm S o r n gewählt. — Der von F l e m m i n g erstattete Jahresbericht über das „Volkshaus“ zog eine längere Diskussion nach sich. Die Anwesenden gelobten, den Boykott gegen die nichtbewilligenden Inhaber von Barbier- und Friseurgeschäften streng durchzuführen, bis der Sieg der Gehälten errungen sei.

Erklärung. Zu der in Nr. 126 des „Vorwärts“ erschienenen Verteidigung des Genossen W i e s e n t h a l habe ich zu bemerken, daß ich alles in der am 30. Mai 1906 bei Keller abgehaltenen Versammlung Gesagte in vollem Umfang aufrecht halte. Der Tag des Privatgesprächs war allerdings der 27. Dezember 1905.

Feststellen will ich aber, daß das ganze Verhalten des Genossen W i e s e n t h a l selbst wenn er vorsichtigerweise sich anderen Kollegen gegenüber als Gegner des Planes der Neugründung einer Organisation ausgab, darauf hingielte, im Geheimen den Gedanken einer Neugründung gewaltig zu fördern.

Beweis: Die Ausführungen des Genossen W i e s e n t h a l in der Versammlung am 30. Mai 1906.

Wenn der Genosse W i e s e n t h a l es ablehnt, weitere Mitteilungen aus dem Privatgespräch zu machen, da es sich um Beschlüsse der engeren Verwaltung handelt, so erkläre ich den Parteigenossen und Metallarbeitern, denen W i e s e n t h a l das Urteil überläßt, daß ich nie so töricht gewesen bin, dem Genossen W i e s e n t h a l Mitteilungen aus diesen Sitzungen zu machen.

Ich appelliere aber an die Parteigenossen, die vor kurzer Zeit erst durch den Zusammenschluß der Wahlvereine Groß-Berlins bewiesen haben, daß sie Feinde jeder Degeneration sind, sich ein Urteil über den Genossen W i e s e n t h a l zu bilden. Dies mein letztes Wort in dieser Sache. B. R a m d r o d.

Aus der frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72, Musikabend (Nach-Verkehr-Bis) und Vortrag über die Entwicklungsgeschichte der Musik, ausgeführt von Herrn Leo Reitenberg. Titel: „Bach. Gäste willkommen.“

Niedorf. Mittwoch, den 6. Juni, 8 1/2 Uhr, hält der Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen seine Mitgliederversammlung bei Thiel, Bergstr. 151/52, ab. Frau Auguste Störmer spricht über das Thema: „Die Säuglingspflege“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Vermischtes.

Eisenbahnunfälle.

Barmen-Rittershausen, 3. Juni. Amtliche Meldung. Schnellzug 72 durchfuhr heute 10 Uhr 48 Min. vormittags die Station Barmen-Rittershausen infolge Versagens der Luftdruckbremse und stieg am Westende des Bahnhofs auf die Schiebelokomotive für Schnellzug 83. Die Vorpantomotiv vom Schnellzug 72 entgleiste, streifte die drei letzten, nicht besetzten Wagen des gerade einfahrenden Schnellzuges 83 und brachte diese zur Entgleisung. Verletzungen von Personen nicht vorgekommen. Materialschaden nicht bedeutend. Die Hauptgleise sind auf kurze Zeit gesperrt; der Betrieb wird aufrechterhalten durch Befahren der Nebengleise. — J n g o l s t a d t, 3. Juni. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof stieg in der letzten Nacht der Schnellzug Nürnberg-München auf einige auf dem dritten Gleis stehende Wagen. Zwei Wagen des Schnellzuges entgleisten; der Packwagen des Zuges und zwei der zurückgestellten Wagen wurden zertrümmert. Neun Reisende und zwei Zugbeamte trugen leichte Verletzungen davon.

Wien, 5. Juni. Zwischen den Stationen Reupala und Delobrad entgleiste gestern aus bisher noch nicht ermittelter Ursache ein von Krantzenau nach Prag verkehrender Personenzug. Hierbei wurde ein Postbeamter getötet, vier Eisenbahnbedienstete und ein Reisender schwer und 17 Personen leicht verletzt.

Luftkellensfahrten. Ancona, 4. Juni. Zwei Kaufleute aus Mailand und ein Hauptmann stiegen gestern abend von der Ausstellung aus in einem Ballon auf und fuhren über die Apenninen hinweg. Heute morgen wurden sie vom Semaphor in Ancona aus auf dem Meere in Gefahr befindlich gesehen. Trotz sehr stürmischer See fuhr ein Segelschiff zu Hilfe, aber der Ballon entfernte sich. Am Nachmittag näherte sich der Ballon abermals der Küste von Sirola bei Ancona. Ein Torpedoboot eilte zu Hilfe und rettete den Ballon und einen der Kaufleute. Der andere Kaufmann und der Hauptmann sind ertrunken.

London, 4. Juni. Der Versuch des österreichischen Leutnants Carbin, den Bernerkanal im Ballon zu überfliegen, ist mit knapper Not gelungen. Sein Plan, Österreich zu erreichen, ist indessen gescheitert. Bei Dieppe mußte der Ballon landen. Er war im Kanal in ein Gewitter geraten und Leutnant Carbin hatte, nachdem er den ganzen Ballast ausgeworfen, seine Mundvorräte und seinen Pelz opfern müssen.]

Unwetter Schäden.

Graz, 4. Juni. Auf den umliegenden Bergen ist Schnee gefallen. In Klagenfurt ging die Temperatur auf 6 Grad zurück und in den Bergen fällt Schnee. In Laxis liegt der Schnee schon 8 Zentimeter hoch und auch in Rudolfsweiler ist ein Wettersturz erfolgt, wobei ununterbrochen Gewitterregen niedergehen.

Bern, 4. Juni. Die Kare ist in Vern über die Ufer getreten. Eine Reihe von Wohnungen mußte verlassen werden und verschiedene Wasserwerke waren genötigt, den Betrieb einzustellen. Ein 24jähriger Pontonier namens Peter Huber aus Bern, welcher mit einem Ponton über die hochgehende Kare fahren wollte, ist ertrunken; er hatte vergeblich versucht, sich schwimmend zu retten.

Wootenfall! Königsberg i. Pr., 5. Juni. Auf dem Pregel ist gestern nachmittag ein mit 11 Personen besetztes Segelboot gekentert. Zwei der Insassen sind ertrunken.

Stroßenbahnunglück. New York, 3. Juni. Beim Umstürzen eines Stroßenbahnwagens sind heute früh in East Providence auf Rhode-Island 11 Personen getötet und 20 verletzt worden. Der Wagen, der mit Ausflüglern besetzt war, sprang beim Durchfahren einer Kurve infolge zu schnellen Fahrens aus dem Gleise und wurde etwa 20 Fuß weit weggeschleudert.

Die Pest. In D s k i d d a sind bisher, wie aus Konstantinopel berichtet wird, 11 Pestfälle vorgekommen, von denen einer tödlich verlief.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 26. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien wir hervor: Der Vereinigungsforsch der russischen Sozialdemokratie. Von E. S. Winin. — Der Wahltag in Frankreich. Von G. Kappoport (Paris). — März Kritik Richard. Von Gustav Schlegel. (Schluß) — W.

20. März 1906 bis 23. Mai 1906. Von Henriette Roland-Holt. (Schluß)
— Amerikanische und russische Landwirtschaft. Von Paul Lerisch (Weipzig).
— Literarische Rundschau: Georg Bradauer, Das Elend des Straßenpolizisten, Von Hugo Haack.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern stehen jedermann zur Verfügung.
Der „Süddeutscher Postillon“. (Nr. 12), Verlag R. Ernst, München, ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt seien wir hervor: Deutsche Sozialpolitik im Vergleich mit Frankreich. Der Redaktionsrat, Nach der ersten Duma-Sitzung, Kaiserliches Wahlbündnis oder wer wird geprellt, Die Hünchische Mission, Die neuen Säulen des Perikles (sämtlich Illustrationen). Das Zeitgedicht Heintz Jöben feiert den verstorbenen großen Dichter des Nordens. Der Reichstag im Glanz, Was in der Welt vorgeht, Alleruntertänigste Bittgebet für eine Prinzessin, Aus dem Tagebuche eines Adoranten, Kleptomane Hirsin Webe, Neue Oldenburgische, sowie eine Menge kleiner Beiträge machen diese Nummer sehr interessant. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den Kolportage um den Preis von 10 Pf.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lili Braun (Verlag Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., ist soeben das 23. Heft erschienen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Briefkasten und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

1793. Besten Dank für Ihre Zuschrift, für die wir leider keine Verwendung haben. An Unanimismus wird heute wohl noch mehr geleistet, als in dem uns zur Verfügung gestellten Gebiete, und an schlechten Berichten nicht minder. — R. B. Abgesehen von der einmaligen Beschaffung des Nachweises, daß Sie Sachse sind, entstehen durch Ihr Gesuch, Sie in dem preussischen Staatsverband aufzunehmen, keine Kosten. Das Gesuch ist an den Polizeipräsidenten zu richten, die Aufnahme erfolgt kostenfrei. — H. S. 100. Sobald ein Beschäftigter der Berufsvereinschaft ersehen sollte, durch den Verlust sich, Ihre Rechte zu verlieren, müßten Sie dagegen anfragen. Fragen Sie dann mit dem Beschäftigten noch einmal an. Wahrscheinlich ist in Ihrem Fall der Verlust einer Herabsetzung nicht. — H. S. 10. Der Vorstand ist im Recht, hat aber auf Verlangen des Vormundschaftsgerichts die Auszahlung an die Mutter zu bemerken. Das Verlangen kann auf Antrag der Mutter ausgesprochen werden. — R. G. 97. Wenden Sie sich an die Oberpostdirektion Berlin. — E. P. Wenn Ihnen eine Zeugnisgebühr nicht gezahlt werden sollte, so richten Sie an das Gericht die Beschwerde. — S. G. 6. Wenden Sie sich an die Gewerkschaft, Engel-Ufer 15. — W. M. 20. Das Verhängen während der ganzen Zeit ist Vollzeitarbeit. — R. S. Der Fall liegt an den alten Schulden. Es wird nicht übrig bleiben, als das Arbeitsgeld etwas einzusparen. — P. B. Sie haben ganz recht, aber eine Klage hat keine Aussicht auf Erfolg, zumal das Amtsgericht zu entscheiden hat. — R. M. 106. Sie haben recht; die Behauptung ist unwarhaft. Gerichtlich festgestellt wurde das Witte der 80 er Jahre. — H. S. P. Die von Ihnen vorgebrachten juristischen und strafrechtlichen Ansprüche sind leider nach Ihrem eigenen Vortrag verjährt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der kaiserlichen Reichsanwaltschaft. Weizen 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, engl. Weizen 0,00, dän. Weizen 0,00, holl. Weizen 0,00. Roggen 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Weizen 0,00, amerikan. Weizen 0,00. Hafer 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Hafer 0,00, amerikan. Hafer 0,00. Gerste 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Gerste 0,00, amerikan. Gerste 0,00. Mais 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Mais 0,00, amerikan. Mais 0,00. Kartoffeln 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Kartoffeln 0,00, amerikan. Kartoffeln 0,00. Rüben 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Rüben 0,00, amerikan. Rüben 0,00. Zucker 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Zucker 0,00, amerikan. Zucker 0,00. Öl 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Öl 0,00, amerikan. Öl 0,00. Fett 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Fett 0,00, amerikan. Fett 0,00. Fleisch 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Fleisch 0,00, amerikan. Fleisch 0,00. Eier 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Eier 0,00, amerikan. Eier 0,00. Milch 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Milch 0,00, amerikan. Milch 0,00. Butter 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Butter 0,00, amerikan. Butter 0,00. Käse 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Käse 0,00, amerikan. Käse 0,00. Wein 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Wein 0,00, amerikan. Wein 0,00. Spiritus 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Spiritus 0,00, amerikan. Spiritus 0,00. Tabak 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Tabak 0,00, amerikan. Tabak 0,00. Holz 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Holz 0,00, amerikan. Holz 0,00. Eisen 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Eisen 0,00, amerikan. Eisen 0,00. Kupfer 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Kupfer 0,00, amerikan. Kupfer 0,00. Zinn 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Zinn 0,00, amerikan. Zinn 0,00. Silber 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Silber 0,00, amerikan. Silber 0,00. Gold 1. Ia 65-70, pro 100 Pfund, IIa 55-60, IIIa 52-55, IVa 45-52, russ. Gold 0,00, amerikan. Gold 0,00.

Witterungsübersicht vom 5. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand man. (mm)	Wind-richtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer-stand man. (mm)	Wind-richtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.
Stolmebe	762,92	3haß Sd.	14	14	Saparanda	755,8	2haß Sd.	10	10
Damburg	766,23	5moßig	11	11	Petersburg	753,92	2bedekt	12	12
Berlin	764,9	3bedekt	10	10	Wien	769,0	4heiter	12	12
Frankf. a. M.	769,28	3bedekt	9	9	Brüssel	774,90	1bedekt	8	8
München	768,28	4bedekt	8	8	Paris	771,90	3haß Sd.	10	10
Wien	765,28	2bedekt	11	11					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 6. Juni 1906.
Etwas wärmer, vorwiegend heiter, bei mäßigen nördlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kräftigungen bei der Beerdigung meines lieben Vaters Gustav Reuter sage ich allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen und dem Deutschen Buchbinder-Verband (Zahlstelle Berlin) meinen herzlichsten, aufrichtigsten Dank. 22355
Ww. Louise Reuter geb. Badin.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchhandlungen, Leihbibliotheken, Korrespondenz, Spritzen, Suspensoren (sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Drts- u. Hilfs-Krankenkassen. Berlin O., 6832.
30. Finien-Str. 30.
Alle Bruchbinder mit elastischen Botten, angenehm u. weich am Körper.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Klara Sentleben
verstorben ist. 1209
Gehet ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Franz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Str. 2.
Zähne sieht vollständig schmerzlos
F. Ausfeld, Zahnstr. 8.
Zugelassen bei den Krankenkassen
des Gewerkschaftsverbandes.

Ausnahme-

Woche für

Steppdecken.

Seidenart. Lasting à 14, zwei. 12, 9 u. Wollatlas à 10, 8, 6, 5 u. Purpur, echt rot, à 5, 3, 25 u. Seiden-Atlas, alle Farb., 20, 15, 12 u. Vorjährige Muster und Bestände jetzt fast für die Hälfte des Preises.	7 50 Mk. 4 Mk. 2 50 Mk. 10 Mk.	Excelsior Kloth à 9, doppelt. 8, 6, 50 u. Satin, gemustert, à 6, 5 u. Türkisch-Cretonne à 4, 50, 3 u. Daunen-Decken à 30, 26 u.	4 75 Mk. 4 Mk. 2 25 Mk. 18 Mk.
--	---	--	---

Gardinen und Stores

weiß, creme u. ockerfarben, abgeg. Fenster = 2 Shawis. Echt engl. u. Brüssel Tüll m. Band eingef. 12 bis 2 M. Prima Spachtel - Tüll m. Batist-Auflage 18 bis 2 M. Echt Erbstüll, reich m. Bändchen, Handarb. 25 bis 2 M.	9 50 4 M. 9 50 8 75	Relief-Tüll-Stores, neue Seas.-Muster 5 bis 2 M. Echte Spachtel-Stores, Applikt. m. Spinnen 12 bis 2 M. Point lace-, Stella- und Lacet-Stores u. Erbstüll, Neuheit 18 bis 2 M.	9 00 5 bis 2 M. 5 25 8 00
--	------------------------------	--	------------------------------------

Teppichhaus B. Hurwitz

Rotes Schloß 1072L.
vis-a-vis dem National-Denkmal.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 696L.
Amt 4, 3014.

Die besten Fahrräder
und Fahrradzubehöre zu enorm billigen Preisen
finden Sie wieder bei
Ernst Machnow, Berlin N.,
Arkonaplatz 1, Filiale: Kaiser Wilhelmstr. 18 R.
Abteilung für Motorfahrzeuge: Wollinerstr. 11-12.
Neue hochelegante
Fahrräder 45.-, 50.-, 52.-, 55.- M. usw.
Für meine weltberühmten Arkonafahrräder übernehme bis 6 Jahre
Garantie. Luftschläuche 1.50, 2.-, 2.50, 3.50 R. Kaufmäntel 2.50,
3.20, 4.50 R. - Nähmaschinen 28.-, 36.-, 42.- R. - Neue
Mikro-Motorfahrräder 400 R. u. - Katalog gratis und franko.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 14
Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstr. 28, Stallhofstr. 40. 1509L.
Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 28,00. Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Bögerstr. 63, 1. Trepp. 1536L.
Herrenhüte, Kinderhüte, Stiefel 50 Pfennig. Engros-Geschäft Neuer Markt 1-2. Laden. 1536L.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz. Blumenstr. 36 b. 1542L.
Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Erdm., Paderstr. 4, Bahnhöf. Böf. 29373
Steppdecken billigt Hübner Große Frankfurterstr. 9, parterre. 11
Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstellen, gebraucht, zurückgeliefert billig. Schneider, Kurfürstenstr. 172. 2176L.
Gasthofhaus! Zweifelhochgasthof! 3,00. Geschlossene Spargelkeller! 5,00. Badkappaparad! Gastplätze! 24. Dreifarbige Bronzegastkronen! 6,00. Gasglühbirnen! 5,00. Gasglühbirnen! 14. Wollhaus, Wollnertheaterstr. 32. 1551L.
Während des Umbaus Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen. Kleiderkabinen 23.-, Waschkabinen 20.-, Spiegelständer 18.-, nimmerbüchse Garnituren, Sofas 40.-, entzückende Schlafkammer in allen Arten, wunderhübsche bunte Küchen 60.-, englische Bettstellen mit Federbetten 42.-, Koffertkiste auswahl. eigene Werkstätten. Möbelabrik Hirschberg, Weißerstr. 25. 1561L.
Neueste Damenhüte, sehr preiswert, nur Pappelallee 140, Gehaus, Schönhauserallee. 1555L.
Läden - Baumaterialien, neue und gebrauchte, wie: Kaminholz, Bretter, Latten, Leisten, Ähren, Fenster, Linoleum, Dachpappe usw. billigst. Feiler Hofstr. 22, jetzt Pappelallee 2 (am Hermannplatz). 1236L.
Teppiche mit farbengelegenen abstrakte der Große Frankfurterstr. 9, parterre. 11

6,00 gutgekleidet erhält Selbstläufer einer Nähmaschine ohne Anzählung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Vorkasse genügt. Köpenickerstr. 60/61, Große Frankfurterstr. 43, Prenzlauerstr. 59/60.
Nähmaschinen (Original Frister u. Rohmann) billigst. Teilzahlung gestattet. Zuschneide-Kursus unter Leitung einer geprüften Lehrerin für Damen kostenlos. Zabringer: Rosenhägerstr. 19.
Nähmaschinen. Zahl bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Kofferte. Brauer, Tüchtstr. 90. 128L.
Milchgeschäft zu jedem angenehmen Preis verlässlich. Brandenburgstr. 45. 2236L.
Reparatur billig verkauft. Offerten Expedition Lützowstr. 14/15.
Ein gutgehendes Milch- und Kolonialwaren-Geschäft, Erdm., billige Preise, ist wegen anderer Unternehmungen sofort zu verkaufen. Adressen Postamt Hirschberg, Bergstr. 25, D. 100. 1116L.
Pianino, altes, 100 Mark, Gerichstr. 32 I. 2295L.
Federbetten, schöne breite, Stand 20 Mark, Dresdenstr. 32, vorn II. 130/17.
Leihhaus Pringensstr. 28, 1. Trepp., Ecke Ritterstr. Verkaufene Blinder, Gelegenheitskäufe, Goldschmuck jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig.
Hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntags und Sonntags. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Reine-Hilfen. 1507R.
Metallbetten, komplett, elegant, 45,00. hochfeines Nähstuhl 40,00. diverse Möbel dringend, jeden Preis. Landwehrstr. 42 II. 2405L.
Kinderwagen, Bettstelle, feine Gelegenheits-, spottbillig, auswahl. weiche Teilzahlung. Hühn, Weißerstr. 25, D. 100. 130/17.
Sommerliches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Grobes Kissen, 10,00. Plandische Andrasstr. achtunddreißig. Gefährliche nach überall. 16138L.
Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Zinlet, zusammen 10,50, nur (Plandische) Andrasstr. achtunddreißig.
Retrospektiv-gestrichenes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00. Andrasstr. achtunddreißig.

Verschiedenes.

Monatsanzüge, Sommerüberkleider von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Hirtenszeit, Nur Rosenhägerstr. 10. Klein Laden. Gute keine Fikalen. 20673.
Kunststofferei von Frau Koloski, Charlottenburg, Goethestr. 84, I.
Handleihe, Pringensstr. 68, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 1429L.
Patentanwalt Wessel, Göttingerstr. 94a. 2172L.
Zahnärztliche Poliklinik, Weinbergsweg 11, 1-3 Uhr. Zahnziehen mit Zahnhilfsabteilung und sonst sämtlicher Zahnärztlicher Vorgehensverfahren. Altklinik. 20577.
Bier Vereinszimmer, 90-130, Montage, Sonnabende frei, 7/10 Pfennig. Angel, Seydelstr. 30.
Handleihe Markstr. 27.
Handleihe Schönhauser Allee 35.
Platina, alte Jahrgänge, allerhöchste Preise. Linienstr. 199 II, Ecke Noackstr. 22315L.
Kleiderpind kauft Bernalter, Weißerstr. 25. 130/17.

Vermietungen.

Restaurant zu vermieten per 1. Juli. Weißerstr. 25, D. 100. 1116L.
Wohnungen.
Nieder-Schönhausen, Deutsch-, Köpfer-, Schillerstr. (am Strahlenhof) moderne Vorderwohnungen 2 und 3 Zimmer von 324 und 450 Mark an. Häheres Nieder-Schönhausen, Körnerstr. 34. 130/17.
Schlafstellen.
Genosse kann mit einwohnen. Kominienerstr. 40 II, Schuster. 129.
Schöne Schlafstelle zu vermieten. Rathenowstr. 19, Hof IV. 2237L.
Sofort kann Herr einwohnen. Dröfeler, Cadinerstr. 16. 128L.
Mietsgesuche.
Gesucht zum 1. Oktober Stube, Kammer, Küche, Bad, ruhiger Mieter, pünktlicher Zahler. Offerten M. 31, Postamt 68. 16108L.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Bierabzieher, gut empfohlen, durchkrankheit zurückgelassen, wünscht wieder Stellen. Häheres Obelingsstr. 4, im Restaurant. 151.
Stellenangebote.
Automobilfahrer! Jedermann wird schnellstens zu erfindlichem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Günstigste Erfolge. Automobiltechnikum, Berlin, Spichernstr. 11/12. 20719L.
Schloffer für Eisen- und Eisenbau, Fenster- und Blechtreppenkonstruktionen sofort gesucht. Druckenmüller, Schönberg, Tempelhofer Berg 46/47. 2234L.
Juniere für sofort verlangt. Zu meiden Lohdterstr. 13, Ober-Schöneberg. 16128L.
Tüchtige Radbinder finden dauernde Beschäftigung. Müller, Pringensstr. 63. 130/19.
Belegerin findet dauernde Beschäftigung. Goldleitenfabrik, Reichenbergerstr. 88. 111L.
Wissensbäuerin verlangt, Oberhänden, höchsten Lohn, Dudenstr. 10. 11L.
Blätterinnen verlangt. Josephstr. 8, Laden. 1136L.
14-15jähriges Mädchen für leichte Hausarbeit. Bedingung: Wiebe zu Kindern. Frau Emsch, Schönberg, Sedanstr. 57 III. 2236L.
Deutsch. Buchhändlerverband (Zentrale Berlin).
Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Auslieferung nicht reumäßig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrt, welcher respektive erneut ausgespart:
G. Wabben & Co., Wilhelmstr. 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Biehlstein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Mauerstr. 80.
Frische-Baumbach, Schönberg, Bahnhöfstr. 107/8.
H. Reib, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Hetschke & Co., Zimmerstr. 94.
A. Schob, Sutfamerstr. 19.

A. Schob, Delfauerstr.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Nauckische Buchdruckerei, Stallhofstr. 5.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Str. 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Kämmerer, Kochstr. 67.
Werner, Lindenstr. 3.
C. F. Walter, Wallstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 20.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Kochstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstr. 16.
Xaver Kelle, Reichenbergerstr. 36.
Heckendorf, Reichenbergerstr. 36.
Schreiber & Co., Ludaustr. 7.
Diese Betriebe sind gesperrt! Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt! Zugang ist streng fernzuhalten! Die Ortsverwaltung.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zentrale Rixdorf.
Die Bantischerei von Kastner, Wägenstr. 46, ist wegen Differenzen gesperrt. Die Ortsverwaltung.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Bogen Streit und Lohn Differenzen sind gesperrt: Für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter Franz Schulz, Frankfurter Allee 28.
Für Kordmacher: Stralauer Glashütte.
Für Drechsler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer Treppengalerfabrik Joseph Drechsler, Subenerstr. 33. Nähmaschinenfabrik Frister & Rossmann, Stalinerstr. 80.
Für Stellmacher: 801. Motorwagenfabrik Gottschalk in Reinickendorf.
Für Bürstenmacher: Der Jungsangschweiß, Brunnenstr. 154.
Für Porzellanbrenner: Die Firma Pomplahn, Jülichermühlstr. 76, San Riebaustr. 76, Siebelsstr. 2, Van Bern, Schönberg, Oberstr.

1329L.
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Resle! Moquette.
Plüsch-Sattelstaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.
Oranienstr.

Bleichsucht
Blutarmut, Nervenschwäche, Blutstockungen etc. beseitigt vollständig.
Malzeisenpulver.
Reichlich blutbildend, schwache Nerven stärkend u. enormen Appetit anregend. Wirkt bei Kindern Wunder! Wahrhaft überraschende Erfolge. Dose 1,25 Uobl. 3 Dosen 3,50, hier frei Haus. Versand nach auswärts.
Otto Reichel, Berlin SO. 48, Eisenbahnstraße 4.

Ausnahmepreise
für Mai, Juni, Juli.
A. B. Koch,
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 31, Brombergerstr. 15.
Fernsprecher Amt 7, 3010.
Preise für nur 14 Marken ab Platz von 10 Ztr. an:
Prima la Goldschie (Belamie Marken), pr. Ztr. 75 Pf.
la Mariengrund pr. Ztr. (110 bis 120 Stk.) 78 Pf.
la Diamant (110 bis 120 Stk.) 80 Pf.
la Ilse u. Klv. pr. Ztr. 85 Pf.
la Aufbruch Gade 3, 2, 10 R.
Kohle, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10-15 Pf. mehr. - Bei Original-Boggen und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Das Älteste
Rester-Geschäft
des S.-O. von
Wilhelm Mühlbach
empfehlen zur Frühjahrssaison Reste zu Damen- und Kindermänteln sowie für Herren- und Knaben-Konfektion zu anerkannt billigen Preisen.
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10